



# Politische Berichte

Nummer 4 / 12. Jahrgang

15. Februar 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Schäuble will weitere Zentralisierung

BGS soll als Bundespolizei ausgebaut werden / Schäuble will Zugriff in „Aussiedlergebieten“

Das Bundesinnenministerium plant die weitere Zentralisierung von Polizeikräften und polizeilichen Aufgaben auf Bundesebene. Nachdem der Bundesrat noch knapp vor Ablauf der letzten Legislaturperiode die Einsprüche der SPD-regierten Länder zurückgewiesen hat, sind die Gesetze über

den Datenschutz, den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst sowie den Militärischen Abschirmdienst in Kraft getreten. Seit dem 1. Januar ist weitgehender Informationsaustausch zwischen BND, Verfassungsschutz und den zentralen und Länderpolizeien erlaubt.

Mit der Annexion der DDR hat der Bundesgrenzschutz bereits — ohne gesetzliche Grundlage — Aufgaben übernommen, die er nach Vorstellungen der Bundesregierung bald im ganzen Bundesgebiet übernehmen soll: Er erledigt dort bereits die Tätigkeiten der Bahnpolizei, hat die Überwachung von Flughäfen und Luftverkehr übernommen. Schäuble strebt an, daß alle bundespolizeilichen Aufgaben beim Bundesgrenzschutz konzentriert werden und im BGS außerdem verbandsmäßig zur Verfügung stehende Einsatztruppen vorhanden sind. In der Debatte über die Regierungserklärung Kohls kündigte Schäuble baldige Gesetzesvorhaben an, die zum einen die jetzige Tätigkeit des BGS in den fünf Ländern der DDR legalisieren sollen und zum anderen die Beibehaltung und weitere Umstrukturierung des BGS zu einer Bundespolizei vorbereiten sollen und die — so muß man vermuten — auch den internationalen Einsatz von Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalpolizei legalisieren sollen.

Die im Herbst verabschiedeten Gesetze über Aufgaben und Befugnisse von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischem Abschirmdienst und das Gesetz über den „Datenschutz“, das den Zugriff von Polizei und Geheimdiensten auf Einwohnerdaten regelt, haben den Geheimdiensten ein

umfangreiches Lausch- und Überwachungsinstrumentarium zur Verfügung gestellt, von dem die Polizei bislang noch weitgehend ausgeschlossen ist. Schäuble hat bereits angekündigt, daß die Polizei auf jeden Fall für die „Rauschgiftbekämpfung“ auch solche Mittel braucht — womöglich aber zur allgemeinen Bekämpfung von den Hauptbedrohungen der inneren Sicherheit, die Schäuble in „organisierter Kriminalität, internationaler Terrorismus und Drogenkriminalität“ sieht.

Den Ausbau der „polizeilichen Zusammenarbeit in Europa“ stellt Schäuble an oberste Stelle. Inzwischen bestehen bilaterale Abkommen, die die BRD mit Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich geschlossen hat und in denen die bundesdeutsche Polizei das Recht erhält, ohne vorherige Unterrichtung der anderen Polizeien die Verfolgung über die Staatsgrenzen hinweg durchzuführen. Diese Verträge enthalten außerdem Austauschprogramme für Polizeibeamte. Das umfangreichste Austauschprogramm ist kürzlich zwischen der BRD und Frankreich vereinbart worden.

Als eines der großen innenpolitischen Probleme sieht Schäuble die zu erwartenden Flüchtlingsströme und Wanderungsbewegungen. Anders als manche seiner Parteikollegen vertritt Schäuble

nicht mehr den Standpunkt, den Flüchtlingsströmen in Europa und außerhalb Europas sei allein durch eine verschärfte Asylgesetzgebung beizukommen. Als eine Aufgabe der Innenpolitik — und das heißt für Schäuble eine vorrangig polizeilich zu bewältigende Aufgabe — betrachtet er auch die „Bekämpfung der Ursachen der Flüchtlingsströme in den Herkunftsländern“ und fordert: „Deshalb appelliere ich an uns alle, ... daß wir den Menschen aber auch nicht das Gefühl verweigern, daß dieser Rechtsstaat ein handlungsfähiger bleibt und daß er entschlossen bleibt, das Mögliche zu tun, um Bedrohungen, die die Bürger empfinden, rechtzeitig zu bekämpfen ... Das gilt nicht nur für Asylbewerber ... und das galt gestern und gilt heute wie morgen auch für die Deutschen und Deutschstämmigen aus den Aussiedlungsgebieten in Osteuropa und in der Sowjetunion.“ Und folglich wird im Innenministerium nun auch eine Abteilung eingerichtet, die sich mit „Vertriebenen“ und „Menschen in den Aussiedlungsgebieten“ befassen soll und die sich zum Beispiel darum kümmern soll, daß „Rußlanddeutsche ... auch in Zukunft in ihrer angestammten Heimat leben können“ — gemeint ist die Sowjetunion. Das ist Weltinnenpolitik.

Quellenhinweis: Innere Sicherheit Nr. VI/90; Bundestag, Plenarprotokoll Nr. 12/7 — (uld)



Regierung und SPD dementieren heftig Meldungen, wonach sie sich auf die Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee geeinigt hätten. In die Dementis eingemischt werden Pläne von noch mehr Dienstpflicht, vor allem im „Umweltbereich“. CDU-MdB Wilz etwa wünscht einen Dienst „im Umweltbereich“ in der DDR. SPD-MdB Gerster will ein „Wahlrecht“ zwischen Dienst in der Armee, im Krankenhaus und im Umweltbereich. Den Kapitalisten spart das Sanierungskosten. — (rül)

## Finanznot in den Ost-Kommunen

Bürgermeister-Demo in Sachsen, drohende Pleite in Leipzig

Zu einer Demonstration vor dem Sächsischen Landtag haben die 43 Bürgermeister aus dem Landkreis Löbau ihre Amtskollegen in Sachsen aufgerufen.

Leipzigs Oberbürgermeister Lehmann-Grube (ehemals Hannovers Stadtdirektor) erklärte, daß das Defizit in der Messestadt bei den laufenden Ausgaben des Verwaltungshaushaltes etwa 400 Millionen DM betrage und die Stadt in einer Woche pleite ist.

Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hat mit einer Verfassungsklage gegen Teile des Einigungsvertrages gedroht, wenn die Finanzierung der ostdeutschen Länder und Gemeinden nicht gesichert werde.

Können die ostdeutschen Landes- und Kommunalpolitiker (einschließlich der Westimporte) nicht wirtschaften?

Nur wenig wird über die Ursachen geschrieben:

In der DDR-Haushaltswirtschaft gingen alle finanziellen Einnahmen — auch die kommunalen — in den zentralen Haushalt ein und wurden von dort wieder aufgeteilt. Das Hauptaufkommen erbrachten die volkseigenen Betriebe.

Die Kommunen erhielten ihre finanziellen Mittel auf der Grundlage staatlicher Pläne zugeteilt. Dieses „Zuteilungssystem“ wurde auch 1990 beibehalten. Die Mittel, die monatlich an die Gemeinden überwiesen wurden, deckten aber gerade die Personalkosten und die wichtigsten kommunalen Leistungen, um die Bürger nicht schon vor der Wahl zu verärgern.

Seit dem 1. Januar 1991 geht man in Bonn offensichtlich davon aus, daß das bundesdeutsche Finanzierungssystem auch in den neuen Bundesländern voll greift. Das geht aber an den Tatsachen vorbei.

Eine Kommune in den West-Bundesländern lebt von Steuern, Gebühren, Krediten und Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs, wie soll das in den neuen Ländern funktionieren?

Das System der Grund-, Gewerbe-, Lohn- und Einkommenssteuern, die zumindest anteilig der Kommune zugute kommen, wird gegenwärtig aufgebaut. Ehe daraus erste Mittel in der Kommune ankommen, kann es zu spät sein.

Dazu kommt, daß das Aufkommen an diesen Steuern gegenüber den Alt-Bundesländern wesentlich geringer ist. Die größeren Betriebe, die Gewerbesteuer zahlen könnten, wurden durch das Zögern der Treuhänder meist ruiniert. Nur ein Teil der Beschäftigten braucht bei der gegenwärtigen Lohnstruktur überhaupt Lohn- und Einkommenssteuer zu bezahlen. Dazu kommt der Steuerausfall durch gegenwärtig offiziell 8,6 % Arbeitslose und 21 % Kurzarbeiter.

Dazu werden den Kommunen durch die wie Pilze aus dem Boden schießenden Zelte mit Supermärkten, Baumärkten u. a. weitere Mittel entzogen. Diese Firmen zahlen ihre Steuern an ihren Heimatstandorten, und vom Länderfinanzausgleich sind die neuen Bundesländer laut Einigungsvertrag vorerst ausgeschlossen. — (sta)

## Erzieherinnen kämpfen für bessere Eingruppierung



Zahlreiche Demonstrationen begleiteten die Verhandlungen über die Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial-, Erziehungs- und sozialen Betreuungsdienst am 30./31. 1. (Bild: Hannover).

Sie fordern eine um zwei Einkommensgruppen bessere Eingruppierung. Die Arbeitgeber machten kaum Zugeständnisse. Am 25./26. 2. sind erneut Verhandlungen. — (kar)

### CDU-Rechtsaußen Dregger bei Waldheim und Haider

CDU-Rechtsaußen und Fraktionschef Dregger war am 6. und 7. Februar in Wien und Kärnten. Er traf dort mit Waldheim, dem ÖVP-Vorsitzenden Riegler und dem wegen seiner rechtsradikalen und großdeutschen Ziele sogar von der FDP gemiedenen FPÖ-Vorsitzenden Haider zu Gesprächen über die deutsch-österreichischen Beziehungen, den EG-Beitritt Österreichs und die Entwicklung in Jugoslawien zusammen. In Slowenien wird schon der „Anschluß an Österreich“ propagiert — für „Anschlußexperten“ wie Waldheim, Dregger und Haider sicher ein Grund zu engen Kontakten. — (rül)

### NATO-Konferenz in Prag geplant

Noch bevor die sowjetischen Truppen vollständig aus der CSFR abgezogen sind (im Sommer soll der Abzug abgeschlossen sein) will die NATO in Prag eine Tagung abhalten. NATO-Generalsekretär Wörner lädt gemeinsam mit dem tschechoslowakischen Außenminister für den 25. und 26. April nach Prag zu einer Konferenz „über die künftige

Sicherheitsstruktur in Europa“ ein. Teilnehmen werden u. a. der polnische, ungarische und italienische Außenminister, der österreichische Bundeskanzler, ein Berater des US-Außenministers, der tschechoslowakische Generalstabschef. Auch der sowjetische stellvertretende Außenminister Kwizinski hat sein Erscheinen zugesagt. Noch bevor der Warschauer Pakt formell aufgelöst ist, dringt die NATO auf den Balkan und nach Osteuropa vor. — (rül)

### Jelzin berät über deutsche Siedlungen in Kaliningrad

Der Präsident der Russischen Republik, Jelzin, ist in das Gebiet um Kaliningrad gereist. Laut „Tass“ wolle Jelzin u. a. „das Problem einer möglichen Ansiedlung von Sowjetdeutschen im früheren Nord-Ostpreußen“ beraten. Der Vorschlag stammt von einem Vertreter der reaktionären „Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen — Wiedergeburt“, einem Kurt Widmeier. Widmeier, dessen Verband von dem 1945 wegen Mitwirkung an faschistischen Verbrechen verbotenen „Verband für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) und von der Bundesregierung unterstützt wird, hatte die Rückkehr deutscher Siedler in dieses

von der Anti-Hitler-Koalition der Sowjetunion zugesprochene Gebiet propagiert. Jelzin traf u. a. den Vorsitzenden der „Wiedergeburt“. Der Oberste Sowjet der russischen Republik hatte das Gebiet um Kaliningrad 1990 zur Freihandelszone erklärt. — (rül)

### ZK der Katholiken: Desertion „kein Beitrag zum Frieden“

In der katholischen Kirche versucht die Präsidentin des ZK der deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, die verbreitete Opposition unter Kirchenmitgliedern gegen den Krieg weiter zurückzudrängen. Man habe „kein Verständnis, daß Politiker und Demonstranten sich gegen die entschlossene Politik der Vereinten Nationen wenden und insbesondere die USA ... der Kriegstreiberei bezichtigen“, schimpfte sie in einer Pressemitteilung des ZdK (24. 11. 91). „Vollends unerträglich ist es, wenn Organisationen in diesem Zusammenhang zur Desertion und anderen Rechtsverletzungen auffordern. Dies ist kein Beitrag zum Frieden“, kritisierte sie weiter und rief die Katholiken auf, „massive Zweifel an der Rolle Deutschlands in der internationalen Politik“ nicht weiter zu nähren. — (rül)

### Gewerkschafter aus Euskadi auf Rundreise durch die BRD

Vertreter der Gewerkschaft Langile Abertzalen Batzordeak (L. A. B. — Versammlung Patriotischer Arbeiter) aus Euskadi (Baskenland) befinden sich zwischen dem 15. und 28. Februar auf Einladung von Euskadi-Info und lokalen Gruppen auf Rundreise durch die Schweiz und die BRD. L. A. B. versteht sich als Teil des Prozesses der nationalen und sozialen Befreiung der Basken. Über die Ziele ihrer Rundreise schreiben die LAB-Gewerkschafter: „Die Entscheidung, diese Rundreise in diesen Teil Europas zu machen, ist die Konsequenz aus der Absicht, uns außerhalb Euskadis bekannt zu machen, die Informationssperre, der wir unterworfen sind, zu durchbrechen und praktische Verbindungen zu schaffen.“

Veranstaltungen: 18. 2. 91, 18.30 Uhr — Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Kellerschänke; 19. 2. 91, 20 Uhr — Schweinfurt, Kulturwerkstatt Disharmonie; 20. 2. 91, 19 Uhr — Frankfurt, Club Voltaire. Weitere Veranstaltungsorte: 22./23. 2. 91 — Hannover; 25./26. 2. 91 — Hamburg; 27./28. 2. 91 — Berlin. (Konkrete Termine können bei GNN nachgefragt werden) — (cls)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## Aktuell in Bonn

## Bundeswehr: Schnelle GG-Änderung?

Die FDP-Fraktion wünscht eine schnelle Grundgesetzänderung zugunsten von Bundeswehreinheiten im Ausland. Ex-Innenminister Baum schlug vor, die Verfassungsänderung in der zweiten Jahreshälfte 1991 zu verabschieden. Die SPD solle durch einen „Kompromiß“ für „Bündnisfälle“ wie jetzt den Bundeswehreinheiten in der Türkei gewonnen werden. Hier vertritt die Regierung, sie allein entscheide. Abgeordnete der SPD verlangen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag, ähnlich der Feststellung des „Spannungsfalls“. Baum schlägt vor, durch eine zweite Verfassungsänderung festzulegen, daß der „Bündnisfall“ mit einfacher Mehrheit im Bundestag festgestellt werde — ein Verfahren, daß die parlamentarische Opposition in Wirklichkeit noch weiter ausschaltet.

## Mehr Steuern und Abgaben

Am vergangenen Wochenende gab es im Regierungslager wieder Diskussionen darüber, wie der Staat an mehr Geld kommen kann. Der „Aufbau“ in der ehemaligen DDR sei doch „schwieriger als bisher angenommen“. Die Zahl der Erwerbslosen werde weiter steigen. Dies und neue Forderungen der USA nach mehr finanzieller Unterstützung im Golfkrieg wird zum Anlaß genommen, diese Woche in der Koalition über weitere Steuererhöhungen und zusätzliche Abgaben zu verhandeln. Im Gespräch sind Investitionsabgaben und eine Ergänzungssabgabe für Besserverdienende, gegen die Graf Lambsdorff für die FDP sofort Stellung bezog. Wirtschaftsminister Möllemann (FDP) nicht, aber er wolle zuerst „alle“ Subventionen „gleichmäßig“ beschnitten sehen. Norbert Blüm sprach von einem zusätzlichen Beitrag für Beamte und Selbständige.

## Polizei gegen Todeshändler?

Erst war die Idee, den Verfassungsschutz, bisher eher mit den Gegnerinnen und Gegnern des Militarismus befaßt, als Schnüffler gegen illegalen Rüstungsexport zu bevollmächtigen — eine Reaktion auf den wachsenden Druck auf Bonn wegen der deutschen Aufrüstung des Irak. Am 6.2. beschloß das Kabinett, das neue Zollkriminalamt mit der Befugnis auszustatten, Telefongespräche abzuheben und Briefe zu öffnen — gegen die illegalen Waffengeschäfte, versteht sich. Der Bundesnachrichtendienst wird zugleich befugt, seine Erkenntnisse aus der Verletzung des Postgeheimnisses direkt den Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten. Die Bundesanwaltschaft wird's schon richten.

## Wiedergutmachung!

Annähernd eine Million Polen haben Anspruch auf Wiedergutmachung für Zwangsarbeit in Konzentrationslagern und Fabriken unter der Nazi-Herrschaft. Dies stellen ehemalige polnische Zwangsarbeiter — die Vereinigung der Geschädigten des Nazi-Regimes — in

einem Offenen Brief an den deutschen Bundeskanzler Kohl Ende Januar fest. Solange eine Entschädigung nicht geregelt sei, könne die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags „über gute Nachbarschaft“, über den noch verhandelt wird, nicht akzeptiert werden. Die Vereinigung der Nazi-Geschädigten schlägt Bonn die Bildung eines Entschädigungsfonds vor.

## DDR: Schnelle „Vermögensrückgabe“

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat die neue Regierung einen Gesetzentwurf zur schnelleren Rückgabe von enteigneten Betrieben, Grundstücken usw. in der DDR an alte Eigner auf den Weg gebracht. Bereits am 22. März soll das Gesetz in Kraft treten. Es sieht vor, daß enteignete Kapitalisten und Grundstücksbesitzer auch vor endgültiger Prüfung ihrer Rückgabeforderung frühere Betriebe, Grundstücke usw. zurückerhalten können. Inzwischen sollen 1 Million Anträge auf Rückgabe von vor 1989 enteigneten Betrieben, Grundstücken usw. bei Ämtern vorliegen. Mindestens 9000 Anträge betreffen die Rückgabe von Unternehmen, die heute von der Treuhänderverwaltung verwaltet werden.

## § 218-Pläne

Noch in diesem Monat will die FDP-Fraktion ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Abtreibungsrechts zu beraten beginnen, um ihn schnell in den Bundestag einzubringen. Was genau geändert werden soll, ist unklar: FDP-MdB Baum kündigte an, der Entwurf werde das Verfassungsgerichtsurteil von 1975, daß eine Fristenregelung ablehnte, „beachten“. Die Unionsfraktion will bereits diese Woche „Eckwerte“ für einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen. 85 Unionsabgeordnete schlossen sich zu einer Initiative „Schutz des ungeborenen Lebens“ zusammen.

## Steueranreiz für „Osteinsatz“

Finanzminister Waigel hat den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes vorgelegt. Der Entwurf geht in zwei Punkten weiter, als bisher angekündigt: Erstens gilt die Aufhebung der Steuern auf Vermögen und Gewerbekapital auch für Unternehmen im Westen, wenn der Firmensitz in DDR-Gebiet — z.B. Ostberlin — liegt. Zweitens erhalten West-Bürger, die vorübergehend „in einem ... Dienstverhältnis“ in der Ex-DDR beschäftigt sind, dies durch eine spezielle Ost-Prämie vergütet: 600 DM pauschal Freibetrag für Ledige, 1200 DM für Verheiratete.

## Was kommt demnächst?

Am 19.2. berät eine Konferenz der EG-Außenminister in Luxemburg über „die Zukunft des Nahen Ostens“. Bis Ende Februar will die FDP-Fraktion ihren Abtreibungsgesetzentwurf vorlegen. Am 11.3. findet in Bonn der „deutsch-britische Gipfel“ statt. Am 22.3. soll das Gesetz zur Rückgabe enteigneter Vermögen in der DDR in Kraft sein.

## PDS-Parteitag — heftiger Streit

Nachtrag zum 2. Parteitag der PDS am 26. und 27. Januar 1991

Im Vorfeld der 1. Tagung des 2. Parteitages der PDS wurde allerorten vor übertriebenen Erwartungen an diesen Parteitag gewarnt. Dennoch fuhren die Delegierten aus Ost und West mit ganz bestimmten Vorstellungen, Hoffnungen und natürlich Erwartungen nach Berlin. Wie diese erfüllt wur-

den, was dieser Parteitag geleistet hat, wo die Probleme der PDS derzeit liegen, dokumentiert nachfolgender Artikel, den wir dem „Neuen Deutschland“ vom 29. Januar 1991 entnommen haben und den wir in gekürzter Form nachdrucken. — (K. H., PDS)

„Das, was hier zwischen den beiden Frauen abläuft, ist entwürdigend. Hier geht es nicht um Personen, sondern um zwei verschiedene Linien.“ „Diese Streitigkeiten unter den 70 Westlinken auf dem Parteitag versteht hier keiner der übrigen 600 Delegierten“. Diese beiden Äußerungen auf dem 2. Parteitag sprechen ein Problem an, über das in der PDS im wesentlichen Unklarheit herrscht. In der Personaldebatte um Monika Balzer und Christiane Reymann, die von fast allen Delegierten als entwürdigend, demagogisch oder als peinliches Verhör bezeichnet wurde, spitzten sich vor allem die inhaltlichen Widersprüche zu ...

Eines wurde jedoch deutlich. Es geht bei diesen Auseinandersetzungen nicht ausschließlich um einen Streit der Westlinken. Unbestritten tragen diese ihre politischen Widersprüche heftiger und kontroverser aus ... Aber dieselben Widersprüche gibt es auch innerhalb der PDS in der ehemaligen DDR ...

Die Ausdehnung der PDS in die BRD war von Anfang an mit einer Menge Schwierigkeiten verbunden. Viele hingen mit den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD zusammen, dem antikommunistischen, gesellschaftlichen Konsens, der Hetze gegen die PDS, aber auch dem Zerfallsprozeß der westdeutschen Linken.

Bevor die PDS überhaupt ernsthaft über eine Westausdehnung nachgedacht hatte, waren in vielen Städten von konservativen DKPern und anderen dogmatischen Linken dominierte PDS-Initiativen entstanden. Eine Dominanz der DKP, so sahen es viele, hätte die Westausdehnung der PDS jedoch von Anfang an diskreditiert und viele Linken aus den anderen Spektren von der Mitarbeit abgeschreckt. So wurde die Idee des Personenbündnisses geboren. Nur formal sollte mit wenigen Leuten eine Wahlpartei gegründet werden, während sich alle Interessierten an der politischen Auseinandersetzung beteiligen können. Der eigentliche Partei-Aufbau sollte so hinausgeschoben werden ...

Tief sitzt bei vielen BRD-Linken das Mißtrauen gegen die DKP. In den siebziger und achtziger Jahren spielte die DKP in der Westlinken eine unrühmliche Rolle. Von der SED finanziell und personell gut ausgestattet sowie politisch und ideologisch geführt, versuchte die DKP, auf diesem Wege politische Bewegungen zu instrumentalisieren. Dem realen ... Rückhalt entsprach dieser Einfluß der DKP in keinsten Weise. Dieses so entstandene Mißtrauen lebt natürlich wieder auf, wenn die verbliebene, nach Ansicht vieler Linker nicht

erneuerungswillige Rest-DKP beschließt, sich als Partei an einem Personenbündnis zu beteiligen und mit ungebrochenem Selbstvertrauen und kommunistischem Avantgardeanspruch — als sei in den letzten zwei Jahren nichts passiert — mit einer großen Anzahl Kader auf den Treffen der Linken Liste erscheint. Ob trotzdem der mehrheitliche Beschluß des Beirates Linke Liste/PDS, keine DKP-Mitglied in den Beirat aufzunehmen, richtig war oder nicht, muß offenbleiben. Vor allem die Erneuerer, die mit stalinistischen Methoden in der DKP ausgegrenzt wurden, drängen aus nachvollziehbaren Gründen auf diese Entscheidung. Aber der schlechte Beigeschmack der Ausgrenzung und des undemokratischen Vorgehens blieb bei vielen Linken haften.

Vieles von dem, was sich der Beirat vorgenommen hatte, ist nicht aufgegangen. Einbrüche in das linke Wählerpotential von Grünen und SPD sind nicht gelungen. Lediglich im Frühjahr und Sommer sah es eine zeitlang so aus, als ob dies gelingen könnte. Die PDS umgab noch die Aura des Neuen, des Interessanten. Gegen die Vernichtungsbestrebungen der Herrschenden ... waren viele bereit, ihre Solidarität zumindest verbal zu bekunden. Vielleicht hätte man in dieser Situation die Öffnung der PDS forcieren sollen. Die Wahlrechtsänderung, die der PDS den Einzug in den Bundestag sicherte, und der Finanzskandal taten dann ein übriges, so daß die Zahl der Aktivisten klein blieb.

Natürlich sind die Auseinandersetzungen nur vordergründig ein Machtkampf zwischen den PDS-Initiativen auf der einen Seite und dem Beirat Linke Liste/PDS auf der anderen. Hier stehen nicht zwei feste politische Blöcke gegenüber. Im Gegenteil: Beide Seiten betonen ihre Offenheit für eine breite pluralistische linke Partei. Hinter der sehr vereinfachenden Diskussion — ob Partei oder Bewegung — stehen jedoch unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die PDS in den westlichen Bundesländern aufgebaut werden und wie die PDS sich insgesamt entwickeln soll ...

Nach dem traditionellen Parteienverständnis müssen zunächst Parteistrukturen aufgebaut werden, um dann Politikangebote machen oder politische Bewegungen führen zu können. Zielgruppe sind dabei in erster Linie linke Gewerkschafter, Arbeitnehmer oder solche Menschen, die sich in ihrem politischen Handeln traditionell an der Politik linker Parteien orientieren.

Aus den Erfahrungen des Scheiterns der kommunistischen Parteien und Organisationen der Bundesrepublik in den

siebziger Jahren und dem gleichzeitigen Aufschwung der sog. neuen sozialen Bewegungen zogen andere Linke die Schlußfolgerung, daß politische Bewegungen nicht organisiert werden können, sondern oftmals spontan entstehen und sich eigenständig entwickeln. Eine Partei wie die PDS hätte hier die Aufgabe, mit linkem Profil die Diskussionen entstehender politischer und sozialer Bewegungen aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Dies, was auf dem Parteitag etwas verächtlich als „Kampagnen-Sozialismus“ bezeichnet wurde, könnte für die PDS innerhalb der Linken Akzeptanz schaffen und eine stabile politische Basis ermöglichen.

Die Schärfe, mit der dieser Streit von einigen ausgetragen wird, ist jedoch unverständlich, sind doch in der Praxis die Positionen nicht so weit voneinander entfernt. Die Entwicklung des letzten halben Jahres hat gezeigt, daß nennenswerte Erfolge weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu verzeichnen sind. Und angesichts der Orientierungslosigkeit und Marginalität der Linken nehmen der Streit sowie die Hartnäckigkeit, mit der an lieb gewonnenen Begriffen und politischen Ansätzen — die zumindest diskussionswürdig geworden sind — festgehalten wird, fast irrealen Züge an.

In der ehemaligen DDR ist die Situation im Prinzip ähnlich. Zwar besteht noch eine breite politische Basis, aber diese ist gelähmt von den politischen Veränderungen des letzten Jahres, orientierungslos und ohne Selbstvertrauen. Viele suchen jetzt in der Reorganisation der Partei einen Ausweg, wollen durch den engeren Zusammenschluß die gesellschaftliche Isolation kompensieren. Die kommunistische Plattform setzt dabei auf traditionelle Fundamente kommunistischer Politik. Die Mehrheit des Präsidiums dagegen will die Modernisierung und Öffnung der Partei u.a. über die Integration unterschiedlicher Westlinker vorantreiben ...

Den einzigen Ausweg aus der Krise sehen viele darin, die konstruktiven, an Themen orientierten Diskussionen in der PDS, die es ja neben manch fruchtlosem Streit auch gibt, weiterzuführen und auszuweiten. Nur so könnte das Interesse an der Politik der PDS wachsen und könnten neue Anhänger gewonnen werden. Die Meinungsverschiedenheiten müssen dabei nicht überdeckt werden, aber notwendig ist die Bereitschaft, gemeinsam linke Politik zu entwickeln. Dabei darf sich die PDS jedoch nicht als die linke Partei verstehen, sondern als ein Teil einer vielfältigen Linken.

Christoph Seils

## Chancen zur Anhebung der unteren Tarife bleiben

Die Tarifkommissionen der IG Metall beschließen Mindestbeträge bis zu 280 DM

Trotz Verzichts- und Kriegspropaganda seitens Regierung und Kapitalisten konnte die Bewegung gegen Niedrigeinkommen einen nicht unbedeutenden Fortschritt erzielen.

Etwa die Hälfte der Forderungen stand bis zum 7.2.91 bereits fest. Als erste wurde für die Tarifgebiete Hessen, Rheinland-Rheinessen und Fulda am 29.1. 10%, mindestens 270 DM aufgestellt. Für die Beschäftigten in den drei baden-württembergischen Tarifgebieten stehen 10%, mindestens 280 DM, Laufzeit zwölf Monate. Die bayerische Tarifkommission, die 1990 noch nackte Prozente gefordert hatte, hat sich dem am 6.2.91 erfreulicherweise angeschlossen. Für Azubis werden im Bezirk Stuttgart 60% des Ecklohnforderungsbetrags (168 DM) gefordert, in Bayern 150 DM. NRW hat 10%, mindestens 270 DM beschlossen, ebenso Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und das nordwestliche Niedersachsen. Die restlichen Tarifkommissionen werden wohl nachziehen, nur Niedersachsen hat bisher am 7.2. 10%, mindestens 230 DM (Ecklohnbetrag), für Azubis 150 DM beschlossen. Der Vorstand will die regionalen Forderungen Mitte Februar genehmigen. Am 4.3. beginnen die ersten Verhandlungen an der Nordseeküste, am 11.3. in Stuttgart.

Der NRW-Metallarbeitsgeberverband reagierte mit „unverantwortlich und maßlos übertrieben“. Die baden-württembergischen Metallkapitalisten haben die 10%, mindestens 280 DM bereits am 17.1. als „weit überhöht“ zurückgewiesen. Seither wurde VMI-Chef Hundt von Rundfunk und Presse in folgender Reihenfolge zitiert: „1,8%“, „unter dem Abschluß von 1990“, „Angebot eher bei 3 als bei 5%“ und schließlich wieder „Orientierung an der Produktivitätssteigerung von 2,5%“. Inzwischen scheint er vor allem für notwendig zu erachten, Breiten gegen den Geldbetrag zu schießen: „Der VMI ist gegen eine von der IG Metall verlangte überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen. Eine solche Forderung würde zu einer Nivellierung der Löhne führen, ausgebildete Mitarbeiter demotivieren und damit die Leistungsbereitschaft senken“ (nach Rhein-Neckar-Zeitung vom 7.2.91). Auch Gesamtmetall-Stumpfe will „nicht nochmal 6%“. Es gebe spürbar weniger zu verteilen, die IGM sei nicht gut beraten, unerfüllbare Erwartungshorizonte aufzubauen.

Das Handelsblatt resümiert: „Stumpfe und Steinkühler werden sich 1991 keinen großen Verteilungskampf leisten können.“ Jedoch der Mannheimer Morgen vom 1.2.91: „Im Poker um Prozente dürfte sich der Kompromiß vergleichsweise leicht finden lassen. ... Die Gewerkschaft kann aber 1991 bei der Durchsetzung des Festbetrags nicht einfach einknicken.“

Zwar ist es im Ergebnis nicht gelungen, eine Mehrheit für einen echten, für alle geltenden Fest- bzw. Sockelbetrag zu finden. Aber Mindestforderungen bis 280 DM hat es lange nicht gegeben. Während sie in der Vergangenheit meist nur bis zum Ecklohn reichten und nur für 28,5% der Arbeiter eine stärkere Anhebung als bei den Prozenten bedeuteten hätten, sind jetzt immerhin 81,8% in NW/NB unter dem einheitlichen Betrag von 280 DM zusammengefaßt. 14,2% der kaufmännischen Angestellten kommen noch hinzu (bis K 3/1 und T2/2), ergibt insgesamt ca. 55% aller Beschäftigten. Das macht eine breite Unterstützung möglich, die auch dringend gebraucht wird. — (aro, has, AGM)

## 12 Jahre Haft für Werner Lotze

Hohes Urteil in Kronzeugenprozeß

Am 9.1.91 begann vor dem Obersten Bayer. Landgericht der Prozeß gegen das ehemalige RAF-Mitglied Werner Lotze. Er gehört zu der Gruppe, die '80 in die DDR ging und dort ein bürgerliches Leben begann. Ursprünglich war nach ihm wegen Beteiligung an einem Banküberfall in Nürnberg und Mitgliedschaft in der RAF gefahndet worden. Er selbst hat die Beteiligung an dem Anschlag gegen Haig, an der Schießerei in einem Waldstück bei Dortmund und an einem Banküberfall in Darmstadt zugegeben. Aber nicht nur über seine eigene Beteiligung an verschiedenen Aktionen der RAF, sondern auch über die Beteiligung anderer Leute an diesen Aktionen hat Lotze umfangreiche Aussagen gemacht.

Bei der Einlassung schilderte Lotze seinen Lebenslauf und wie er zur RAF kam. Seiner Einschätzung nach waren für ihn rein politische Gründe der Ausschlag, um in die RAF zu gehen. Bei den meisten anderen aus der Aussteigergruppe wäre hauptsächlich die Empörung über die Ereignisse in Stammheim im Herbst 77 das treibende Motiv gewesen. Auffällig war, daß offensichtlich im Prozeß nicht so viel zur Sprache kam wie bei der Vernehmung durch die BAW. Werner Lotze legte dem Gericht ein 4-

seitiges Papier zur inneren Struktur der RAF vor, das aber nur im Selbstleseverfahren eingeführt wurde, also für die Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Verbindungen zu Leuten, die legal waren, wurden im Prozeß nicht erwähnt. Die Darstellung der Gruppe zu dieser Zeit sollte anscheinend den Eindruck erwecken, als handelte es sich um einen hierarchischen Psychopathenhaufen, der nur mit der Organisation des Alltags und der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen beschäftigt war, ohne irgendwelche politischen Diskussionen zu führen.

Nach Würdigung der einzelnen Statuten stellt der Staatsanwalt die Frage nach der Anwendung der Kronzeugenregelung. Er erklärt noch einmal, daß ein Geständnis über die eigene Tatabeilung nicht für die Anwendung der Kronzeugenregelung ausreiche. Er forderte 9 Jahre.

Der Richter, der sich schon bei den Memminger Prozessen einen Namen gemacht hatte, war offensichtlich verzögert, daß sich die BAW in seinen Prozeß einmischen wollte und meinte, daß übertriebene Barmherzigkeit nicht angeht. Er verhängte 12 Jahre.

Die BAW erhob Widerspruch gegen dieses Urteil. — (NID kar. uld)



# Den Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg verhindern!

Die Reaktion hat Probleme / Verfassungsänderung soll durchgepeitscht werden / Die Errichtung einer großen Front ist nötig und möglich

Teile der Anti-Kriegs-Bewegung glauben, die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen den Irak sei mehr oder weniger abgemachte Sache und könne, wenn der Krieg noch eine Zeitlang andauere, kaum verhindert werden. Tatsächlich mühen sich Politiker, Juristen, Medien, den Eindruck zu verbreiten, als seien die Absichten der herrschenden Klasse bereits Realität. Zweck ist, den Widerstand gegen die ständig neuen konkreten Schritte der

Bundesregierung zur Durchsetzung dieser Absichten zu lähmen. Schon triumphiert die „Frankfurter Allgemeine“, einen „Stimmungsumschwung“ beschwörend, bald würden vielleicht schon Ausbilder und Berater die den alliierten Streitkräften an die Front gelieferten Waffensysteme begleiten. Die Deutschen, so die FAZ (11.2.), schienen zu begreifen, daß sie dem Golfkrieg nicht als Unbeteiligte zuschauen und sich von ihm auch nicht durch noch

so große Unterstützung freikaufen könnten. — Solche Propaganda soll in den Hintergrund drängen, daß die Bundesregierung erhebliche politische und rechtliche Probleme mit der Beteiligung am Golfkrieg hat. Die folgenden Argumente sollen dazu beitragen, die Widerstandspositionen in der politischen Opposition, vor allem in den Gewerkschaften, aber zum Beispiel auch unter den Wehrpflichtigen, zu stärken.

Nach der Schreckensherrschaft des Faschismus und seiner Niederlage in dem verheerenden Aggressionskrieg, mit dem er die Welt überzogen hatte, hatte die deutsche Bourgeoisie das Zugeständnis machen müssen, das Verbot, einen Angriffskrieg zu führen, in der Verfassung zu verankern. Dementsprechend läßt das Grundgesetz einen Einsatz der Bundeswehr nicht zu, es sei denn zur Verteidigung oder im Rahmen eines defensiv verfaßten Bündnisvertrages.

Daß diese verfassungsrechtlichen Bestimmungen für die herrschende Politik ein Problem darstellen, über das sie sich ohne weiteres nicht hinwegsetzen kann, wird bei genauer Betrachtung schnell deutlich. Obwohl Meinungsfragen hohe Zustimmung der BRD-Bevölkerung zum Angriffskrieg gegen den Irak vorspiegeln, fällt es der Reaktion äußerst schwer, ihre Reihen zu schließen, wenigstens das Wahlklientel der Koalitionsparteien auszurichten und die Anti-Kriegs-Bewegung zu isolieren. Selbst bis in die Leserbriefspalten der FAZ hinein dringen Kritik und Ablehnung des Angriffskrieges gegen den Irak und der BRD-Unterstützung dafür. Teile der Sozialdemokratie — bis in die Führung hinein — und der liberalen Öffentlichkeit halten unter Bezug auf das Grundgesetz die Forderung nach Rückruf der in die Türkei entsandten Soldaten aufrecht. Die große Zahl kriegsdienstverweigernder Soldaten gerade in den Einheiten, die in den türkisch besetzten Teil Kurdistans nahe der irakischen Grenze verlegt wurden bzw. werden sollen, bringt unter anderem auch den großen Zweifel der zum Einsatz Befohlenen über den Charakter und die Rechtmäßigkeit des Einsatzes zum Ausdruck. Daß die Kommandeure die Verweigerer zwar schikanieren, aber nicht gewaltsam zum Einsatzort verbrachten, wie dies die USA ja ohne weiteres mit verweigernden US-Soldaten gemacht haben, läßt — nicht Menschlichkeit, sondern Unsicherheit der politischen und militärischen Führung erkennen. Daß die Bundesregierung trotz aller aggressionsunterstützenden Maßnahmen im Golfkrieg nicht kann, wie sie will, das zeigen gerade auch die heftigen Bemühungen, schnellstmöglich eine Verfassungsänderung durchzusetzen. Warum sollte die Bundesregierung die Verfassung ändern wollen, wenn ihr die Verfassungslage in ihrem Versuch eines schleichen Kriegseintritts nicht Probleme bereite? Der antimilitaristische Widerstand steht vor der Aufgabe, den Kriegseintritt der BRD zu verhindern. Er kann sich dabei auf die genannten geltenden Verfassungsbestimmungen beziehen, und er muß es tun, um die Formulierung eines größeren Bevölkerungsteils erfassenden Kriegslagers zu vereiteln.

## Die Bundesregierung schiebt die UNO vor — sie täuscht

Seit Monaten beschließt die Bundesregierung Maßnahme um Maßnahme, mit denen sie erst die Vorbereitung des Angriffskrieges gegen den Irak und dann den Angriffskrieg selbst immer massiver unterstützt: angefangen von Finanz-, logistischer und Waffenhilfe für die Angreifer über die Entsendung von Kriegsschiffen ins Mittelmeer bis zur Verlegung von Bundeswehreinheiten an die Grenze zum Irak. Diese Politik hat Methode. Jede neue Maßnahme verstrickt die BRD weiter in den imperialistischen Angriffskrieg, bis schließlich der militärische Kriegseintritt als geradezu zwangsläufige Konsequenz, als nur noch letzter Schritt erscheinen soll. Schon lancieren die Kriegstreiber über den „Spiegel“ weitere Schritte, die in Führungskreisen von NATO und Bundeswehr erwogen würden und genau in diese Richtung zielen: Die BRD solle ihre Versorgungsflugzeuge, mit denen sie Nachschub nach Saudi-Arabien fliegt, auf dem Rückflug mit irakischen Kriegsgefangenen beladen und diese nach Großbritannien transportieren; der Nürnberger Flughafen und womöglich weitere sollten für den Zivilflug gesperrt

und für den Einflug Verwundeter benutzt werden; die Flugabwehreinheiten — deren Verlegung nach Diyarbakir infolge von Widerständen aus der Sowjetunion und Problemen des US-Nachschubs bis Redaktionsschluß allerdings noch nicht gelungen war — sollten zum Schutz von US-Bombern eingesetzt werden, die zukünftig auch von Erhac und Diyarbakir ihre Terrorangriffe fliegen sollen; die BRD solle Tornado-Kampfflugzeuge und Kampftruppen in die Türkei entsenden. (1)

Der CDU-Abgeordnete und Verfassungsrechtler Scholz, vormals Bundesverteidigungsminister, hält die Beteiligung der Bundeswehr am Angriffskrieg gegen den Irak unter Berufung auf Verpflichtungen gegenüber der UNO für möglich und mit der Verfassung vereinbar. (2) Seinen wahnsinnigen und gemeingefährlichen Expertisen folgen, den offenen Konflikt und Verfassungsbruch fürchtend, nicht einmal die härtesten Reaktionäre. Aber auch die Bundesregierung nimmt für die immer weiterreichende Unterstützung des Angriffskrieges die UNO bzw. ihre Verpflichtung gegenüber der UNO in Anspruch. Damit täuscht sie die Öffentlichkeit.

Zwar trifft zu, daß der UN-Sicherheitsrat militärische Maßnahmen zur „Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ (Art. 42 der UN-Charta) beschließen und die Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichtet kann, zur Durchführung der militärischen Maßnahmen Beistand zu leisten. Doch das hat der Sicherheitsrat nicht getan.

Die Paragraphen 2 und 3 der UNO-Resolution 678, auf die sich die USA und andere bei ihrem Angriffskrieg gegen den Irak beziehen, lauten: „(Der Sicherheitsrat) 2. bevollmächtigt seine Mitgliedstaaten, die mit der Regierung von Kuwait zusammenarbeiten, alle notwendigen Mittel einzusetzen, um die Resolution 660 und alle relevanten darauffolgenden Resolutionen (die den Rückzug des Irak aus Kuwait verlangen — Red.) zu verwirklichen, um den Frieden und die internationale Sicherheit in der Region wiederherzustellen, wenn Irak nicht bis zum 15. Januar 1991 die obengenannten Resolutionen ... voll angewendet hat; 3. fordert alle Staaten auf, den in § 2 der vorliegenden Resolution beschlossenen Maßnahmen die angemessene Unterstützung zu gewähren ...“

Die Frage, ob der UN-Sicherheitsrat berechtigt ist, eine Pauschalermächtigung für nicht näher bestimmte Maßnahmen zu erteilen, sei hier nicht erörtert. Fest steht, darauf wurde vielfach hingewiesen, daß der Sicherheitsrat die Anwendung militärischer Gewalt nicht verbindlich beschlossen hat. Die Entscheidung dafür haben erst die US-Regierung und ihre nächsten Verbündeten getroffen. Fest steht auch, daß der Sicherheitsrat abweichend von der UN-Charta die Kontrolle über das weitere Geschehen, das in seinem Namen verübt wird, stillschweigend an die USA abgetreten hat. Die alliierten Streitkräfte sind, ebenfalls abweichend von der UN-Charta, nicht dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellt worden, sondern handeln in Regie ihrer Entsenderstaaten, von denen im übrigen weder die USA noch Großbritannien noch Frankreich einen Beistandspakt mit Kuwait haben. Auch hat der Sicherheitsrat keinen Generalstabsausschuß eingesetzt, wie dies die UN-Charta vorsieht: den Oberbefehl haben vielmehr die USA inne. (3)

Desweiteren steht fest, daß der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 678 die Mitgliedstaaten der UNO, darunter die BRD, nicht zum Beistand verpflichtet hat, wie er dies nach Artikel 43 der UN-Charta hätte tun können. Er hat stattdessen die deutlich unverbindlichere Formulierung „fordert auf“ gewählt. Hätte er UN-Mitgliedstaaten zum Beistand verpflichtet, hätte er nach Artikel 43 Sonderabkommen mit ihnen schließen müssen. Die Abkommen hätten, auch das hält die UN-Charta fest, von den Un-



terzeignerstaaten nach Maßgabe ihres Verfassungsrechts ratifiziert werden müssen.

Ganz abgesehen davon, daß die Politik des UN-Sicherheitsrates unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts äußerst fragwürdig ist und daß vieles dafür spricht, daß die USA und andere die UNO für einen imperialistischen Krieg mißbraucht haben, auf ähnliche Weise, wenn auch unter anderen geschichtlichen Bedingungen, wie sie die UNO für die Korea-Aggression mißbraucht haben; abgesehen davon kann sich die Bundesregierung auf keinen Fall auf die UNO hinausreden. Selbst wenn die UNO die BRD zum Beistand im Angriffskrieg gegen den Irak hätte verpflichten wollen, hätte die Verfassungslage die Bundesregierung daran gehindert. Doch hat der UN-Sicherheitsrat keine verbindliche Beistandsentscheidung getroffen und gegenüber der BRD auch keine einzige konkrete Beistandsforderung erhoben — die USA und ihre Kriegsverbündeten schon, der UN-Sicherheitsrat aber nicht.

Aus dem Völkerrecht kann die Bundesregierung deshalb auch kein Argument für ihre Unterstützung des Angriffskrieges gegen den Irak geltend machen.

## Unterstützungsleistungen fördern Angriffskrieg

In der Kriegspropaganda der BRD-Medien ist die Tendenz festzustellen, den Unterschied zwischen indirekter und direkter Kriegsbeteiligung zu verwischen. Damit will man den Einsatz der Bundeswehr als nur eine Maßnahme neben anderen darstellen und so politisch leichter durchsetzen. Obwohl dieser Tendenz entgegengetreten und den Verantwortlichen die einschneidende Bedeutung und die Konsequenzen eines militärischen Eingriffes deutlich vor Augen geführt werden müssen, muß gleichwohl auch der Charakter der bisherigen Maßnahmen klar benannt werden: Mit der finanziellen, logistischen und Waffenhilfe für die Angriffsstaaten hat die BRD sich völkerrechtlich der Neutralität im Golfkrieg begeben und selbst den Status des nicht am Konflikt Beteiligten aufgegeben. Sie ist dem Krieg beigetreten.

Alle ihre kriegsunterstützenden Maßnahmen sind auch und nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt zu bewerten, daß sie einem Angriffskrieg dienen, den vorzubereiten oder zu führen der BRD verboten ist. Mit jeder ihrer Unterstützungsleistungen verläßt die Bundesregierung die verfassungsmäßige Grundlage. Der Widerstand, den z. B. Zivilistenleistungen und Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen ihren möglichen Einsatz zur Kriegsunterstützung leisten — in diesen Bereichen entwickelt sich zunehmend Widerstand —, ist legitim und erfordert uneingeschränkte Unterstützung.

## Es soll nicht gelingen, den „Bündnisfall“ zu konstruieren

Als direkte Vorbereitung auf den militärischen Einsatz in einem Angriffskrieg muß die Entsendung von Bundeswehreinheiten in die Türkei bekämpft werden.

Die Bundesregierung rechtfertigt die Entsendung mit der aus dem NATO-Vertrag begründeten Verpflichtung, die Türkei vor einem Angriff zu schützen. Staatsrechtler springen ihr in etlichen Veröffentlichungen bei (aber es gibt nicht wenig Juristen, die die Politik der BRD einer harten Kritik unterziehen). Prof. Kriele entwickelte in der „Welt“ vom 4.2. die folgende Standardargumentation: Die Türkei erfülle mit der Erlaubnis für US-Kampfflugzeuge, von der Türkei aus den Irak zu bombardieren, lediglich die Beistandsverpflichtungen aus Artikel 43 der UN-Charta. Da die Kriegsmaßnahmen durch die UNO legitimiert seien, habe der Irak kein Recht auf Verteidigung. Eine militärische Aktion des Irak z. B. gegen die Stützpunkte, von denen aus die US-Bomber aufsteigen, sei deshalb ein Angriff auf die Türkei und löse den Bündnisfall aus.

Gegen diese die Öffentlichkeit täuschende Argumentation, die von der Bundesregierung offensichtlich verfolgt wird, kann und muß vor allem der konkrete Verlauf ins Feld geführt werden.

Die bundesdeutsche Alpha-Jet-Staffel wurde zum Jahreswechsel, Wochen vor dem alliierten Angriff auf den Irak, nach Erhac ins türkisch besetzte Kurdistan verlegt. Für die Behauptung, der Türkei drohe ein Angriff des Irak, gab es keine Anhaltspunkte. Ihrerseits hatte jedoch die Türkei nach Beginn des Golfkrieges offen Ansprüche auf die irakisch besetzten Gebiete Kurdistans mit seinen reichen Ölfeldern angemeldet und damit ein Kriegsziel formuliert, das mit der Vertreibung des Irak aus Kuwait nicht das geringste zu tun hatte. Angesichts dessen würde mit einem Kriegseintritt der Türkei der Krieg, der jetzt unter dem Vorwand der „Befreiung“ Kuweits geführt wird, unweiderruflich zu einem Eroberungskrieg gegen den Irak.

Die Erlaubnis für US-Kampfflugzeuge, türkische Stützpunkte für Angriffsflüge gegen den Irak zu benutzen, kann sich auch formell nicht auf Artikel 43 der UN-Charta beziehen, wie Prof. Kriele in der „Welt“ glauben machen will: Auch mit der Türkei hat der UN-Sicherheitsrat kein diesbezügliches Abkommen abgeschlossen. Artikel 43, der die Beistandspflicht aller UN-Mitgliedstaaten formuliert, kann wegen der geschilderten Umstände überhaupt nicht herangezogen werden.

Auch hat die Türkei sich bei ihrem Ersuchen gar nicht auf ihre UN-, sondern auf ihre NATO-Mitgliedschaft berufen. Sie hat nämlich nicht die alliierten Streitkräfte aufgefordert, sie im Fall eines ira-

kischen Gegenschlages zu schützen, wie dies vielleicht noch nahegelegen hätte, sondern ausdrücklich die NATO. Damit wurde die NATO in den Konflikt eingeführt, in den sie unter Wahrung des NATO-Vertrags nicht eingreifen kann.

Die Türkei könnte höchstens dann den Eintritt des Bündnisfalles geltend machen, wenn ein militärischer Gegenschlag des Irak unverhältnismäßig ausfiele. Doch der Irak hat laut und vernünftig seinen Verzicht darauf erklärt, die Bombardierung seines Territoriums von der Türkei aus überhaupt mit einem militärischen Gegenschlag zu beantworten. Gleichwohl hat die Bundesregierung beschlossen, weitere Bundeswehreinheiten ins türkisch besetzte Kurdistan nahe der Grenze zum Irak zu verlegen.

Doch kann die Bundesregierung auch hier ihre Schwierigkeiten und Probleme nicht überdecken. Die allzu offen vorgebrachten Eroberungs- und Annexionsgelüste der Türkei, die dazu beitragen, Gewissenskonflikte bei zahllosen Wehrpflichtigen über den Verteidigungscharakter ihres drohenden Kriegseinsatzes hervorzurufen und bis weit in die Sozialdemokratie hinein Widerstandskräfte zu wecken, erschweren es der Reaktion immens, einen für die innere Kriegsfähigkeit ausreichenden Konsens über den „Bündnisfall“ herzustellen. Wohl deshalb ist die Bundesregierung in den letzten 14 Tagen äußerst rührig gewesen, den türkischen Staatspräsidenten zu einer diesbezüglichen „Klarstellung“ zu bewegen, und wohl deshalb werden vor allem FDP-Politiker nicht müde, immer wieder zu betonen: „Erfreulicherweise hat die Türkei den Verdacht ausgeräumt, sie wolle bei dieser passenden Gelegenheit irakisches Territorium erobern. Die Nato ist ein Verteidigungs-, kein Eroberungsbündnis.“ (4)

Da der Irak erklärt hat, bei Andauern des Status quo keine militärischen Verteidigungsmaßnahmen gegen die Türkei zu unternehmen, ist es besonders wichtig, die weitere Eskalation durch die BRD und andere NATO-Staaten zu bekämpfen. Die Verlegung jedes weiteren Bundeswehresoldaten in die Türkei stellt eine Eskalation dar, ebenso die erklärte Absicht der USA, weitere Stützpunkte in der Türkei für ihre Angriffsflüge gegen den Irak zu benutzen. Größte Wachsamkeit ist gegen alle Versuche nötig, den nationalen Befreiungskampf im türkisch besetzten Teil Kurdistans zum Anlaß des „Bündnisfalles“ zu machen. Immer wieder auftauchende und in verschiedenen Medien kolportierte Gerüchte, die PKK habe sich entschlossen, auf der Seite des Irak zu kämpfen, weisen auf eine solche Gefahr hin.

## Verbot des Angriffskrieges muß bleiben!

Die Regierungsparteien beabsichtigen, die Verfassungsänderung so schnell als möglich durchzupeitschen. Ihre Ziele werden immer weitreichender. War zunächst die Rede davon, daß der Bundeswehr Einsätze „unter dem Dach der UNO“ möglich sein müßten, so will die Koalition jetzt eine Änderung, die auch Einsätze „wie am Golf“ erlauben. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die Reaktion vereinhalt Jahrzehnte nach der Niederlage des deutschen Faschismus und wenige Monate nach der Annexion der DDR das Verbot des Angriffskrieges aus der Verfassung streichen will.

Die Verfassungsänderung soll zugleich eine Lage bereinigen, in der die Reaktion die Verfassung auf schwere Weise gebrochen hat und noch schwerer zu brechen im Begriff ist. Gegen die beabsichtigte Verfassungsänderung muß und kann eine große Front errichtet werden. Das nützt auch dem Kampf gegen den militärischen Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg.

Quellenhinweis: (1) Spiegel 7/91, 11.2.91; (2) FAZ, 2.2.91; (3) siehe Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen: Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen; (4) Lambsdorff in: FAZ, 6.2.91, ähnlich Genscher in der Bundestagsdebatte am 31.1.91. — (scc)

## Internationale Umschau



Mit einer Protestkundgebung (Bild) unterstützten US-Transportarbeiter die Klage ihrer Gewerkschaft ATU gegen den Greyhound-Konzern vor dem „National Labor Relations Board“ der USA, einer Art Bundesarbeitsgericht. Die ATU klagt gegen den Konzern wegen Verstoß gegen US-Gesetze. Der Konzern hatte kurz nach Beginn eines Streiks der Beschäftigten im März letzten Jahres für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen begonnen, alle Streikenden und Gewerkschaftsmitglieder nach einem „letzten Angebot“ zu feuern und stattdessen Streikbrecher einzustellen. Inzwischen schuldet der Konzern, der im Juni 1990 ein Konkursverfahren begonnen hat, den nach Ansicht der Gewerkschaft illegal Entlassenen 90 Mio. Dollar ausstehende Löhne. Mitglieder der Gewerkschaften der Brauereiarbeiter, der Stahlarbeiter, der Fernmeldearbeiter, der Automobilarbeiter, der Büroangestellten und der Textilbeschäftigten unterstützten die Kundgebung. — (rül)

## Euphrat: Türkei drosselt Wasserzufuhr

Offensichtlich, um den Irak weiter unter Druck zu setzen, hat die türkische Regierung die Wasserführung des Euphrat verringert. Seit dem 1. Februar ist nach einem Bericht der türkischen Zeitung „Cumhuriyet“ die Wasserführung des Flusses durch Sperren am Atatürk-Staudamm im Oberlauf des Flusses um 40 % verringert. Nach dem Bericht der Zeitung bleibt durch diese Verringerung der Wasserführung für den Irak praktisch kein Wasser zur Bewässerung mehr übrig. Die irakische Landwirtschaft wird schwer getroffen. Die Wasserführung des Euphrat ist seit 30 Jahren zwischen der Türkei, Syrien und Irak umstritten. Bereits im letzten Jahr hatte die Türkei die Wasserführung zur Auffüllung des Atatürk-Dammes vorübergehend einseitig verringert. — (rül)

## Südafrika/Azania: Treffen von ANC und PAC

Delegationen der Befreiungsbewegungen ANC und PAC sind in Südafrika/Azania zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit zusammengetroffen. Eine Arbeitsgruppe soll Möglichkeiten der Verbesserung der Zusammenarbeit und der Diskussion und Beratung zwischen beiden Organisationen prüfen. ANC-Vizepräsident Mandela erklärte, das Treffen sei ein „historisches Ereignis“ und der Beginn einer neuen Ära der Gemeinschaft unter den Befreiungsbewegungen des Landes.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 7.2.1991 — (rül)

## Panzer-Transit verstößt gegen immerwährende Neutralität

Heftige Proteste hat in Österreich die Entscheidung der Regierung ausgelöst, den Bahntransport von 103 US-Bergepanzern aus Bayern mit Ziel Golfregion über österreichisches Territorium zu genehmigen. Am 9. Februar verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf die Inntal-Bahnstrecke, offenbar mit dem Ziel, den Panzer-Transit zu verhindern. Große Teile der Bevölkerung befürchten, daß im Zusammenhang mit dem Golfkrieg das Prinzip der immerwährenden Neutralität über Bord geht. Kurz nach Beginn des Krieges hatte die konservativ-sozialdemokratische Koalition mit der eiligen Novellierung der entsprechenden Gesetze die Voraussetzung für Waffentransporte über österreichisches Gebiet geschaffen. Kritiker vor allem aus der SPÖ werfen der Regierung einen völkerrechtswidrigen Bruch des Neutralitätsgebots vor. Die herrschende Klasse, die mit Macht in die EG drängt, scheint den Golfkrieg als Gelegenheit erkannt zu haben, in Sachen Neutralität Nägel mit Köpfen zu machen. Angesichts der breiten Ablehnung mußte man allerdings vorerst zurückstecken. Ein Ansuchen Großbritanniens, Österreich mit einer britischen Militärtransportmaschine mit Munition überfliegen zu dürfen, ist nach einem Gespräch des Innenministers mit dem britischen Botschafter nach Presseberichten „nicht mehr aktuell“. — (jüg)

## Imperialisten wollen Situation in Jugoslawien eskalieren

Nachdem die Vertreter Kroatiens und Sloweniens ein für den 8.2. angesetztes Krisengespräch der Republikspräsidenten und des Staatspräsidenten zur Beilegung der Spannungen in Jugoslawien platzen ließen, weil sie sich angeblich von einer gleichzeitig in Belgrad stattfindenden Demonstration von 1000 serbischen Frauen bedroht fühlten, kündigte nun der slowenische Ministerpräsident Pucnik an, noch im Februar Schritte zur Loslösung von Jugoslawien einzuleiten, die bis zum Frühjahr mit eigener Währung, Armee usw. abgeschlossen sein sollten. Laut „taz“ vom 8.2. schlug er sogar vor, Slowenien solle sich Österreich anschließen. Fest steht jedenfalls, daß sein persönlicher Berater, Bajt, in der österreichischen Zeitung „Standard“ geäußert hat, daß Slowenien „über kurz oder lang Österreichs zehntes Bundesland“ werde und daß die Folge eine „offene Germanisierung“ sei. Die Imperialisten, die mit der sog. „Pentagonalen“ (einer Art Mini-EG aus Ungarn, der CSFR, Österreich, Jugoslawien und Italien) versuchen, unter italienischer Führung ein Beaufschlagungsgremium für Südosteuropa zu schaffen, verschärfen den Druck. So war es sicher kein Zufall, daß Verteidigungsminister Stoltenberg kurz nach den erwähnten Äußerungen slowenischer Politiker in Italien weilte — „zur Not“ ist ja auch genügend Bundesmarine im Mittelmeer stationiert. Aber auch die osteuropäischen Staaten, die über Assoziierungsverhandlungen mit der EG immer stärker in Abhängigkeit gebracht werden sollen, lassen sich verstärkt zur Eskalation der Lage benutzen. So wurde am 11.2. bekannt, daß die ungarische Regierung extralegal (d.h. ohne erforderliche Zustimmung von mindestens fünf Kabinettsmitgliedern) 10-20000 Maschinenpistolen an die kroatische Miliz geliefert hat. — (uga)



In Italien sind mehr als 12000 Drucker am 7. Februar für 24 Stunden in einen Streik getreten. Die wichtigsten Tageszeitungen erschienen so nicht. Die Drucker fordern von den Zeitungskapitalisten einen neuen Tarifvertrag, der eine Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht. Sie fürchten neue Entlassungen im Zuge von Rationalisierungsprogrammen der Kapitalisten. Der Verband der Zeitungsverleger versuchte, die Streikenden mit Hinweis auf den Golfkrieg unter Druck zu bringen. Er polemisierte, der Streik sei in der gegenwärtigen Lage unverantwortlich, weil er den dringend nötigen Informationsfluß behindere. — (rül)

## Peru: Große Cholera-Epidemie Zahlreiche Tote befürchtet

Eine schwere Cholera-Epidemie hat in Peru in den letzten Tagen bereits mindestens 51 Todesopfer gefordert. Angestellte der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation OPS befürchten in den nächsten zwei Monaten 300000 Kranke und 6000 Tote. Die Lebenslage der Masse der peruanischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert. Unter dem Druck imperialistischer Konzerne strich die Regierung seit 1980 vor allem die Ausgaben für Gesundheit und Soziales immer mehr zusammen. Die amtierende Regierung Fujimori gab im August sämtliche Preise frei und hob alle Subventionen von Grundnahrungsmitteln auf, mit der Folge, daß alle Grundnahrungsmittel noch einmal um ein Vielfaches teurer wurden. Nur noch 15 % der Peruaner haben heute ein geregeltes Einkommen. Hunger ist weitverbreitet. Bereits vor Ausbruch der Cholera starben deshalb Tausende von Menschen in den Elendsvierteln der Städte und auf dem Lande an Tuberkulose. Die ohnehin geschwächten Kranken werden, wenn sie das Glück haben, in ein Krankenhaus zu kommen, kaum behandelt: Antibiotika, Infusionen, Verbandsmaterial, Spritzen oder Medikamente — durch die Kürzungen der Regierung im Gesundheitsbereich ist kaum etwas vorhanden. Die ersten Meldungen vom Ausbruch der Seuche kamen aus einem Fischerort an der nordöstlichen Küste des Landes. Die Regierung hat deshalb aufgerufen, keinen Fisch und Seefrüchte zu essen, da diese möglicherweise durch ungeklärt ins Meer geleitete Abfälle infiziert seien. Inzwischen wird die Seuche auch aus Lima, aus dem südlichen Hochland und aus den nördlichen Anden gemeldet. Zuletzt hatte Peru im Jahre 1880, also vor 110 Jahren, eine Cholera-Epidemie. Im November letzten Jahres war in Sambia eine Cholera-Epidemie aufgetreten. Dabei sind nach Regierungsangaben 393 Menschen an der Seuche gestorben. Die Übertragung der Cholera erfolgt üblicherweise über verunreinigtes Trinkwasser und Lebensmittel. Die Cholera-Bakterien produzieren im Darm ein Zellgift, das zum Erbrechen, Durchfall und extremem Wasserverlust des Körpers führt. Die peruanische Regierung hat die WHO um Hilfsmaßnahmen gebeten. — (rül)

## IWF-Forderung erfüllt: auch in Bulgarien rasche Verarmung

In Bulgarien, das länger als bspw. Polen oder die CSFR drastische Maßnahmen zur Senkung des Lebensstandards der Werktätigen zwecks bzw. infolge kapitalistischer Umgestaltung verweigert hatte, hat am 1.2. die seit einiger Zeit regierende Koalition aus Sozialistischer Partei und der ehemaligen Oppositionspartei „Union Demokratischer Kräfte“ Forderungen des IWF nachgegeben und (in dem Ansinnen, einen Kredit von drei bis vier Mrd. Dollar zu erhalten) zunächst die Preise für 600 Waren freigegeben. Die Preise stiegen sogleich auf ein Vielfaches. Premierminister Popow kündigte eine Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung um rund 30 % und als nächsten Schritt die Privatisierung zuerst kleiner, dann großer Unternehmen an. — (uga)

## Farmarbeiterstreik erfolgreich

## Südafrikanische Staatsfarm muß Gewerkschaft anerkennen

Bereits im Dezember konnten die seit dem 8. August streikenden 1200 Farmarbeiter auf der Zitrusfrüchte-Farm Zebedelia Estates den halbstaatlichen South African Development Trust zu einem Vertragsabschluß zwingen. Die National Union of Farmworkers (NUF) und die Vertreter von Zebedelia schlossen ein Abkommen, das folgende Punkte enthält:

„Alle streikenden Arbeiter, die fest eingestellt sind durch Zebedelia Citrus, sollen in der Woche vom 10. bis 14. Dezember 1990 an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren. Diejenigen, die bis zum 15. Dezember ihre Arbeit noch nicht aufgenommen haben, werden vom Abkommen ausgeschlossen.“ Saisonarbeiter, die sich am Streik beteiligt haben, sollen in der nächsten Saison wieder eingestellt werden, ergaben Verhandlungen Anfang Januar. Eine Diskriminierung der Saisonarbeiter durch niedrigere Bezahlung und schlechtere Unterbringung ist durch das Abkommen verboten. Alle Beschäftigten und Streikenden erhalten ab dem 1. Dezember 1990 eine Lohnerhöhung von 30 Rand, über weitere Lohnerhöhungen für das Jahr 1991 wird seit dem 23. Januar verhandelt, diese Verhandlungen müssen am 23. Februar abgeschlossen sein. Alle Arbeiter erhalten die Prämien und den bezahlten Urlaub für 1990. Zebedelia Citrus wird in den Rentenfonds auch für die Streikzeit

für alle Arbeiter, auch für die Saisonarbeiter, einzahlen.

Zebedelia Citrus verpflichtete sich, alle 1200 Streikenden, die die Geschäftsleitung entlassen hatte, wieder einzustellen. Über die Rücknahme der Entlassung von elf Gewerkschaftsfunktionären, die nach einem kürzeren Streik 1989 entlassen wurden, verhandelt die NUF noch mit der Farmleitung.

Die Arbeiter der Zebedelia Citrus haben mit ihrem langen Streik — es war der längste Streik von Landarbeitern in der südafrikanischen Geschichte — wichtige Grundsätze vertraglich absichern können. Zum einen haben sie eine vertragliche Gleichbehandlung mit Industriearbeitern erzwungen, zum anderen konnten sie eine Schlechterstellung der Saisonarbeiter, die etwa 40 Prozent der südafrikanischen Farmarbeiter stellen, verhindern.

Die vertraglichen Regelungen, die die NUF vereinbaren konnte, gehen damit entscheidend weiter als die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der Arbeitskräfte-Kommission des Rassistenparlaments: Sie empfiehlt keineswegs die Gleichstellung mit den Industriearbeitern, sondern nur eine Besserung der Lebens- und Rechtsverhältnisse für die festangestellten Farmarbeiter. Saisonarbeiter sollen weiterhin rechtlos sein.

Quellenhinweis: Azania Nachrichten 1/91: Weekly Mail 4.1.91 — (uld)

## USA: Rezession

## Vorhersagen reichen von Boom bis Doom

Seit Anfang Januar darf man von Rezession reden, ohne als unpatriotischer Nörgler gebrandmarkt zu werden. Präsident Bush höchstpersönlich hat das gefürchtete R-Wort ausgesprochen. Regierungstreue Ökonomen beileiten sich mit optimistischen Prognosen: Wenn der Golfkrieg in einem Monat beendet sei, dann werde man im Frühsommer das Rezessionstief hinter sich haben. Präsident Bush versprach dem kriegsbegeisterten Kongreß und dem sich Sorgen machenden Volk in seiner „State of the Union“-Ansprache, daß der Aufschwung bald kommen werde. Jedoch, wie die Zeitschrift „Business Week“ unter der Überschrift „Auf dem Schlachtfeld der Rezession verliert die Wirtschaft an Boden“ schreibt: „Im Krieg geht nichts wie geplant — ob der Feind Saddam Hussein ist oder die US-Rezession. In der Tat hat der wirtschaftliche Kampf hier zu Hause eine Wendung zum Schlimmen genommen. Ökonomen und Politiker waren optimistisch, daß das neue Jahr bessere Nachrichten bringen würde. Stattdessen zeigen die neuesten Berichte von Konsumenten, Fabriken, Baugewerbe und Arbeitgebern gerade das Gegenteil. Die Beschäftigtenzahlen für Januar waren der wirk-

liche Schocker. Die Verluste an Arbeitsplätzen und Arbeitsstunden für den Monat überstiegen die Erwartungen bei weitem. Die Schwäche hat niederrückende Resultate für alle Januardaten von industrieller Produktion bis persönlichem Einkommen. Und sie deutet an, daß die Rezession ganz wie der Golfkrieg nicht kurz und schmerzlos sein wird.“ Andererseits muß es eine ganze Reihe von Spekulantengelen, die darauf setzen, daß der Krieg aus der Rezession heraus führen wird. Der Dow Jones Index (der gemittelte Kurswert von bestimmten Industrieaktien) ging am Tag nach Kriegsbeginn um 60 Punkte hoch. Am 8.2. war er um 15 % oder 360 Punkte höher als am 9.1. Aber nicht nur Börsenspekulanten sind optimistisch. Eine Tageszeitung zitiert den Manager eines Rentenfonds: „Sein Wirtschaftsausblick: Ein großer Aufschwung des Bruttosozialprodukts im zweiten Halbjahr — 3 % Zuwachs gegenüber 1 bis 2 % Rückgang in der ersten Hälfte. Sein Marktausblick: Er sieht weiterhin einen 3000 Punkte Dow zur Jahresmitte, 3300 zum Jahresende. Der Dow ist jetzt bei 2780. Andere Pluspunkte: Kräftiger Anstieg der Unternehmensgewinne...“ — (ger, her)

## Ungarn: Streit um Landbesitz

## Kleinlandwirtepartei droht mit Blutvergießen auf dem Land

Das ungarische Parlament berät im Februar 1991 ein Gesetz zur Entschädigung enteigneter Besitzer von Ländereien, Fabriken, Geschäften, Mietshäusern etc. Das Entschädigungskonzept ist innerhalb der Koalitionsregierung hart umstritten. Dr. Torgyan, der Fraktionsvorsitzende der Kleinlandwirtepartei — zweitstärkste Kraft in der Koalition — forderte die Regierung jetzt auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, ansonsten werde in den Dörfern Ungarns „Blut in Strömen fließen“. Die enttäuschte Landbevölkerung werde zur Selbstjustiz greifen. Die Oppositionsparteien bezichtigten Torgyan der Vorschubleistung verfassungswidriger Aktionen. Es war vereinzelt bereits zu Landbesetzungen gekommen.

Die Basis der Kleinlandwirtepartei sind wohlhabende Bauern, deren Besitz sich beim gegenwärtigen Stand der Mechanisierung gerade noch als Familienwirtschaft bewältigen läßt. Diesen Leuten mangelt es weniger an Land als an Lohnarbeitern, wie die „Volkszeitung“ der Ungarischen Arbeiterpartei unlängst ironisch feststellte.

Die „Kleinlandwirtepartei“ kämpft um die Wiederherstellung der Bodenbesitzverhältnisse gemäß dem Stand von 1947, eine Forderung, mit der sie allein

auf weiter politischer Flur steht. Dies bedeutete die Landrückgabe an die früheren Groß- und Mittelbauern. Die Großgrundbesitzer, der Klerus und die damit verbundene Großbourgeoisie sowie Bauern mit über 57 ha, ausgenommen Großbauern mit bis zu 110 ha, die nachweislich als Landwirte arbeiteten, waren schon 1945 enteignet worden.

Die Regierung Antall lehnt die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse ab. Sie kommt den reaktionären Kräften aber trotzdem weit entgegen. Altes Unrecht könne nicht durch neues getilgt werden, gesteht Antall zu und verweist darauf, daß eine solche Reprivatisierung chaotische Zustände schaffen würde.

Antall will die Enteigneten mit Investitionsbons entschädigen, die sie dann irgendwo in der Industrie oder in die zu privatisierenden agrarischen Staatsgüter reinvestieren sollen, um — so die Hoffnung der ungarischen Regierung — die marode Wirtschaft zu beleben. So wird zwar nicht das alte Großgrundherrentum rekonstruiert, trotzdem aber ist dies ein gefährlicher Weg, den gesellschaftlichen Reichtum wieder in die Hände der früheren Bourgeoisie zu legen.

Quellen: Budapest: Rundschau, 7.1., 21.4.2.1991 — (frr)



Unter „normalen Umständen“ würde dem fünfundvierzigjährigen, schwer kranken Dr. Alan Berkman jede mögliche medizinische Hilfe zuteil, sein Leben zu retten oder doch zumindest zu verlängern — jedenfalls aber, seine Leiden zu lindern. Doch Alan Berkman ist ein menschliches Wesen minderer Klasse. Er ist Strafgefangener. Und nicht nur das, er ist, was es nach offizieller Lesart in den Vereinigten Staaten gar nicht gibt: Ein politischer Gefangener. Und somit real einer unter mehr als Hundert einer Kategorie in US-Gefängnissen, die damit offensichtlich auch jedes Recht auf menschenwürdige Behandlung verweigern, für die weder „normale“ Vollzugsbedingungen noch Begnadigungs- oder Bewährungsrichtlinien gelten. Ein Unterschied, der für Alan Berkman der Unterschied zwischen Leben und Tod ist.

### Bestraft wird die politische Gesinnung

Anfang der 60er Jahre ist Alan Berkman in der studentischen Antikriegs- und Bürgerrechtsbewegung aktiv, in den früheren 70er Jahren — nach seiner Ausbildung an der Columbia Medical School

## In ihren Augen bin ich kein Mensch, ich bin der Feind

Wie die amerikanischen Justizbehörden eine Zeitstrafe in ein Todesurteil verwandeln

einer Grand Jury gegen das Black-Liberation-Movement zu beteiligen. Im Anschluß daran wird er angeklagt, einem während der Wounded Knee-Besetzung durch Polizeischüsse Verletzten „heimlich“ medizinische Hilfe geleistet zu haben. Vor Beginn des Prozesses taucht er unter.

1985 wird Alan Berkman vom FBI — das ihn im Rahmen seiner COINTEL-PRO-Aktivitäten (2) bereits in den siebziger Jahren zur „Zielperson“ erklärt — in Philadelphia verhaftet. Er wird beschuldigt, an Aktionen des Armed Resistance Movement und des Red Guerilla Resistance teilgenommen zu haben. Noch während seiner zweijährigen Untersuchungshaft wird ein Hodgkin's Disease (Lymphogranulomatose (3)) diagnostiziert. Entgegen der dringenden Intervention von Experten besteht die Gefängnisadministration auf der weiteren Inhaftierung in der absolut unzulänglichen Krankenabteilung des Gefängnisses in Springfield, Missouri. Erst

besitzt keine öffentlich gültige Approbation und hat niemals im Leben eine Hodgkin's Disease-Erkrankung behandelt.

1987 wird Berkman wegen Waffenbesitzes, Raub 1. Grades und Kautionsbruchs zu 12 Jahren verurteilt. Im Mai 1988 wird er nach Washington überstellt, um im Rahmen des Resistance Conspiracy Falles (4) ebenfalls vor Gericht gestellt zu werden. Über ein Jahr lang befindet er sich dort in Totalisolation, ohne ein einziges Mal an die frische Luft zu kommen. Im Mai 1989 ordnet ein Bundesrichter an, daß ihm dies wöchentlich zwei Stunden „zur Erholung“ zustehe, aber auch das wird ihm oft verweigert. Eine für den August 1989 verordnete Röntgen-Kontrolluntersuchung wird ihm ebenfalls verweigert. Als sie im März 1990 endlich stattfindet, zeigt sich, daß der Krebs zurückgekehrt ist. Sechs Wochen lang unternehmen die Gefängnisbehörde und die Gefängnisärzte nichts. Im Mai bestätigt eine Biopsie die Röntgendiagnose. Erneut bestehen die Behörden darauf, Alan Berkman im Krankenhaus des Bundesgefängnisses in Springfield — von Gefangenen als die „Todesfalle“ bezeichnet — zu behandeln. Es wird behauptet, daß dort ein ausgebildeter und lizenzierter Onkologe zur Verfügung stehe. Nachforschungen von Anwälten ergeben, daß dies eine Lüge ist. Öffentlicher Druck und die Intervention eines Bundesrichters zwingen die Behörden schließlich, zumindest eine Behandlung in Washington zu ermöglichen. Anfang Juni 1990 wird Alan Berkman einer radikalen Chemotherapie unterzogen, die mehr als sechs Monate dauert. Während dieser Behandlung treten lebensgefährliche Infektionen auf, die sich aufgrund mangelnder medizinischer Behandlung für Dr. Berkman als fatal erweisen. Es kommt zu teilweisen Lähmungen seiner Arme, Beine, Schultern und zu einer Blasenlähmung. Mit einem permanenten Blasenkatheder ist er nunmehr an den Rollstuhl gefesselt, den er aufgrund einer Muskelparalyse selbst nicht bewegen kann. Niemand weiß, ob diese Lähmungen im Laufe der Zeit überhaupt zu bessern sind, wenn ja, sicher nicht ohne entsprechende und eingehende ärztliche Versorgung. Die Regierung aber plant, ihn unbeeindruckt von all dem sofort nach Abschluß der Chemotherapie nach Springfield zu verlegen, wo — bundesrechtlich festgestellt — keine adäquate medizinische Versorgung möglich ist. Darüber hinaus droht ihm aufgrund seiner Einstufung als Hochsicherheits-Gefangener die jederzeitige Zurückverlegung in die steinernen Folterkammern des berüchtigten „Control Unit“ Bundesgefängnisses Marion.

### Alle Voraussetzungen für eine Begnadigung erfüllt

Im Februar 1990, und erneut am 26. November 1990 lehnte die Begnadi-

gungskommission eine Entlassung Dr. Berkman auf dem Gnadenweg ab. Dies, obwohl er selbst nach deren eigenen Richtlinien alle Voraussetzungen dafür erfüllt. Er hat mehr Zeit seiner Strafe verbüßt, als dies bei der Höhe seines Urteils üblich ist, die Anklage gegen ihn im Resistance Conspiracy Verfahren wurde bereits 1989 niedergeschlagen, er hat keinerlei Eintragungen wegen Auffälligkeiten oder schlechter Führung in seiner Gefängnisakte, er verfügt über Freunde und eine Familie, selbst ein Job-Angebot als medizinischer Berater in einem Drogenzentrum in New York liegt vor. Gemäß der Entscheidung der Kommission kann Alan Berkman frühestens im Juli 1992 einen neuerlichen Gnadenantrag stellen. Nach Lage der Dinge wird er dies nicht mehr tun können.

Die Weigerung der Kommission, Dr. Berkman entsprechend den üblichen Kriterien der Begnadigungspraxis zu entlassen, kann als nichts anderes gesehen werden als die Fortsetzung der Absicht, die von der Staatsanwaltschaft bereits 1987 während des Verfahrens verkündet wurde: Dr. Berkman müsse für den Rest seines Lebens „verwahrt“ werden und dürfe nie mehr einen Fuß auf die Straße setzen, da er bekenne, ein Revolutionär zu sein. Hätte er diese Einstellung aufgegeben — auch so die Staatsanwälte — wäre er längst begnadigt worden.

### Nur öffentlicher Druck kann Alan Berkman's Leben retten

Die Manöver von Bundesanwaltschaft, Gefängnisbehörden und Regierung, Alan Berkman's Zeitstrafe auf administrativem Weg in ein Lebenslänglich mit der faktischen Effizienz eines Todesurteils zu verwandeln, können nur durch öffentlichen Druck verhindert werden. Daß solcherart breite Mobilisierung durchaus ihre Wirkung hat, zeigen die Demonstrationen und Kampagnen der Vergangenheit. 1983 wurde für die Puertoricanischen Kriegsgefangenen Haydee Beltran und Lucy Rodriguez im Gefängnis Alderson nach Massenprotesten die verhängte Isolationshaft aufgehoben, 1984 erzwang die öffentliche Aufmerksamkeit die Verlegung von Leonard Peltier (American Indian Movement) aus Marion in ein weniger restriktives Gefängnis, 1989 wurden die Gefängnisbehörden nicht zuletzt durch eine bundesweite Kampagne der Puertoricanischen Unabhängigkeits-Bewegung und Frauen-Aktivistinnen-Gruppen zur Schließung des Lexington Control Unit Gefängnisses für Frauen (nach dem Modell Marion) gezwungen. Im Fall Dr. Alan Berkman sind gerade auch internationale Proteste gegen die brutalen und zynischen Menschenrechtsverletzungen dringend erforderlich. Das Emergency Committee for Political Prisoners Rights, P.O. Box 28191, Wa-

shington, D.C. 20038, Telefon (202) 328-7818 (hier sind auch weitere und jeweils aktuelle Informationen zum Stand der Kampagne erhältlich) ruft deshalb auf, Protestschreiben, Telegramme und Telefaxe zu senden an die

U.S. Parole Commission  
Air World Center, Suite 220  
10920 Ambassador Drive  
Kansas City, MO 64153  
Fax 1-800-782-5465

und an  
Michael Quinlan, Director  
Federal Bureau of Prisons  
320 First Street, N.W.,  
Washington, D.C. 20534.

Auch Briefe an den Gefangenen selbst sind notwendig und tragen dazu bei, das Leben Alan Berkman's zu retten:

Alan Berkman, 233-315  
D:C:Jail, 1901 D St., SE  
Washington, D:C: 20003

Weitergehende und ausführliche Informationen sind ebenfalls erhältlich über die Gruppe 2, Örtlmairstraße 8, 8000 München 83, Telefon 089/6805122 und 6519359. (Dort erscheint in Kürze auch eine umfangreiche Dokumentation zum Thema Politische Gefangene/Kriegsgefangene, Menschenrechtsverletzungen und Widerstand in den USA sowie den Ergebnissen und Perspektiven des Internationalen Kongresses hierzu im Dezember 1990 in New York. Der vorstehende Artikel ist ein Vorabdruck aus dieser Dokumentation, die über die Gruppe 2 oder den GNN-Verlag zu bestellen ist.) — (ms)

### Anmerkungen:

- (1) Eine 71 Tage dauernde Besetzungsaktion amerikanischer Indianer im Winter 1973, die damit — exakt in der gleichen Anzahl und am gleichen Ort eines Massakers durch Bundesbehörden im Jahr 1890 an 300 Indianern — auf ihre Situation aufmerksam machen wollten.
- (2) Illegales Counter-Intelligence-Programm des FBI, das von den späten 60er Jahren an die Diffamierung, Unterwanderung, Kriminalisierung und Ausschaltung Oppositioneller und revolutionärer Kräfte zum Ziel hatte und sich dazu jeder denkbaren kriminellen Methode bis hin zur Manipulation und Bestechung in gerichtlichen Verfahren bediente. Wurde in den 70er Jahren öffentlich bekannt, als interne Dokumente des FBI auftauchten. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß dieses Programm unter anderem Namen bis heute praktiziert wird.
- (3) Ungeklärte, unbehandelt tödlich verlaufende Krebserkrankung, die von den Lymphknoten ausgeht. Bei entsprechend intensiver und fachgerechter Behandlung können in frühen Stadien Heilung, in späteren Stadien ein relativ hoher Prozentsatz an Remissionen erzielt werden.
- (4) Ein Verfahren, in dem insgesamt sechs Personen eines Angriffs auf das US-Capitol in Washington nach der US-Invasion in Grenada (und der Verschwörung zur Vorbereitung weiterer Angriffe) beschuldigt wurden. Gegen Alan Berkman, Tim Blunk und Susan Rosenberg wurde die Anklage niedergeschlagen, Linda Evans, Marilyn Buck und Laura Whitehorn wurden im Dezember 1990 zu 5, 10 und 20 Jahren zusätzlich zu bereits verhängten Strafen verurteilt.



Alan Berkman

und seiner Approbation zum Arzt — beteiligt Alan Berkman sich nicht nur an Solidaritätskampagnen für das Black-Liberation- und Black-Power-Movement, die Puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung und für internationale Befreiungskämpfe wie in Südafrika, sondern setzt seine politische Erfahrung und seine medizinischen Kenntnisse auch in unterdrückten schwarzen Communities in New York, Alabama und Boston ein. Er besucht zahlreiche politische Gefangene, deckt — gerade unter medizinischen Gesichtspunkten — zahllose Menschenrechtsverletzungen auf und leistet während der Besetzung in Wounded Knee, South Dakota durch Native Americans 1973 Unterstützung und medizinische Hilfe. 1982 verbringt er neun Monate im Gefängnis für die Weigerung, sich an der Untersuchung

öffentlicher Druck und die Entscheidung eines „menschlichen“ Richters erzwingen die Verlegung in ein für diese Erkrankung adäquat ausgestattetes Hospital. Zwei große Operationen und eine zehnwöchige Radiotherapie führen zur vorübergehenden Remission des Krebses. Weitere, dringend erforderliche Regeluntersuchungen und Röntgenkontrollen aber unterbleiben und obwohl die Ärzte darauf aufmerksam machen, daß intensiver Streß zum erneuten Ausbruch der Krankheit führen können, wird Alan Berkman in das berüchtigte Hochsicherheitsgefängnis Marion verlegt, in dem er in einer kleinen, fensterlosen Zelle zwei- und zwanzigstündig am Tag eingesperrt, zweimal in der Woche an die frische Luft kommt und von jedem Besuch mit direktem Kontakt ausgeschlossen ist. Der einzige „Arzt“ in Marion

Am 3. Februar gründete der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens nach monatelanger Auseinandersetzung die Demokratische Partei der Linken (Partito Democratico della Sinistra — PDS) und löste damit die PCI auf. Etwa 100 Delegierte, die das nicht mitmachen wollten, waren zuvor gegangen. 807 von 1259 stimmberechtigten Delegierten votierten für die Neugründung unter dem Symbol des grünen Baums. 75 dagegen, 49 enthielten sich. Viele nahmen nicht an der Abstimmung teil.

### Golf-Debatte im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt der Parteitagsdiskussion über die Politik der neuen Organisation stand vor allen anderen Fragen die Haltung zum Golfkrieg. Hier zeigte sich, wie weit die verfestigten politischen Strömungen in der Partei, auch in der neuen PDS, auseinandergehen. Angekommen wurde schließlich die Resolution des „Zentrums“ um den bisherigen Generalsekretär Occhetto: „Mit unserem Votum im Parlament haben wir eine zum militärischen Eingreifen alternative Linie vorgeschlagen, um den irakischen Rückzug aus Kuwait zu erreichen. Und gleichzeitig haben wir angesichts der radikalen Veränderung der Gründe, für die die Anwesenheit der italienischen Streitkräfte im Golf genehmigt worden war, deren Rückzug gefordert. Bei dieser Position bleiben wir und bestätigen sie. Gleichzeitig halten wir für erforderlich, Forderungen zu formulieren, die

sich an einen weiterreichenden Kreis von Kräften richten“ (765 Ja, 30 Nein, 491 Enthaltungen).

Allgemein wurden die Formulierung und vor allem die absehbaren politischen Konsequenzen der Entschließung schon als ein faktisches Abrücken von der Forderung nach Rückzug der italienischen Streitkräfte interpretiert. Dennoch ging die Formulierung dem rechten, „reformistischen“ Parteiflügel noch nicht weit genug. In einem Zusatzantrag forderte dieser Flügel: „Heute hält die PDS nach dem Votum des Parlaments und angesichts der alarmierenden Entwicklungen des Kriegs für nötig, nicht die Forderung nach einseitigem Rückzug der italienischen Streitkräfte im Golf wieder vorzulegen, sondern weiterreichende Positionen und Initiativen aufzunehmen, die sich an vielfältige Kräfte in Italien und in der Welt richten“ (271 Ja, 824 Nein, 54 Enthaltungen). Der linke Flügel dagegen, ohne die zuvor ausgeschiedenen Delegierten, verlangte in einem Zusatz den Rückzug der italienischen Streitkräfte mit „politischen Initiativen und durch eine Massenmobilisierung“ (365 Ja, 675 Nein, 58 Enthaltungen).

Wie tief die Widersprüche in der neuen Partei sind — nicht nur zwischen dem

in der Partei verbliebenen linken Flügel und dem Rest, sondern auch innerhalb der Mehrheit von „Zentrum“ und rechtem Flügel —, zeigte tags darauf die Wahl des Generalsekretärs. Occhetto verfehlte, offenkundig durch Gegenstimmen auch vom rechten Flügel und durch schwache Wahlbeteiligung, das vom neuen Statut vorgeschriebene Stimmenquorum. Erst in einer zweiten Wahl vier Tage später und nach langen Verhandlungen wurde Occhetto schließlich gewählt.

### Aus der linken Kritik

Die folgenden Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag Sergio Garavini auf dem Parteitag beleuchten einige Aspekte der Kritik desjenigen Teils der Linken, der der neuen Partei nicht beigetreten ist. Garavini war früher Funktionär des Gewerkschaftsbundes CGIL und von 1985 bis 1987 Generalsekretär der Metallgewerkschaft FIOM.

„Man hat behauptet, daß die Krise des ‚realen Sozialismus‘ und das Ende des Kalten Kriegs eine Phase der friedlichen wechselseitigen Abhängigkeit eröffnet hätten; daß das Rezept Markt und parlamentarische Demokratie geeignet sei, um die Krise im Osten zu überwinden.

Diese besänftigende Vision von den Dingen in der Welt hat nicht einmal ein Jahr gehalten. (...) Man hat behauptet, daß das Ende des Kalten Kriegs und folglich des traditionellen Antikommunismus den Weg freigemacht habe für die Entblockierung des politischen Systems, für den Zugang der ganzen Linken zur Regierung in einem Mehrheitswechsel. Heute kann man ganz leicht feststellen, daß es keine Anzeichen für eine solche Entblockierung gibt. Sie ist, wenn ich die institutionellen Fragen heraushebe, nicht auf die demokratische Teilhabe gegründet, sondern auf die Gewalt der Exekutive; wenn Liberalismus und Privatisierung eine unangefochtene Stellung erringen; wenn die Parteibuchwirtschaft schamloser wird und folglich die Leistungsschwäche der öffentlichen Wirtschaftsbereiche; wenn die Gewerkschaft immer mehr eine wirtschaftlich-institutionelle Instanz wird, die die Arbeiter in einem Rahmen sichert, dessen Charakter inhaltlich immer mehr korporativ wird, wo die arbeitenden Klassen geschützt, aber abhängig sind, ohne grundlegende demokratische Rechte in ihren eigenen Organisationen. Es gibt also keine Entblockierung des politischen Systems, sondern eine auto-

ritäre und korporative Rückentwicklung

### Kommunistische Neugründung

Die Linken, die den Parteitag verlassen hatten, führten eine Woche später in Rom eine sehr stark besuchte zentrale Veranstaltung durch unter dem Motto „Bewegung zur kommunistischen Neugründung“. Auch andere beteiligten sich daran. In den nächsten Wochen soll mit allen, die dafür in Frage kommen, über die Sammlung der Kräfte für die Neugründung einer kommunistischen Partei beraten werden. Noch vor dem 1. Mai sollen die Ergebnisse auf einer weiteren zentralen Veranstaltung ausgewertet werden.

Das Verhältnis der „Bewegung zur Neugründung“ bzw. einer künftigen kommunistischen Partei zur PDS und zu anderen Linken soll nicht in politischer Gegnerschaft, sondern in Zusammenarbeit, in einer linken „Föderation“ bestehen. Das war schon ein Vorschlag der linken Minderheit auf dem Parteitag gewesen, war dort aber unterlegen.

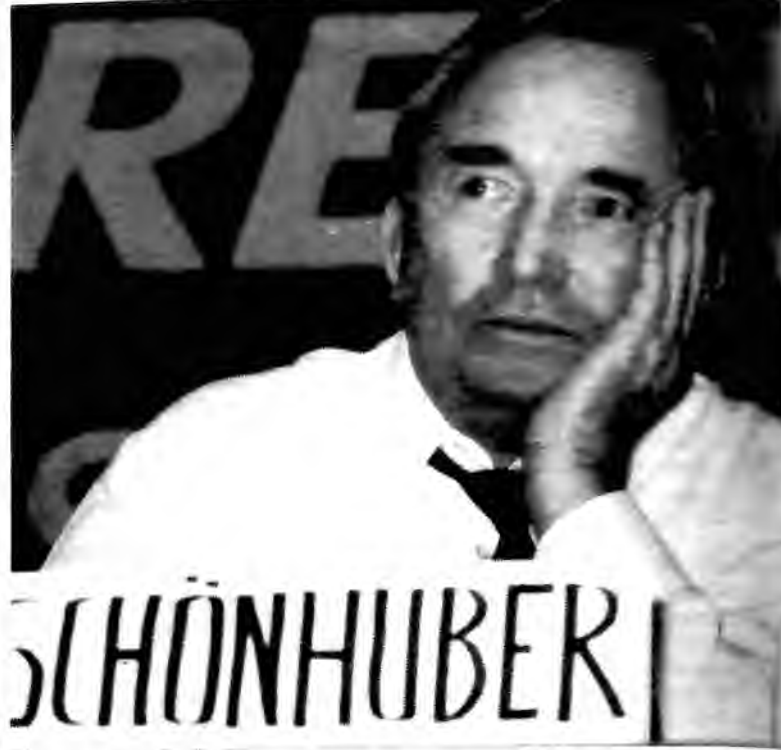
Als politische Schwerpunkte wurden auf der Großveranstaltung Aktivitäten gegen den Golfkrieg, aber auch eine Stärkung des gewerkschaftlichen Widerstands und Auseinandersetzung mit Betriebs- und Sozialpartnerschaft genannt. Die Fraktion der kommunistischen Senatoren, die sich nicht der PDS angeschlossen haben, hat im Senat eine Entschließung für den sofortigen Rückzug der italienischen Streitkräfte aus dem Golf vorgelegt. — (rok)

## PDS-Gründung und KP-Neuformierung

Italien: Ergebnisse des 20. Parteitags des PCI



Links: M. Mußnug, jetzt bei der Allianz. Mitte: Rechte Zeitungen rufen für den 23.2 zum Deutschen Nationalkongreß auf.



Franz Schönhuber auf dem Parteitag in Augsburg: „Ich will das Haus bestellen“

## Republikaner jetzt bei „Deutscher Allianz“

Am faschistischen Programm hat sich dadurch überhaupt nichts geändert

30. 1. 1991. Die drei im Kölner Rat verbliebenen Rep-Mitglieder Markus Beisicht, Manfred Rouhs und Gabriele Schläper laden ein zur Pressekonferenz. Thema: Auflösung der Rep-Fraktion im Rathaus und Gründung einer Fraktion „Deutsche Allianz — Vereinigte Rechte“. Bis auf Lindenthal und Porz wechselten auch die verbliebenen Bezirksvertreter in den Stadtbezirken zu dieser neuen faschistischen Gruppierung. Man hofft, eventuell wieder mit den „Bürgern“ zusammenzugehen, die sich im vorigen Jahr von der Rep-Fraktion abgespalten hatten, um im Rat wieder Fraktionsstatus zu bekommen. Daß ihnen die damit verbundene finanzielle und rechtliche Besserstellung seit einigen Monaten genommen ist, wurmt. Man hat zwar die höchsten Sitzungsgelder abgerechnet von allen Parteien, über 48000 DM, wo angeblich mit sachkundigen Bürgern getagt wurde. Aber der Fraktionsstatus brächte mehr.

Wer ist diese „Deutsche Allianz“? Sie konstituierte sich am 18. Januar mit ca. 80 Gründungsmitgliedern in München, am 20. Januar fand dann eine öffentliche Gründungsversammlung mit ca. 300 Leuten statt. Im Gründungsvorstand dieser Vereinigung, die sich im Laufe des Jahres als Partei eintragen lassen will, sind Harald Neubauer (ehemaliger Republikaner), Martin Mußnug (ehemaliger NPD-Bundesvorstand) und Jürgen Schützinger (ehemaliger NPD-Landesvorstand Baden-Württemberg). Bundesgeschäftsführer ist Franz Glasauer (ehemaliger Republikaner). Nachdem die Republikaner zerstritten sind und bei den letzten Wahlen in keine Landesparlamente bzw. nicht in den Bundestag einrücken konnten, erhofft man sich, eine neue rechte Sammlungsbewegung in Gang zu setzen, endlich so erfolgreich zu sein wie Le Pen in Frankreich und Jörg Haider in Österreich. Die neue Partei ist mit Neubauer und Johanna Grund im Europaparlament vertreten, mit einigen ehemaligen Republikanern auch in verschiedenen Kommunalparlamenten, z.B. im Frankfurter Rathaus.

Daß bei diesem Verein die Kölner Republikaner sofort mit einsteigen, kann nicht verwundern. Aufgrund der Querelen bei den Reps war unter Schönhuber für sie keine Karriere mehr drin. Also setzt man jetzt auf dieses Pferd, bei der Gründungsveranstaltung saß Markus Beisicht bereits im Präsidium. Die politischen Inhalte dieser Vereinigung jedoch sind nicht neu.

In einem zentralen Flugblatt der „Deutschen Allianz“ findet sich altbekanntes, faschistisches, rassistisches Gedankengut, man will „den ganzen deutschen Osten“, keine Ausländer, usw. Hier eine kleine Kostprobe: „weit über 50 % der Bundesbürger sind unzufrieden mit der Ausländer- und Asylpolitik der etablierten Parteien. Sie wissen genau, daß es notwendig wäre, jede weitere Zuwanderung zu unterbinden und darüberhinaus die Ausländerzahl auf ein normales und erträgliches Maß zu reduzieren.“

Deutschland ist proppevoll!!

Deutschland kann den weiteren Zulauf von Zigeunern, Ghanesen, Singalesen, Tamilen, Sikhs usw. nicht mehr verkraften. Jedoch haben diese Bürger derzeit keine Vertretung für ihre grundsätzliche Auffassung in Bonn und Düsseldorf. ... 30 % der Deutschen, Einheimische und Vertriebene denken nicht im Traum daran, die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze zu akzeptieren. Ihnen sind Königsberg, Stettin und Danzig deutsche Städte geblieben. Auch ihre Stimme wird in Bonn nicht erhoben.“

Auf einer Versammlung in Regensburg teilte Neubauer mit, daß die „Deutsche Allianz“ bereits 2500 Mitglieder habe und beabsichtige, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg anzutreten. Man werde sich im Herbst als Partei gründen und ein Programm haben, das sich nicht sehr weit vom Programm der Republikaner unterscheide und auf die enttäuschten „Leute in Mitteleuropa“ und die 30 % Nichtwähler ziele.

So sind von der ehemaligen Europaparlamentsfraktion der Republikaner inzwischen bis auf Schönhuber und Emil Schlee, gegen den aber ein Parteiaus-

schlußverfahren läuft, alle bei der „Deutschen Allianz“. Als letzter erklärte jetzt Hans-Günther Schoddruch seinen Austritt bei den Republikanern. Er ist Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen im Rhein-Sieg-Kreis und gehörte bis 1983 der CSU an, war Gründungsmitglied der Republikaner und zeitweilig stellvertretender Landesvorsitzender in NRW. Neubauer, Schoddruch, Johanna Grund, Köhler und Schlee sind alle Mitglieder der nun 16-köpfigen Fraktion der Europäischen Rechten unter Führung des Franzosen Jean-Marie Le Pen.

Aufgrund der Pressekonferenz der Kölner „Deutschen Allianz“ hat sich jetzt die Allianz-Versicherungsgesellschaft zu Wort gemeldet. Sie fordert Markus Beisicht auf, „von dem Gebrauch der Namen „Allianz“ oder „Deutsche Allianz“ Abstand zu nehmen.“ Sie beruft sich dabei auf § 12 BGB (Namensrecht). Bis zum 15. Februar soll Beisicht eine Unterlassungserklärung abgeben. Aus „Deutsche Allianz“-Kreisen heißt es dazu, man wolle es auf einen Rechtsstreit ankommen lassen — die Bezeichnung „Allianz“ gehöre zum allgemeinen Sprachgebrauch.

— (u. b., jöd; Bilder: af/mz)

### Erster Ratsantrag der „Allianz“

Die neugebildete Fraktion der „Deutschen Allianz“ im Kölner Rat stellte am 31. 1. ihren ersten Dringlichkeitsantrag: „Die Stadt Köln bemüht sich zu einem schnellst möglichen Zeitpunkt, eine Städtepartnerschaft mit der irakischen Hauptstadt Bagdad einzugehen.“ Die Absicht der Öffentlichkeitsarbeit der Kölner Faschisten ist die Propagierung von Antisemitismus, Nationalismus und einem wirklichen Antiamerikanismus. Dieser Antiamerikanismus beruht darauf, daß die USA an der Anti-Hitler-Koalition beteiligt waren und einen Beitrag zur Niederlage des Hitler-Faschismus leisteten. Den Faschisten geht es darum, die Stellung der BRD im imperialistischen Lager zu stärken. Deshalb tauchen Kriegsziele der BRD nicht auf und deutsche Kriegsverbrechen werden verschwiegen.

In einem anonymen Flugblatt zum Golf-Krieg, das auf einer Demonstration gegen den Golf-Krieg verteilt wurde, werden diese faschistischen Positionen offenkundig: Bei dem Überfall auf den Irak würde es sich um „jüdisch-amerikanische Herrschende“ handeln, die jetzt eine „massive Völkerverhetzung“ gegen Deutschland betreiben würden. Dann erinnern die Autoren an die Nürnberger Prozesse von 1945, bei denen die Faschisten zu unrecht verurteilt worden seien. Dieses volksverhetzende Flugblatt deckt sich mit Positionen der Deutschen Allianz. So fordert Neubauer einen Prozeß gegen Präsident Bush.

Anders als die Republikaner fordert die „Allianz“ in einem Flugblatt zum Golfkrieg den Austritt aus der Nato und spricht sich gegen jede Art von „Völkergemeinschaft“ aus. Stattdessen fordert die „Allianz“: „Gleicher Maßstab für alle Aggressionen — wo bleibt die Intervention des Westens gegen den sowjetischen Einmarsch in Litauen.“

Die „Allianz“ ist gegen ein Bündnis mit den USA und sieht durch den Krieg die alten „traditionellen“ Beziehungen zur arabischen Welt gefährdet. Weil sie antisemitisch ist und zugleich bestrebt ist, jede gerechte Sache zu diskreditieren, propagiert sie auch die nationale Souveränität des palästinensischen Volkes. Der Herausgeber der Kölner Zeitschrift „Europa Vorn“, der bei der unseeligen „Allianz“ auch mitwirkt, setzt sich in seiner neuesten Ausgabe der Zeitschrift ausführlich mit dem „Ende des amerikanischen Jahrhunderts“ auseinander und formuliert die alte national-revolutionäre Linie dieser Kräfte:

„Amerikas Arroganz macht sprachlos. Es ist höchste Zeit, daß sie gebrochen wird, damit das 21. Jahrhundert nicht nur den Amerikanern, sondern allen Völkern gehört: den Ukrainern und den Iren, den Esten, Letten, Litauern und Russen, den Flamen und Deutschen ... Das 21. Jahrhundert soll einmal das „nationalistische“ genannt werden.“ — Geführt und gelenkt von der Elite: Den deutschen Faschisten.

## Schönhubers neue Leute

Republikaner basteln an neuem Konzept mit alten Inhalten

Die Republikaner führten am 2./3. Februar in Augsburg ihren Bundesparteitag durch. Das war nach dem Bundesparteitag in Ruhstorf, bei dem Schönhuber nach seinem Rücktritt wiedergewählt wurde, und nach den bayerischen Landtagswahlen und den Bundestagswahlen der erste Parteitag. Seit dieser Zeit versuchten die national-revolutionären Kräfte um Neubauer, das Heft in die Hand zu nehmen. Schönhubers Rede auf dem Bundesparteitag, auf die wir uns im folgenden beziehen, war eine Abrechnung mit diesen Kräften.

### Nach den Wahlen

Bei den bayerischen Landtagswahlen verfehlten die Republikaner knapp den Einzug in den Landtag. Sie erhielten 4,9 % gegenüber 3,5 % bei den letzten Landtagswahlen. Schönhuber betonte auf dem Parteitag, daß die 4,9 % nicht korrekt waren: „Wir werden nicht nachlassen, dies unter Beweis zu stellen, und ich halte den Einzug in das bayerische Parlament nach wie vor für denkbar.“

Das Wahlergebnis beruhigte nicht die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Führt aber dazu, daß sich Schönhubers Position in Bayern festigte und die Widersprüche außerhalb Bayerns schroffer wurden. So konnten die Republikaner nördlich von Baden-Württemberg nicht mehr in allen Wahlkreisen kandidieren. Das Wahlergebnis war mit 2,1 % bundesweit doch sehr unterschiedlich: In Bayern erhielten sie 5,0 % in Baden-Württemberg 3,2 % und in den übrigen Bundesländern 1 bis 2 %.

### Schönhubers Aufbaukonzept

Schönhuber berichtete, daß die REP 20 193 Mitglieder habe, im Mai letzten Jahres 16 568. Schönhuber will sich jetzt um den Aufbau der REP in der früheren DDR bemühen: „Ich habe vor, nunmehr beim weiteren Aufbau in Mitteldeutschland aktiv mitzuwirken und bemühe mich deshalb um eine Wohnung ... Mit den baldigen Übertritten einiger hoher Funktionäre (aus der DSU, d. Red.) ist zu rechnen, aber die schauen wir uns vorher ganz genau an. Wir nehmen nicht alle, die plötzlich zu uns kommen.“

Schönhuber berichtet, daß sie über Inserate in der Bildzeitung hunderte Interessenten fanden und im Januar „400 Neueintritte“ hatten, die Schönhuber auf die „klaren Aussagen zum Baltikum und dem Golfkrieg“ zurückführt. Für die Pressearbeit sei es ihnen gelungen, den General i.R. Ingo Günther zu gewinnen.

Schönhuber will der Schulungsarbeit innerhalb der Republikaner ein viel stärkeres Gewicht geben: „Noch ist unser Funktionskader nicht gebührend gerüstet, um politische Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner erfolgreich bestehen zu können.“ Dazu will er eine Stiftung gründen. Dem Stiftungsbeirat sollen der Historiker Prof. Diwald, Dr. Armin Mohler und der General Uhle-Wettler angehören. Diese Leute sind bekannte reaktionäre Kräfte, die von Faschisten anerkannt werden, die aber auch Einfluß im konservativen La-

ger haben. Es sind Leute, die über Jahre hinweg immer wieder reaktionäre Kampagnen initiierten, wie z.B. den Historiker-Streit. Diese Leute repräsentieren ein politisches Programm. Die Republikaner werden in Zukunft noch geschickter ihre reaktionären und faschistischen Positionen an die Öffentlichkeit tragen und versuchen, im konservativen Lager an Einfluß zu gewinnen.

### Altes Programm

Erstaunlich dagegen ist, daß das neue REP-Programm, an dessen Erstellung die national-revolutionären Kräfte um Neubauer entscheidend beteiligt waren, nicht zur Disposition steht. Leiter der Programmkommission war damals Dr. Emil Schlee gewesen, gegen den inzwischen ein Parteiverfahren läuft, weil er seine Mitgliedschaft in der faschistischen Europaparlamentsfraktion von Le Pen nicht niederlegte. Darin wird nur deutlich, daß sich die Republikaner von ihren faschistischen und rassistischen Aussagen nicht trennen werden. Schönhuber sieht die Hauptaufgabe der REP darin, dafür zu sorgen, daß die BRD wieder Kriege führen kann: „Aber so sehr wir Präsident Bush das Recht absprechen, sich zu einer Art Weltpolizisten hochzustilisieren, so sind wir doch alles andere als Verteidiger der Aktionen von Saddam Hussein ... 40 Jahre Umerziehung haben es geschafft, daß Aussprüche wie „alle Soldaten sind potentielle Mörder“ in unserem Land ungehört bleiben. Das ist die Saat, die aufgegangen ist. Und ist es nicht so, daß jeder Hinweis auf die Tapferkeit deutscher Soldaten als nazistische Verherrlichung stigmatisiert wurde?“

### Perspektive und Geld

Die Republikaner wollen vor allem in der Innenpolitik wieder an Einfluß gewinnen. Schönhuber beklagte: „Wir sind unsere Verbündeten? Wir müssen eingestehen, daß wir bei der Polizei durch dumme, verbale Kraftsprüche an Ansehen verloren haben. Dieses gilt es zurückzugewinnen.“ Schönhuber will sich nicht an „etablierte Familien“ wenden, die würden „etablierte Parteien“ wählen, sondern an die „Mittelschicht“, die Beamten, Angestellten, Bauern und an sozial Schwache. Als zentralen Schwerpunkt sieht er dabei die Asyl- und Ausländerpolitik: „Wir waren Vorreiter, fast alle etablierten Parteien haben unsere Vorstellungen übernommen.“ Schönhuber will sich mehr den konservativen Kräften zuwenden, aber mit der alten rassistischen Politik. Die Deutsche Allianz dagegen soll sich mehr den faschistischen Kräften zuwenden. Das ist kein Gegensatz, sondern Arbeitsteilung.

Für dieses Konzept brauchen die Republikaner Geld. Die Wahlkampfkostenersatzung ist von staatlichen Institutionen bisher einbehalten worden, beklagte Schönhuber. Deshalb legt er auch großen Wert darauf, daß die Republikaner ihre Politik über die Gemeinde- und Stadtparlamente aufbauen, um viele Finanzquellen zu erschließen.



# 1 500 gegen Faschismus

Demonstration trotz Polizeiprovokation erfolgreich beendet

Stuttgart. Die landesweite Demonstration am 2.2. gegen Nationalismus, Neofaschismus und Krieg, zu der über 40 Gruppen und Organisationen aufgerufen hatten, begann in der Türlenstraße, früher der Ausgangspunkt der Judendeportationen. Weitere Stationen waren das „Hotel Silber“, wo sich früher das Gestapo-Hauptquartier befand, das Gewerkschaftshaus, die jüdische Synagoge und das Ausländeramt. Große Aufmerksamkeit erhielten die Erklärungen, die Gertrud Müller, die Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück zu der Bedeutung der jeweiligen Orte über Lautsprecher gab. In den Redebeiträgen auf der Abschlußkundgebung wurde hervorgehoben, daß das immer dreister und gefährlicher werdende Auftreten neofaschistischer Banden gegen Menschen jüdischen Glaubens, ausländische Staatsangehörige durch die herrschende Politik gefördert und erst ermöglicht wird. Als Beispiele wurden die Schulpolitik Mayer-Vorfelders, die repressive Ausländerpolitik und die aggressive Ostpolitik genannt. In einem beeindruckenden Redebeitrag, entlarvte der palästinensische Journalist Said Dudin die Lügen der westlichen Kriegspropaganda.

Durch ein massives Polizeiaufgebot war die Durchführung der Demonstration während ihres gesamten Verlaufs gefährdet. Der Polizeieinsatz stellte eine weitgehende Einschränkung des Rechts auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit dar. Auf diese Art werden Demonstrationsverbote vorbereitet. Deshalb war es wichtig, daß die Demonstration nach vier Stunden erfolgreich zu Ende gebracht werden konnte. Wir dokumentieren im folgenden aus der Presseerklärung vom 4.2.91 des Kreisvorstandes der VVN-BdA gegen den Polizeieinsatz. — (rac)

„Die VVN-BdA bezweifelt, ob der Polizeieinsatz am vergangenen Samstag, 2.2.1991, gegenüber der Demonstration gegen Nationalismus, Neofa-

schismus und Krieg der Verhältnismäßigkeit entsprach. Des weiteren wehrt sich die VVN-BdA entschieden gegen jede Kriminalisierung in diesem Zusammenhang. Wenn die Polizeiführung derart überfordert ist, rechtsstaatliche und vernünftige Entscheidungen zu treffen, so erhebt sich die Frage nach den Verantwortlichen. Wer verantwortete Schlagstockeinsätze? In welchem Verhältnis stehen 1500 Teilnehmer zu mehreren Hundertschaften Polizei? Wer verantwortete Androhung der Festnahme wegen Landfriedensbruch gegenüber der Demonstrationsleitung? Kann eine friedliche Demonstration derart kriminalisiert werden ohne Konsequenzen?

**Zusatzinformation:** In der Türlenstraße haben sich am Samstagmittag gegen 12 Uhr ca. 1500 Teilnehmer versammelt, um friedlich und aufklärerisch auch zu den Erinnerungsstätten der nazistischen Vergangenheit zu demonstrieren und auf bedenkliche Tendenzen heute aufmerksam zu machen. Im Vorfeld, so erfuhren wir, sind zahlreiche Straßenkontrollen nach Stuttgart durchgeführt worden, so daß manche Teilnehmer nicht rechtzeitig eintrafen. Bei derartigem martialischem Auftritt von massiven Polizeikräften waren von vorneherein Konfrontationen beabsichtigt und geplant. Sämtliche folgende „Provokationen“ gingen von der Einsatzleitung der Polizei aus. Sowohl am Bahnhof als auch in der Eberhardstraße, bei denen Polizeibeamte vom Schlagstock Gebrauch machten, ging die Polizei in die Reihe der Demonstranten und prügelte sich Teilnehmer heraus. Einem unserer Kreisvorsstandsmitglieder, der mitverantwortlich in der Leitung der Demonstration war, wurde mehrfach Verhaftung wegen Landfriedensbruch angedroht. Wir protestieren gegen diese massiven Einschüchterungen und wehren uns ganz entschieden gegen derartige Kriminalisierungsversuche.“

## Bremervörde: 50 Soldaten verweigern den Kriegsdienst

Hannover. In Bremervörde (Kreis Rotenburg/Wümme) stellten 50 Soldaten des Flugabwehrraketen-Geschwaders 36 nach Auskunft eines Militärsprechers einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, nachdem bekannt wurde, daß ein Teil des Geschwaders in die Türkei verlegt werden soll. Von den 50 Verweigerern sind 95 % Wehrpflichtige, der Rest Zeitsoldaten. Eine rechtliche Verpflichtung, sie in der Heimatkaserne einzusetzen, bis ihr Anerkennungsverfahren abgeschlossen ist, bestehe allerdings nicht. 15 Verweigerer sind inzwischen kurzfristig zu einem Luftwaffendepot nach Köln abkommandiert worden, zur Verladung humanitärer Hilfsgüter für Israel und die „Rußlandhilfe“. Ein Militärsprecher bestritt auf eine entsprechende Frage, daß es sich um eine Disziplinierungsmaßnahme handele. — (bee)

## Brief der VVN-BdA an den Vorstand des VfB

Stuttgart. Am 30. Januar erschien in der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“ eine vom VfB-Vorsitzenden Mayer-Vorfelder unterzeichnete Traueranzeige, in der es u.a. hieß: „Getreu seinem Leitspruch ‚Alle Ehre kommt von Treue‘ war Erwin Gechter dem VfB Stuttgart achteinhalb Jahrzehnte eng verbunden.“ Der Landesvorsitzende der VVN-BdA, Alfred Hauser, hat sich dagegen an den Vorstand des VfB gewandt: „Ich darf darauf hinweisen, daß unter dem Spruch ‚Meine Ehre heißt Treue‘ die Angehörigen der SS-Schutzstaffel einst auf Adolf Hitler vereidigt wurden. Hierbei handelt es sich um die berüchtigte Schlagergarde, die die Wachmannschaften der KZ-Lager von Auschwitz bis Dachau gestellt hat. Ich halte deshalb die Zitierung des Leitspruches Ihres verstorbenen Ehrenmitgliedes für eine politische Geschmacklosigkeit, die Ihres Vereins und seines Präsidenten unwürdig ist.“ — (evc)

## Demonstration zum türkischen Generalkonsulat

Karlsruhe. Am 9. Februar demonstrieren in Karlsruhe rund 350 Leute zum türkischen Generalkonsulat. Aufgerufen hatten DİDF, ERNK, Sympathisanten von TDKP und TKIH sowie 14 deutsche Gruppen: „Stoppt den NATO-Massensoldatentum an der arabischen, kurdischen und palästinensischen Bevölkerung! Sofortige Beendigung der Bombardements! Nein zum Krieg am Golf! Nein zur Stationierung der Mobilen Einsatztruppen der NATO in Kurdistan! Bundeswehr raus aus der Türkei und Kurdistan! Solidarität mit dem Widerstand der Arbeiter in der Türkei! Stopp der Türkeihilfe durch die BRD!“ Demonstration und Kundgebung vor dem Konsulat verliefen ohne Zwischenfälle. — (rub)

## Veranstaltung mit W. Deppert verhindert

Kiel. Eigentlich sollte am 14. 1. 1991 im Kommunikationszentrum „pumpe“ Dr. Wolfgang Deppert zum Thema „Zeit“ sprechen. So jedenfalls hatte es die dortige Projektleitung beschlossen und vom Vorstand mehrheitlich bestätigen lassen, doch es kam ganz anders. 70 Antifaschisten besetzten den Veranstaltungssaal und sperrten Deppert aus, nachdem zuvor mehrfach versucht worden war, die „pumpe“ selbst zu einer Absage zu bewegen. Denn dazu hätte aller Grund bestanden: Wolfgang Deppert ist nämlich Leiter des „Geistigen Rates“ der völkisch-rassistischen Sekte „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR). In dieser sind nach der Zerschlagung des Faschismus nicht nur eine ganze Reihe hochgradiger Nazi-Funktionäre untergekröhen, sondern bis heute gibt es personelle Überschneidungen zum neo-faschistischen Spektrum der Bundesrepublik. Gegen diese Fakten versuchen die deutschen Unitarier auch gerichtlich vorzugehen — bisher nur mit sehr geringem Erfolg. Statt des Vortrages von Dr. Deppert wurde in Grundzügen über die DUR berichtet. In der anschließenden Diskussion wurde vereinbart auch eingewandt, daß die Faktenlage so eindeutig sei, daß es daher im Interesse einer Entlarvung taktisch klüger sei, vis-a-vis mit Deppert zu diskutieren. Dem wurde jedoch entgegnet, daß sowohl sein geplanter Auftritt in der „pumpe“ als auch eine solche Debatte ihm und der DUR den Anschein der Seriosität geben würden. Es sei daher nicht richtig, sich mit Vertretern faschistischer und völkisch-rassistischer Gruppen an einen Tisch zu setzen und zu diskutieren. Solche Ideologie müsse konsequent ausgegrenzt werden. — (vfa)

## Abschiebung von Kurden in Niedersachsen ausgesetzt

Hannover. Flüchtlinge aus Türkei-Kurdistan, sie fallen nicht unter die Bleiberechtsregelung des Landes Niedersachsen, werden vorerst nicht mehr abgeschoben. So lautet eine Anweisung des niedersächsischen Innenministeriums an die Polizei. Teile der SPD-Landtagsfraktion und die Fraktion der Grünen hatten sich dafür stark gemacht. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte, der Versuch, dies auch in anderen Bundesländern zu erreichen, sei gescheitert. Niedersachsen wäre mit dieser Anweisung „ziemlich allein geblieben“. Außerdem hat Niedersachsen als erstes Bundesland mit sofortiger Wirkung die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern in die vom Golfkrieg bedrohten Staaten gestoppt. Die Regelung soll vorerst zwei Monate gelten. — (rec)

## Staatsanwaltschaft inhaftiert Totalverweigerer

Heidelberg. Mit einem bereits im Dezember 1990 ausgestellten Haftbefehl hat die Staatsanwaltschaft am 25.1.91 den Totalverweigerer Peter S. verhaftet und Anklage wegen (Zivil-)Dienstflucht erhoben. Er hatte befürchtet, im Kriegsfall zu unbefristetem Zivildienst herangezogen und dem militärischen Oberkommando unterstellt zu werden. Die Untersuchungshaft wurde angeordnet, obwohl er Wohnung und Arbeit nachweisen konnte. Angeblich bestehe Verdunkelungsgefahr, da Peter S. kurzfristig „untergetaucht“ war. Für seine sofortige Freilassung und für die Entkriminalisierung der Totalverweigerer fanden in Heidelberg mehrere Demonstrationen statt. — (has)



Starkes Polizeiaufgebot soll Demonstrationsrecht für Antifaschisten einschränken.



Köln. Internationaler Soldatengottesdienst im Kölner Dom am 31.1.91: Kardinal Meisner (Bildmitte) predigte vor ausgewählten Soldaten der NATO-Streitkräfte, deren Armeen den Krieg gegen den Irak führen. In dem ersten Kriegsgottesdienst auf deutschem Boden seit dem 8. Mai 1945 gab der Kardinal den Soldaten die Gewißheit auf dem Weg: Gott ist mit ihnen. Zum Schluß seiner Predigt forderte er die Soldaten auf, nicht zu zögern mit dem blutigen Soldatenhandwerk: „Sie als Soldaten haben dem Frieden zu dienen. Wohlan legen Sie Hand ans Werk!“ — (gba; Bild: af/mz)

## Ein Angriff auf alle politisch aktiven Kurden

Aktionen gegen die Abschiebung von Cemal A.

Kiel. Im Herbst 1990 ist durch den Beschluß des Bundesverwaltungsgerichtes dem Kurden Cemal A. endgültig das Recht auf Asyl aberkannt worden, nachdem es vom Oberverwaltungsgericht Schleswig vor zwei Jahren anerkannt

worden war. Damit ist der Instanzenweg abgeschlossen, die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht, die Cemal noch eingereicht hat, hat keinerlei aufschiebende Wirkung bei einer eventuellen Abschiebung.

Das „Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung“, das sich gleich nach Bekanntwerden des Urteils gegründet hat, veröffentlicht die Ablehnungsbegründung. „Cemal wird in der Urteilsbegründung zugestanden, sowohl wegen seiner Aktivitäten in Kurdistan vor der Flucht in die BRD als auch wegen seiner Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD durch die türkischen Behörden mit Verfolgung und Folter bedroht zu sein. Allerdings habe er sein Recht auf Asyl verwirkt, da er hier die „terroristische Teilorganisation“ der PKK unterstützt. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg greift in dieser Begründung und in dem Hinweis auf den Düsseldorf-Prozeß dem Prozeßergebnis völlig illegal schon vor. Im Klartext bedeutet das Urteil gegen Cemal die Möglichkeit, jeden Flüchtling, der eine Befreiungsorganisation unterstützt, die in ihrer Heimat den bewaffneten Kampf aufgenommen hat, das Recht auf Asyl zu verweigern.“

Das Aktionsbündnis organisiert eine Unterschriftensammlung zum Bundesverfassungsgericht. schickt einige hundert Unterschriften in kurzer Zeit dort-

hin. Eine Veranstaltungsreihe vom 15.-20.12. in sechs Städten Schleswig-Holsteins hat insgesamt leider nur ca. 150 Besucher, dennoch war das Interesse an Informationen über Asylpolitik, aber auch über das, was in Kurdistan passiert, groß. In Lübeck und Kiel tragen die Grünen den Fall Cemal in die Ratsversammlungen. In Kiel wird die Befassung mit dem Fall in den zuständigen Ausschuß verwiesen. Gleichzeitig fordert das Aktionsbündnis im Dezember Innenminister Bull (SPD) auf, sich für das Aufenthaltsrecht für Cemal einzusetzen und allgemein ein Bleiberecht für Kurden in Schleswig-Holstein zu erlassen.

Nach einem persönlichen Gespräch mit zwei Regierungsräten kommt dann verspätet die schriftliche Antwort des Innenministers im Januar. Er verweist darin auf das ja noch anhängige Verfahren der Ehefrau von Cemal, das doch einen Schutz biete. Weiter verweist er auf ein Referententreffen der Innenministerien im Januar, auf dem er das Thema Kurden ansprechen werde. Wesentlich ist, daß er die Behauptung aufstellt, es gäbe „bisher keine Anhaltspunkte da-

für, daß Kurden in anderen Teilen der Türkei generell keine zumutbare Zufucht finden können und damit landesweit in eine ausweglose Lage geraten“. Da das schleswig-holsteinische Innenministerium einen Abschiebestop für Afghanen und Libanesen erlassen hat, ist diese Begründung mit der „innenstaatlichen Fluchtalternative“ für Kurden wohl nötig.

Das Aktionsbündnis verfaßt am 28. 1. einen weiteren Offenen Antwortbrief an den Innenminister, weist die Theorie der „innenstaatlichen Fluchtalternative“ zurück und begründet und fordert abermals ein generelles Bleiberecht für Kurden. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, im wesentlichen von kirchlichen und sozialen Verbänden und Organisationen getragen, wendet sich ebenfalls gegen die drohende Abschiebung von Cemal und anderen Kurden. Nachdem zum zweiten Mal ca. 30 Menschen am 1.2. Cemal zum Kieler Ordnungsamt begleiten, wird Cemals Duldung nicht mehr nur um drei Wochen wie bisher, sondern bis zum 6. Juni verlängert, ein erster, wenn auch ungewisser Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit. — (dam)

## Arbeiter stoppen Atomtransport

Bundesamt sitzt auf Brennstäben

Rotterdam/Braunschweig. Weil die Lagerungsmöglichkeiten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig erschöpft sind und die Entsorgung des dortigen Forschungsreaktors nicht geregelt ist, hatten Politiker der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen längst schon die Frage aufgeworfen, ob der Reaktor überhaupt noch weiterbetrieben werden dürfe. Als vorläufiges Ausweichmanöver sollten Anfang Januar 26 radioaktive Brennstäbe aus dem hauseigenen Zwischenlager in das schottische Nuklearzentrum Dornay geschickt werden, wie die Bundesbehörden mit den zuständigen britischen Stellen vereinbart hatten.

Dort ist jedoch ebenfalls nur eine Zwischenlagerung möglich, da eine geplante Wiederaufbereitungsanlage nicht verwirklicht wurde. Der Transport — den die PTB bei hochradioaktivem Material übrigens laut Atomgesetz §23 selbst bewilligt — sollte so ablaufen, daß die Behälter mit den Brennstäben mit Lastwagen nach Rotterdam und von dort auf das schwedische Containerschiff „Companion Express“ gebracht werden sollten.

Aber daraus wurde nichts. Greenpeace — wie eine Sprecherin aus Hamburg mitteilte — informierte die niederländische Transportarbeitergewerkschaft und daraufhin verweigerten am

Mittwoch, 9.1.91, die Hafenarbeiter von Rotterdam das Verladen der strahlenden Fracht mit der Begründung, daß auf dem Schiff die Sicherheitsvorschriften nicht erfüllt seien.

Ein Sprecher des niederländischen Umweltministeriums in Amsterdam äußerte zwar: „Die Container sind sicher, und auch das Schiff ist sicher. Es gab kein Problem mit dem Transport selbst, sondern mit den Arbeitern und der Gewerkschaft“, mußte aber den Rücktransport des deutschen Atom Mülls anordnen.

Die gefährliche Fracht lagert nun wieder in Braunschweig; aber statt — wie es notwendig wäre — im inzwischen andersweitig gefüllten Zwischenlagerbecken jetzt auf dem Anhänger des Lastwagens auf dem Hinterhof der PTB. Das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter, das dem Bundesumweltministerium untersteht, erteilte dazu einstweilig die Genehmigung, wonach der Transport nach Schottland als „unterbrochen“ gilt. Das niedersächsische Umweltministerium kritisierte die Genehmigung zum Rücktransport als „zweifelhafte Vergnügen“, wenn hochradioaktives Material hin- und hergeschoben werde. Es wirke außerdem befremdlich, wenn die Genehmigungsbehörde die Aufbewahrung am Ursprungsort als Teil des Transportvorgangs darstelle. — (edl)

## Intensivierung der Schreiarbeit

Schutzbestimmungen sind dringend erforderlich

**Hamburg.** Ende Januar hat die HBV Hamburg eine Informationsveranstaltung zur Bildschirmarbeit für den Bereich Rechtsanwaltsbüros durchgeführt.

Dort ist die Situation der Beschäftigten deshalb so schwierig, weil wegen der Kleinheit der Betriebe nirgendwo Betriebsräte existieren, die kollektiven Möglichkeiten sich zu wehren also ganz gering sind, Kenntnisse selbst über die minimalen Vorschriften der Verwaltungsberufsgenossenschaft oder Arbeitsstättenverordnungen fehlen. Die Einführung von PC-Arbeitsplätzen ist Chefsache, werden Beschäftigte miteinbezogen, fehlen ihnen jegliche Kriterien zur Beurteilung sowohl der Programme wie auch der Geräte selbst.

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung lag daher darin, daß die Beschäftigten einen Überblick bekamen über die wichtigsten Gesundheitsgefährdungen durch Bildschirmarbeitsplätze: der Augen, der Wirbelsäule, der Haut, der Hand- und Armgelenke sowie ein Überblick vermittelt wurde über die notwendigsten ergonomischen Vorschriften oder Maßnahmen, um den gesundheitlichen Verschleiß wenigstens eindämmen zu können.

Als Beispiel: Auf Stühlen mit verstellbaren Ganzrückenlehnen sitzen in Anwaltsbüros nur die Chefs, die sich ihre Arbeitszeit selbst einteilen können

und auch viel Bewegung haben, während die Schreibkräfte auf direkt gesundheitsgefährdenden Möbelstücken ganztägig monotonste Tipparbeiten erledigen müssen.

Einhellig konnten wir feststellen, daß mit dem Einsatz von PC der Schreibanfall in den Büros gewachsen ist. Parallel dazu beschleunigen die neuen Tastaturen die Anschlageschwindigkeit der Schreibkräfte. Gesundheitliche Schädigungen und Berufsunfähigkeit sind vorprogrammiert. Denn auf herkömmlichen Schreibmaschinen war am Ende jeder Seite erst mal Schluß, es wurden Korrekturen ausgeführt, die Blätter gespannt, sortiert, neue eingespannt. Hände und Arme hatten eine „Zwangs-pause“; am PC dagegen kann ein langer Schriftsatz in einem weg geschrieben werden. Im gesamten englischsprachigen Raum — wo der massenhafte Einsatz von PC zu Schreiarbeiten zehn Jahre eher als bei uns durchgesetzt wurde — breiten sich „lawinenartig“ chronische Verschleißkrankheiten aus, die Gegenmaßnahmen sind drastisch. In Australien z.B. ist die stündliche Anschlagzahl für Schreibkräfte und Datatypistinnen inzwischen auf maximal 11 000 Zeichen beschränkt — das ist hier Anfängergeschwindigkeit. Beschränkungen der Arbeitsintensität sind in den Büros unbedingt notwendig. — (mek)

## Keine Selektion bei Behandlungskapazitäten!

Resolution von Pflegekräften gegen Vorhaltung von Krankenhausbetten für Kriegsverletzte

**Hannover.** Folgende aus Platzgründen gekürzte Resolution wurde auf dem Pflegeworkshop in Hannover am 3.2.91

verabschiedet. Dazu sollen Unterschriften und Geld gesammelt werden, um sie als Anzeige abzufrucken. — (trapa)

„Wie die HAZ am 25.1.91 meldete, hat die Bezirksregierung die Krankenträger der Stadt und des Landkreises aufgefordert, sich auf eine mögliche Einweisung von verletzten US-Soldaten aus der Golfregion einzustellen. Zitat: „Für diesen Fall bitten wir, daß Betten vorgehalten werden.“ Nach Aussage der Sprecherin der Bezirksregierung geht dieser Brief auf eine „vertrauliche Anregung“ aus dem Bundesinnenministerium zurück. Ohne zu wissen, ob bereits Betten in hannoverschen Krankenhäusern zu diesem Zweck vorgehalten werden, möchten wir als Pflegekräfte aus unserer Erfahrung heraus auf die Tragweite eines solchen Vorhabens hinweisen: Die Erfüllung der Bitte, Krankenhausbetten für die Versorgung von im Golfkrieg verletzten Soldaten freizuhalten oder freizumachen, erfordert unter den gegenwärtigen Bedingungen, in den hannoverschen Krankenhäusern kranke Zivilisten zu entlassen, zu verlegen oder ihre Aufnahme zu verweigern. Es gibt bereits jetzt in vielen Bereichen zu wenig Krankenhausbetten und vor allem zu wenig Personal. Die Einlieferung verletzter Soldaten könnte folglich nicht durch vorhandene Reservekapazitäten aufgefangen werden. Ärzte und Pflege-

personal wären dann gezwungen zu entscheiden, welche Kranken nicht bzw. nicht mehr im Krankenhaus behandelt werden sollen. Sollte es Menschen geben, die meinen, man könne dieses Problem durch die Entlassung sogenannter „leichter Fälle“ lösen, möchten wir zu bedenken geben, daß es sich bei den zu erwartenden Kriegsverletzten höchstwahrscheinlich um Schwerverletzte handeln wird, die einer Intensivbehandlung bedürfen. Freizumachen wären dann Betten auf Intensivstationen. Dort liegen aber mit sehr wenigen Ausnahmen Schwerkranke, die selbst auf eine Intensivbehandlung und -pflege dringend angewiesen sind. Nach unserer Auffassung soll jeder Mensch das gleiche Recht auf Leben und möglichst gute Krankenhausbehandlung haben. Wir fragen darum: Warum sollen nur für verletzte Soldaten der alliierten Truppen Betten vorgehalten werden und nicht auch z.B. für die durch die Bombenangriffe schwerverletzten Menschen aus dem Irak? Sind sie Menschen zweiter oder dritter Klasse? ... Schon in Friedenszeiten übersteigt in der Regel die gleichzeitige Einlieferung von 5-10 Schwerverletzten die Aufnahmekapazitäten selbst einer Großklinik wie der

Medizinischen Hochschule. Wer unter diesen Bedingungen eine Fortsetzung oder gar Ausweitung des Krieges befürwortet oder befiehlt, kann dies nur wenn er akzeptiert, daß viele Tausende Schwerverletzte ohne ausreichende medizinisch-pflegerische Versorgung einem schrecklichen, qualvollen Todes sterben werden. Er muß auch befürworten, daß zur Gewährleistung der Versorgung verletzter Soldaten anderen Schwerverkranken eine unter Umständen lebensrettende Behandlung verweigert wird. ... Da wir der Auffassung sind, daß natürlich auch verletzte Soldaten — wie alle anderen Menschen — falls erforderlich eine Krankenhausbehandlung erhalten sollen, sehen wir nur einen Weg, um der für uns unerträglichen Selektion zu entgehen: Die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen durch alliierte Truppen. Krieg kann nach unserer Auffassung keine Konflikte lösen, sondern nur neue schaffen. Wir appellieren an alle Pflegekräfte und Ärzte, sich nicht für eine Selektion von Kranken oder Verletzten zur Verfügung zu stellen oder sie zu tolerieren, und stattdessen schon frühzeitig auf die Unmöglichkeit einer ausreichenden Krankenversorgung im Kriegsfall hinzuweisen.“

## Eingruppierungsverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst

**Stuttgart.** Das einzig positive Ergebnis der letzten Verhandlungen Ende Januar ist, daß eine Trennung von Sozial- und Erziehungsdienst im BAT verhindert werden konnte. Im Angebot des Dienstherren hat sich kaum etwas geändert. So sollen beispielsweise Erzieher erst nach acht Jahren eine BAT-Gruppe höher eingruppiert werden, lediglich die halbjährige Eingruppierung in BAT VII soll entfallen. In der Verhandlungskommission der ÖTV ist die Meinung offenbar vorherrschend, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein besserer Abschluß erzielt werden kann als nach halbjähriger Pause und eventuellen Streiks. Der nächste Verhandlungstermin ist der 26. Februar. Zur Vorbereitung ist eine Kundgebung am 23. Februar, 11 Uhr in Stuttgart auf dem Schloßplatz geplant. Mobilisiert wird dafür landesweit. — (mok)

## Nachschlag in der Schuhindustrie abgeschlossen

**Weinheim.** Tausende von Beschäftigten der Schuhindustrie unterstützen mit betrieblichen Protestaktionen die Forderung der Gewerkschaft Leder nach einem Nachschlag angesichts des noch b... 1991 laufenden dreijährigen Tarifvertrags. Abgeschlossen wurden schließlich zusätzlich zur ursprünglich vereinbarten 2,4%-Erhöhung (ab 1.1.) eine weitere 2%-Erhöhung ab 1.7. ... Zudem wurde nachträglich das Nachtgeld 1991 von 50 auf 60% erhöht. Zusammen entspricht das einer Einkommenserhöhung von 5,2%. Für die Gebiete der ehemaligen DDR wurden ab 1.1. 55%, ab 1.7. 60% des jeweils gültigen Tarifniveaus im alten Bundesgebiet vereinbart. — (bef)

## Beschluß der niedersächsischen Tarifkommission der IGM

**Hannover.** Die zweite Sitzung der niedersächsischen Tarifkommission sollte am 7.2.1991 über die aufzustellende Forderung Beschluß fassen. Eine vorliegende Lohngruppenverteilung auf Basis von 160 Betrieben belegt, daß 47,1% der Beschäftigten unterhalb der Ecklohngruppe 7 beschäftigt sind. Einschließlich der Lohngruppe 7 sind 69,6% erfaßt. Desweiteren lag eine Rechnung vor, die die Auswirkung verschiedener Forderungen auf den Erhöhungsbetrag, die Prozente und den Lohngruppenschlüssel darstellte. Im einzelnen: 10%; 230,- DM Festgeld; 10% mindestens 230,- DM und 10% mindestens 280,- DM. Neben einigen Beiträgen für Festgeldforderung drehte sich die Diskussion im wesentlichen um die Frage, welche Auswirkung ein Mindestbetrag, der über die Ecklohngruppe hinauswirkt, auf den Lohngruppenschlüssel hat. Eingewandt wurde gegen eine Forderung von 280,- DM mindestens, daß das Verhältnis z.B. der Lohngruppe 10 zur 7 sich von 133% auf 131% reduzieren würde. Die „soziale Komponente“ sollte „unten“ wirken, oben decke die Differenzierung des Tarifvertrages die Realität der effektiv gezahlten Löhne sowie so nicht mehr ab. Der Einwand, daß ein höherer Sockel am Endbetrag in den höheren Lohn- und Gehaltsgruppen nichts ändere, da 10% 10% bleiben und dadurch das erwünschte Einfangen übertariflicher Löhne und Gehälter nicht schwerer wird, fand kein Gehör. Beschlossen wurde: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10%, mindestens jedoch 230,- DM. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 65% des Erhöhungsbetrages der Lohngruppe 1. — (rog)

## Tarifrunde Glas- und Papierindustrie

**Alfeld.** Vor Mitgliedern der Tarifkommission, Betriebsräten und Vertrauensleuten der Grünenplaner DESAG und der Hannoverschen Papierfabriken in Alfeld referierte Hans Tertrak, Hauptvorstandsmitglied der IG CPK, Bereich Tarifpolitik, über den künftigen Arbeitskampf in der Glas- und Papierindustrie. „Wir sollten uns angesichts der wirtschaftlichen Lage davor hüten, in Geldsachen langjährige Abschlüsse zu akzeptieren.“ Die letzten Tarifverträge hatten bekanntlich eine Laufzeit von drei Jahren. „Wir werden in diesem Jahr eine reine Geldrunde fahren.“ Tertrak sprach sich für eine wirtschaftlich und betrieblich angemessene Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen aus, nannte aber keine Forderungshöhe. Langfristig forderte er den früheren Ausstieg von Arbeitnehmern aus der Schichtarbeit. — (ret)

## Blaupunkt will Mutterschutz beseitigen

**Hildesheim.** Der Betriebsrat der Bosch-Tochterfirma Blaupunkt in Hildesheim hat den brutalen Antrag der Geschäftsleitung abgelehnt, werdende Mütter in nach Mutterschutzgesetz verbotener Akkordarbeit und Wechsel-schicht arbeiten zu lassen. Bislang kommen schwangere Frauen in Normal-schicht, nicht an Lötarbeitungsplätze. Die IGM-Vertrauenskörperleitung hat in Anspielung auf die Verleihung des Preises „Frauenfreundlicher Betrieb“ 1990 in Höhe von 5000 DM durch die damalige niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel ein Flugblatt veröffentlicht, in dem sie anprangert, daß in einem Betrieb, in dem überwiegend Frauen arbeiten, nicht genügend Arbeitsplätze für schwangere Frauen zur Verfügung gestellt werden. „Allein der Versuch, am bestehenden Mutterschutzgesetz herumzufeilen, ist für Mutter und Kind gesundheitsgefährdend und muß schon im Vorfeld unterbunden werden.“ (Flugblatt) — (rab)

## Aktionstag im Sozial- und Erziehungsdienst

**München.** Am 24.1.91 fand — in ganz Bayern — ein Aktionstag zu den Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst statt. Bei einer Kundgebung der Gewerkschaften ÖTV und GEW wurde ein Informationsblatt verteilt: „... Alle Zeichen deuten darauf hin, daß immer weniger junge Leute bereit sind, einen Erziehungsberuf zu ergreifen. ErzieherInnen durchlaufen eine insgesamt 5jährige Ausbildung und verdienen anschließend ca. 1800,- DM netto. Innerhalb eines ganzen Berufslebens steigt das Einkommen um ca. 400,- DM. Eine Kinderpflegerin verdient noch weniger. Für beide gibt es kaum berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Das muß unbedingt anders werden! ...“ — (ru)

## Abfall und Gebührenpolitik

Diskussion von kommunalen Mandatsträgern der DKP

**Stuttgart.** Am 2. Februar trafen sich Gemeinderäte, Bezirksbeiräte und Kreistagsabgeordnete aus der DKP und kommunalpolitische Interessierte zur Diskussion über kommunale Abfallwirtschaft. An der Beratung nahm auch ein Mitglied des BWK teil. Im folgenden ist aus dem der Beratung vorliegenden Diskussionspapier, erstellt vom Arbeitskreis Kommunalpolitik der DKP Mannheim, auszugsweise der Abschnitt über die soziale Seite der Abfallwirtschaft dokumentiert. — (alk)

Selbst die gesetzlichen Auflagen bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung gehen davon aus, daß „kostendeckende Gebühren soweit sozial verträglich“ erhoben werden müssen — also eine politische Entscheidung. Was SPD und CDU für sozial verträglich halten ist sicher etwas anderes wie das, was wir darunter verstehen.

Der Konflikt zwischen Kosten der Abfallbeseitigung und der Belastung der einzelnen Bürger ist ein politischer, ein Klassenkonflikt, und der muß von uns entsprechend angegangen werden.

Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die Kosten, Tarife und Gebühren gerade in der kommunalen Abfallwirtschaft in einem ungeheuren Ausmaß offiziell manipuliert werden können.

Da in die Kosten- und Gebührenrechnung alles einbezogen wird, was nur irgend möglich ist, kann ständig der Kostendeckungsgrad trotz laufender Tarif- und Gebührenerhöhungen unterdeckt oder nicht über 105 Prozent gehalten werden (5 Prozent Überdeckung bei Gebühren und Tarifen sind erlaubt, um Jahreschwankungen auszugleichen). Wie sah früher die Abfallrechnung der Kommunen aus?

Die Kommunen hatten die Aufgabe, aus ihrem 30-Prozent-Anteil aus dem allgemeinen Steuertopf — heute sind das 13 Prozent — ihre Abfallwirtschaft zu organisieren. Von Kostendeckung war damals nicht die Rede, sondern von Allgemeinkosten, für die halt Steuern zu zahlen sind.

Heute werden Steuern gezahlt — mehr als früher —, und die kommunalen Dienstleistungen müssen zusätzlich kostendeckend betrieben werden. Kostendeckend über zusätzliche Einnahmen. Dieser Zustand wurde innerhalb von zwanzig Jahren über verschiedene Änderungen kommunaler Haushaltsverordnungen erreicht.

Erst gingen die Kosten in die Kostenrechnung ein — Personal, Sachschaffungen, Bauten, Bau- und Maschinenunterhaltung, Versicherungen usw. Dann wurde ein kommunaler Kostenausgleich geschaffen. Dann wurden staatliche Abgaben wie der Wasserpfeffig erfunden. Dann mußte Fremdkapital von Banken aufgenommen werden, und die Zinsen und Tilgungen für die einzelnen Objekte

mußten in die Kostenrechnung eingehen. Dann wurden die Gemeinden von der Gemeindeprüfungsanstalt aufgefordert, alle Anlagen, egal wie sie finanziert wurden, neu zu veranlagen und zwar nach dem heutigen Wiederbeschaffungswert. Die geschätzte Lebensdauer des betreffenden Objektes — Kläranlage oder Sammler für Abwasser — plus der geschätzten Wiederbeschaffungskosten dann — gingen als „kalkulatorische Kosten“ in die Kostenrechnung ein.

Dann mußten die Gemeinden auch den von ihnen selbst aus kommunalen Steuern und Abgaben erwirtschafteten Anteil an Abfallbeseitigungseinrichtungen so berechnen, als ob sie die Mittel auf der Bank aufgenommen hätten. Das waren dann die kalkulatorischen Zinsen.

Und zum Schluß — bis jetzt — mußten sie für Bürgschaften, die sie als kommunale Körperschaft bei der Kreditbeschaffung für abfallwirtschaftliche Einrichtungen abgeben haben. Avalzinsen berechnen. (Sie mußten das nicht zwingend, aber wenn sie Geld von der Regierung wollten, wurden sie darauf hingewiesen, erst einmal diese „eigenen“ finanziellen Möglichkeiten auszuschnüffeln.)

Die weitere Tendenz bei der Abfallwirtschaft geht dahin, soviel wie möglich zu verprivatisieren. Vom Regierungspräsidium in Karlsruhe ist bekannt, daß die Anträge auf private Abfallbeseitigung, Abfallverwertung und Recycling geradezu „explosionsartig“ zugenommen haben. Klar, je attraktiver die Abfallbeseitigung wird, um so interessanter wird sie als Profitquelle. Kommunen treiben also mit ihrer Gebührenpolitik zusammen mit der staatlichen Abfallwirtschaftspolitik die gesamte Abfallwirtschaft in privatkapitalistische Hände. Es gibt aber auch solche Überlegungen wie die, die kommunale Abfallwirtschaft aus der direkten Verwaltung auszuklammern und sie in der Form von GmbHs weiterzuführen.

In jedem Fall müssen wir gegen solche Bestrebungen sein, aus Sicherheitsgründen und aus Gründen der menschlichen Existenz, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen, denn bei dieser Politik kommt am Ende heraus, daß die Kommunen nur noch die absolut unwirtschaftlichen Dienstleistungen selbst bestreiten, und alles was einigermaßen gewinnbringend ist, von privaten Unternehmern betrieben wird. Und wenn es noch nicht gewinnbringend betrieben werden kann, dann wird es über die Steuern und Gebühren soweit gebracht, daß es — dann privat — mit Gewinn betrieben werden kann.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier mitzuhelfen. Deshalb können wir unter heutigen Umständen keiner Gebührenerhöhung zustimmen, mag sie noch so schön begründet sein.



**Hamburg.** Am 31.1. beteiligten sich hier ca. 100 Zivildienstleistende an einem von den SoZdI bundesweit ausgerufenen Zivildienststreik. „Es ist Krieg! Und wir sollen ihn bedienen!“ Gegenüber dieser Forderung der Medien stellen die ZdI die Frage: „Sind das nicht dieselben Leute, die uns vorwerfen, inhuman zu sein? Ist es nicht viel schlimmer, die Kriegsmaschine zu bedienen?“ (aus Lokalberichte Hamburg; Bild: SoZdI)



## Neue Herrscher — neue Namen

Vergangenheitsbewältigung durch Änderung der Namen von Straßen, Schulen und anderem

Leipzig. Die neuen kommunalen Selbstverwaltungsorgane in der damals noch DDR waren gerade gewählt, ihre Arbeit noch nicht organisiert, da begannen erste Debatten über eine möglichst baldige Umbenennung der Straßen, Plätze, Schulen und ähnlichem. Für so manchen Neu-Kommunalpolitiker der CDU, DSU, FDP und vor allem der SPD war offensichtlich mit dieser Aktion eine Art eigener Vergangenheitsbewältigung verbunden. Auch wenn die Flut der neuen Probleme und die prekäre finanzielle Lage der Kommunen diese Bewegung etwas bremste, sie ist in den nun neuen Bundesländern allgegenwärtig.

Mit der Auswahl bzw. Streichung von Namen geht es um die Entscheidung über charakterliche Vorbilder, sittliche Werte, moralische Normen, historische Traditionen, die eine Gesellschaft anerkennt oder verwirft. In Umbruchzeiten, ob in Reformation, Revolution oder Restauration — das gilt international und seit Jahrhunderten — werden geschichtliche Tatsachen und agierende Persönlichkeiten (übrigens nicht nur aus der Politik) neu- oder umbewertet. Das ist verständlich und erklärbar, aber in der Regel gab es auch Bilderstürmerei.

Nun entsteht ein neues Deutschland, und schon bei Namensgebungen zeichnet sich ab, wohin es geht, aber auch, wohin es nicht gehen darf.

Gegenwärtig werden drei Richtungen deutlich.

Es gibt erstens Kommunen, in denen alles, was irgendwie mit Menschheitsfortschritt und Humanismus zu tun hat, unter den Hammer kommen soll. So wurde in Torgau beim „Großreinemachen“ nicht einmal vor Goethe und Pestalozzi haltgemacht. Diese aus Dummheit und Intoleranz geborenen Vorschläge setzen sich nur wenig durch.

Eine zweite Tendenz ist, alles was ir-

gendwie mit dem „real existierenden Sozialismus“ und seiner Geschichte zu tun hat, zu entfernen.

Bereits zu Wahlkampfzeiten, davon gab es ja in den fünf neuen Länder 1990 genug, wurden Politiker des Westens in Leipzig auf dem „Platz vor der Oper“ angekündigt. Es paßte sicherlich nicht auf ein Plakat, daß der Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Leipziger „Karl-Marx-Platz“ zu den Bürgern spricht. Es dauerte auch nicht lange, bis die neue Leipziger Stadtverordnetenversammlung beschloß, diesen Platz wieder Augustusplatz zu nennen. Vergessen war da auch, daß die SPD bereits Ende der zwanziger Jahre den Antrag stellte, diesem zentralen Platz den Namen von Karl Marx zu geben.

Konzentrierten sich in Leipzig die Gemüter erst einmal auf den Karl-Marx-Platz, so wurden in Stralsund Ernst Thälmann, Rosa Luxemburg, Salvador Allende und Kurt Tucholsky auf den Index gesetzt. In Löbnitz/Sachsen wurden die Namen August Bebel und Rudolf Breitschels als Straßennamen entfernt. Die Reihe der Beispiele könnte beliebig fortgesetzt werden.

Eine dritte, sehr bedenkliche Tendenz ist die Entfernung von Namen, die mit dem antifaschistischen Widerstand zu tun haben. Das betrifft sowohl allgemein bekannte Persönlichkeiten, aber noch viel mehr die nur im jeweiligen Territorium bekannten.

Nicht unerwähnt bleiben soll natürlich, das durch willkürliche, nicht mit den Bürgern beratene Straßenum- bzw. Neubenennungen in der DDR bereits die Keime für die jetzige Entwicklung gelegt wurden. Vielen Bürgern waren die mit dem Namen verbundene Person und ihre Geschichte unbekannt.

Vielfältig sind die Bemühungen, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen.

Oftmals gelingt es schon in den Kommunalparlamenten durch Initiativen der Grünen, Bündnis 90, Neues Forum, PDS und andere, Grundsatzregelungen zu beschließen, nach denen Straßen und Plätze benannt werden. Damit wird auch dem Umbenennungsdrang Grenzen gesetzt. In anderen Kommunen, so in Schkeuditz, setzten sich Abgeordnete mit interessierten Bürgern zusammen, um sachlich begründete Vorschläge zu erarbeiten.

Problematisch ist, daß in den Parlamenten sehr oft stabile Mehrheiten der Kräfte vorhanden sind, die nicht an einer vernünftigen Regelung interessiert sind.

Aber auch dort entwickeln sich Aktivitäten. So gelang es in Löbnitz, auf Initiative der PDS die notwendigen Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln, damit die Bürger auch bei möglichen Namensänderungen mitreden dürfen.

In Holzhausen entstand ebenfalls eine Bürgerinitiative. Ihr geht es um den Erhalt des Namens einer Straße und einer Schule. Sie wurden nach einem Bürger des Ortes benannt, der von den Faschisten ermordet wurde.

Neben den politischen Aspekten dieser Bewegung ergibt sich natürlich gegenwärtig immer massiver die Frage nach den Kosten dieser „Vergangenheitsbewältigung“. In einer Zeit, da die Kommunen nahezu zahlungsunfähig sind, die Kosten für kommunale Leistungen rapide ansteigen und z.B. kein Geld mehr für die Erhaltung der kommunalen Kindereinrichtungen, Kulturstätten u.a. vorhanden ist, sind natürlich Beschlüsse über Straßenumbenennungen, die ja, und darüber wird möglichst nicht geredet, enorme Kosten verursachen, überhaupt nicht zu verstehen. — (sta; Bild: sta)



Auch immer wieder Stein des Anstoßes — das Portal des Neubaus der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Wird es auch in den Schrott wandern müssen? Nur wer Marx nicht gelesen hat, kann ihm die Schuld für das Scheitern der DDR geben.

## Rolle der Medien im Golfkrieg

1 200 Leute auf einer Veranstaltung der IG Medien gegen Pressezensur

Hannover. „Krieg live — zwischen Zensur und Nervenkitzel — Die Rolle der Medien im Golf-Krieg“ hieß die Diskussionsveranstaltung der IG Medien, Ortsgruppe Hannover Fachgruppen Journalismus und Rundfunk, Film und AV-Medien am 23.1.91. Es waren 1 200 Leute gekommen. Vertreter von Frankfurter Rundschau (Spoo), HAZ, NP, radio ffn, Fernsehchef des NDR, SAT 1, Evangelischer Kirchenfunk Nds. saßen auf dem Podium. Spoo sprach von den Medien als Propagandawaffen und wies auf den Vietnamkrieg hin, in dem die Militärpropaganda in die Sprache der Medien einging (Vietkong, durchkämm, Terroristen). Die Redakteure saßen in Saigon. Damals gelang es mit Hilfe der Berichterstattung der Medien, die USA zur Beendigung des Kriegs zu bringen. Bush hat bei diesem Krieg am Golf gesagt, er würde sich diesmal nicht von den Medien besiegen lassen. „Korrespondenten und Fotografen, die aus der Golfregion berichten, unterliegen der militärischen Zensur. ... Journalisten ist untersagt, genaue Zahlen über Truppen, Schiffe, Flugzeu-

ge und Bewaffnung zu veröffentlichen ...“ (Flugblatt der IG Medien). Der NDR-Fernsehchef wies auf ökonomische Abhängigkeiten der Journalisten und die eingeschränkte Möglichkeit hin, die Wirklichkeit wahrheitsgetreu wiederzugeben.

Die Journalisten mußten sich Fragen aus dem Publikum gefallen lassen, warum sie Nachrichten unterdrücken, die kriegsverherrlichende proamerikanische Berichterstattung vom Golfkrieg mittragen und die Bewegung dagegen diskriminieren. An den Anti-Kriegsaktionen Beteiligten gingen auf die Berichterstattung von NP und HAZ ein. Warum wurde anlässlich der Besetzung des DGB-Hauses kein Wort über die Forderungen der Besetzer verloren: „Kein Blut für Öl — Generalstreik?“ Antwort des Redakteurs: Es wäre schon eine Unverschämtheit gewesen, daß die Redakteurin eine Stunde mit den Besetzern hätte diskutieren müssen, um Informationen zu bekommen. Die NP betreibt Hetze gegen die 80 Kriegsgegner, die eine Kundgebung an der Börse veranstalteten und schreibt „Schmierereien an Börse

— Polizei griff ein“, mit den Worten „Farbschmierereien“ bedachte sie eine politische Aktion von 500 Kriegsgegnern gegen die rüstungsproduzierende PreussAG. Der Vertreter der NP: Da müßt Ihr mal den Lokalredakteur fragen. Warum verfälscht die HAZ die Zahl der Teilnehmer an der Demonstration vor der Prinz-Albrecht-Kaserne am 18.1.91 und berichtet von 350 statt von 3 000, obwohl ein Fotograf der HAZ anwesend war? Antwort: Ein Fotograf kann das nicht unbedingt übersehen. Warum berichtete die NP am 22.1.91 über die von über 400 Betriebsräten besuchte Veranstaltung des DGB nicht, daß alle Anwesenden sich gegen den Krieg aussprachen und gut die Hälfte für Streik eintrat? Stattdessen lesen wir dort: „Der Forderung nach einem Generalstreik würden die Kollegen in den Betrieben jedoch nicht Folge leisten“. Keine Antwort. Die Medien haben nicht nur aus der Protestbewegung einen „Kinderkreuzzug“ (HAZ) gemacht, sondern auch zur Unterdrückung und Kriminalisierung der Bewegung beigetragen. — (anr)



Hamburg. Am 31.1. demonstrierten auf Aufruf der Schülerkammer ca. 20 000 Schüler gegen den Golfkrieg. In den Medien hetzten CDU und CDU-Elternbund gegen das angebliche Aufwiegeln der Jugendlichen durch die GEW; demgegenüber demonstrierten die IG-Medien-Mitglieder bei Bauer in einer Anzeige ihre Solidarität mit der Demonstration. (aus: Lokalberichte Hamburg, Bild res)

## Aus Ländern und Gemeinden

### VGH weist Berufsverbot gegen den Lehrer M. Zeis zurück

Stuttgart. Mit Beschluß vom 10.12.1990 hat der Vierte Senat des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg die am 29.3.1986 verfügte Entlassung des Lehrers Zeis durch das Oberschulamt Stuttgart einstimmig verworfen. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Der VGH stellt fest, daß das Handeln der Schulbehörden von Anfang an rechtswidrig war und den Lehrer in seinen Grundrechten verletzt hat. Zwei Punkte hebt der Beschluß hervor: Bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist eine Regelanfrage beim Staatsschutzamt ohne einen auf Tatsachen beruhenden Verdacht verboten. Auf diese Weise illegal beschaffte personenbezogene Daten unterliegen einem Verwertungsverbot, sind nicht existent. Damit wird die durch einen Beschluß des Filbinger-Kabinetts vom Dez. 1974 ausgelöste Gesinnungsüberprüfungspraxis verworfen. Der berichtigte Marinerichter hatte damals beschließen lassen, daß Leute, bei denen einmal sog. „Erkenntnisse“ angeliefert wurden, immer wieder ins Staatsschutzvisier zu nehmen sind. Tausende wurden auf diese Weise mit Verdächtigungen, Anhörungen terrorisiert. — (sim)

### Trotz Stadtratsbeschlusses: Bleiberecht für Roma!

Essen. Der Essener Stadtrat hat es am 23.1. abgelehnt, 39 staatenlosen Romafamilien ein kommunales Bleiberecht einzuräumen. Ein solcher Antrag war von der Ratsfraktion GAL/Die Grünen eingebracht worden. Die Roma sind weiter von Abschiebung bedroht. Flüchtlingsrat und „Falken“ reagierten darauf mit dem „Appell für das Bleiberecht von Roma in Essen“. Unter den Appell werden jetzt Unterschriften gesammelt. Sie laden gemeinsam mit dem Caritasverband zu einer Veranstaltung ein, auf der weitere Schritte beraten werden sollen. Vermutlich wegen der kritischen Äußerungen von verschiedenen Organisationen setzte die Landesregierung die anstehenden Abschiebungen nochmals aus. — (syb)

### „Technische Mehrheit“ verabschiedet Haushalt

Hannover. Alle Änderungsanträge zum Etat wurden am 29. und 30.1. mit CDU/SPD-Mehrheit abgeschmettert. „zum Wohl unserer Stadt“ wurde mit dieser „technischen Mehrheit“ der Etatentwurf verabschiedet, den die Verwaltung (CDU) vorgeschlagen hatte. Dieser Entwurf war von der SPD heftig kritisiert worden, nachdem diese jedoch die Zusammenarbeit mit der GABL aufkündigte, die SPD wollte in Verträgen über die Expo keine Rücktrittsklauseln, war von der SPD nichts mehr zu hören. Die CDU konnte gelassen auf ihren Positionen beharren und abwarten: irgendwann der Haushalt ja mal verabschiedet werden, und der Verwaltungsentwurf war nach ihrem Geschmack. Die Gebühren steigen explosionsartig, bei den Personalkosten wird das Ergebnis der Tarifverhandlungen im ö.D. von vornherein um 4% beschränkt, die Ausgaben für Kinos und Wohnungsbau bleiben weit unter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Aus der ganzen Auseinandersetzung, die die CDU gestärkt hervor, die SPD mit blumigen Worten die große Koalition als „technische Mehrheit“ entzünden. — (rec)

### Streit um den städtischen Haushalt in Essen spitzt sich zu

Essen. An die 1 000 Leute demonstrierten am 23.1. zur Ratssitzung. Sie protestierten vor allem gegen eine von der Verwaltung vorgelegte „Streichliste“, die allein im Sozialhaushalt Kürzungen von 12,4 Mio. DM gegenüber dem Haushaltsentwurf vorsieht. Zu der Demonstration aufgerufen hatten ÖTV, Arbeitskreis Jugend, Ausländerbeirat und zahlreiche Vereine und Verbände. Obwohl der Stadtrat daraufhin den ursprünglichen Entwurf zur Grundlage der vorläufigen Haushaltsführung erklärte, setzte sich die Verwaltungsspitze darüber hinweg: Der Oberstadtdirektor beanstandete den Beschluß und setzte bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushaltes den Kämmerer als „Sparkommissar“ ein. Am 13.2. ist jetzt eine Sondersitzung des Rates. — (wof)

### Landesregierung gegen Verfassungsänderung

Hannover. Ministerpräsident Schröder erklärte am 23.1. im Landtag: „Es war ein politischer Fehler, deutsche Soldaten in die Türkei zu schicken. Es wäre ein Verhängnis, wenn das Leben deutscher Soldaten gefährdet würde für die Machtinteressen des türkischen Präsidenten. Deshalb muß dieser Fehler jetzt korrigiert werden.“ Bundesratsminister Trittin (Grüne) erklärt, Nds. werde einer Verfassungsänderung, wonach der Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Gebiets ermöglicht werden soll, nicht zustimmen. Die CDU-Landtagsfraktion will gegen ihn einen Mißbilligungsantrag einbringen. — (kek)

### Stadtrat muß Unterstützung des Angriffskrieges verurteilen

München. Als die Fraktion der Grünen im Münchner Stadtrat am 23. Januar den Versuch unternahm, mit einem Dringlichkeitsantrag zum Golfkrieg eine Position der Stadt München gegen das verfassungswidrige Treiben der Bundesregierung — Unterstützung eines Angriffskrieges — zu beschließen, konnte sie sich auch auf den Artikel II Absatz 4 der bayerischen Verfassung berufen: „Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben“. Die CSU hatte eine Contra-Position vorbereitet, mit der OB Kronawitter dazu verpflichtet werden sollte, „den Staaten der alliierten Streitkräfte den Dank der Landeshauptstadt“ zu übermitteln, weil sich „die UNO-Staaten für die Freiheit am Golf und in der ganzen Welt und für die Zurückgewinnung des Friedens einsetzen“. Die SPD-Stadträte und der OB wollten sich für keine der beiden Dringlichkeitsanträge entscheiden und argumentierten bei ihrer Ablehnung u.a. damit, daß nicht dringlich sein könne, was rechtlich unzulässig sei. Diese Auslegung kommunaler Rechte — zu sicherheitspolitischen Fragen — ist schon lange umstritten. Die SPD folgte damit aber der Empfehlung der Rechtsabteilung der Stadt, die in vergleichbaren Fällen die Selbstverwaltungsrechte der Stadt immer sehr eingeschnürt beurteilte. So z.B. bei dem Antrag „Keine Solidarität mit dem Regime in Südafrika“ vom Dezember 1988, mit dem die Grünen erreichen wollten, jegliche Beziehungen der Stadt, ihrer Wirtschaft und Bürger mit dem Rassistensystem in Südafrika zu beenden. — (dit)

# „Die Sieger im Kalten Krieg marschieren gegen Süden“

Berichte und Dokumente zur imperialistischen Aggression am Golf aus arabischer, palästinensischer und kurdischer Sicht

Der Widerstand in den arabischen Ländern gegen die imperialistische Intervention am Golf wird stärker. Mindestens 150 000 beteiligten sich Anfang Februar in Marokko an Demonstrationen gegen die Aggression, zahlreiche Freiwillige haben sich in arabischen Ländern, in Indien und Pakistan zur Verteidigung des Irak gemeldet. Der jordanische König Hussein hat den Imperialisten vorgeworfen, sie wollten den Irak zerstören, die Bevölkerung auf

primitivste Lebensbedingungen zurückwerfen und die gesamte Region unterwerfen und plündern. Die Imperialisten eskalieren ihre Angriffe immer mehr. Flächenangriffe mit B 52-Bombern, Beschließung mit schwerster Schiffsartillerie sollen den Widerstand des Irak brechen. „Wir haben den Irak unterschätzt“, hat US-Verteidigungsminister Cheney erklärt. In den von der Türkei besetzten kurdischen Gebieten laufen die Vorbereitungen für eine

zweite Front für den Landkrieg gegen den Irak. 1 000 US-Marineinfanteristen sollen die türkischen Einheiten, die in hohem Schutzwarten müssen, verstärken. Wir dokumentieren eine palästinensische Kritik an der Medienhetze und den Kriegszielen des Westens, Auszüge aus der Rede des jordanischen Königs, eine Stellungnahme der PLO, einen Bericht über die Lage der Palästinenser und Nachrichten aus Nordwest-Kurdistan. — (evc, rül)

## „Rechtfertigung eines verbrecherischen Angriffskriegs“

Said Dudin, palästinensische Presseagentur, über westliche Medienhetze und westliche Kriegsziele

Said Dudin, Leiter der palästinensischen Presseagentur Wafa in der BRD, referierte am 2. Februar auf einer Veranstaltung der Stuttgarter Initiative gegen den Golfkrieg. Er sprach zu drei Komplexen: zur Lage im Irak und Bagdad und in Jordanien, zum Charakter dieses sogenannten Golfkriegs und zur Politik der BRD in ihrer imperialistischen Kontinuität. Wir veröffentlichen Auszüge zu den beiden ersten Punkten.

Ich bin auf die Bitte meiner politischen Freunde am 13. Januar nach Bagdad gegangen. Wir gingen von Anfang an von der Einschätzung aus, daß die gesamte Politik der USA — nicht erst seit dem 2. August dieses Jahres, sondern seit den letzten zwei Jahren — auf einen Angriffskrieg gegen die arabischen Völker abzielt. Ich habe die ersten fünf Tage nach dem Angriff in Bagdad und weitere drei Tage in den westlichen Gebieten zwischen der Stadt Al-Dur und der jordanischen Grenze zugebracht. Die Angriffe begannen am Dienstag um 2.30 Uhr.

Ich möchte ganz kurz die Chronik der ersten Tage vortragen, um auf die Rolle der imperialistischen Medien einzugehen. Nach den ersten zwei Wellen, die je ungefähr vier Stunden gedauert haben und bei denen allein 800 Angriffe auf Bagdad geflogen wurden, hat Fitzwater im Pentagon verkündet, daß die iraki-

sehen Eingriffen. Ich spreche ganz bewußt vom fünften Tag aus ganz bestimmten Gründen. Am dritten Tag der Angriffe änderten die Amerikaner ihre Strategie. Aus der Erkenntnis der Tatsache heraus, daß es ihnen nicht gelungen war, ihre erklärten Ziele zu erreichen, begannen sie massiv, die NATO-Basen in der Türkei zu benutzen. Sie gingen auch dazu über, die B 52 einzusetzen, also zum systematischen Massenmord an der Zivilbevölkerung. Es waren Kolleginnen und Kollegen aus mehreren, wahrscheinlich über 20 Staaten dabei, als z.B. die Nachricht von der Zerstörung des irakischen Verteidigungsministeriums bekannt wurde. Sie waren alle beim Verteidigungsministerium. Wir fanden einen einzigen, etwa 55 Jahre alten Menschen, der tot war. Sein Bruder war völlig außer sich und schrie, warum dieses Gebäude angegriffen worden wäre. Es sei doch am 3. August vorigen Jahres evakuiert worden. Die Kolleginnen und Kollegen gingen zurück in ihr Hotel, bestätigten die Meldungen des Pentagons, das Interview mit dem alten Mann wurde abgeschnitten. Die Kolleginnen und Kollegen wurden zu einer Babynahrungsmittelfabrik gebracht, wo noch etwa 31 tote Arbeiterinnen und Arbeiter lagen. Man war dabei, die Toten und Verletzten zu bergen. Die Journalisten begannen wirklich in kriminalistischem Stil zu fordern, durch eine

abgeschossen wurden und zu welchen Einheiten sie gehörten. Unmittelbar, nachdem dies geschehen war, bat der Informationsminister die Amerikaner darum, ihm zu sagen, welche Piloten zu ihnen gehörten, denn die anderen würden nicht als Kriegsgefangene behandelt, wenn die Amerikaner ihre Verluste nicht zugeben. Und die gleichen Kollegen, die die Erklärung von Schwarzkopf und Fitzwater gehört hatten, daß nur neun Piloten abgeschossen worden wären, erklärten, daß die Barbaren gegen die Genfer Konvention seien und die Piloten wie Tiere vorgeführt hätten. Die gesamte Berichterstattung war ein Teil der Kriegsführung gegen unsere Völker. Die Journalisten — dies sage ich, weil hier von Zensur gesprochen wird — konnten jederzeit genauso wie wir das Hotel verlassen, auf die Straße gehen, ein Taxi nehmen, in die Altstadt gehen. Interviews mit allen, mit denen sie wollten, auf der Straße machen. Einige haben dies getan, aber die Argumente, die die Menschen vor Ort vorbrachten, waren nicht Teil der Informationspolitik der westlichen Medien. Deswegen möchte ich kurz die Argumente dieser Menschen vortragen und ihre Einschätzung zusammenfassen.

Immer wieder, egal, ob man mit einer Marktfrau, oder in einem Cafe der Altstadt mit einem Studenten sprach, tauchte die Formulierung auf „Sie kom-

hat das irakische Parlament dies als einen kolonialen Willkürakt bezeichnet. Am 25. Juni landeten die britischen Fallschirmjäger im Scheichum Kuwait und bestätigten mit vollendeten Tatsachen diesen Willkürakt.

Die Menschen, besonders die Linken und die Studenten weisen auf die Tatsache hin, daß die Sowjetunion 1961 zweimal ihr Vetorecht gegen die Mitgliedschaft Kuwaits in der UNO eingelegt hat mit der Begründung, hier handele es sich um einen kolonialen Willkürakt gegen das Selbstbestimmungsrecht des irakischen Volks. Nachdem sie zehn Milliarden Dollar von Saudi-Arabien und Kuwait bekommen hatten, hat sich manches geändert. Es verwundert bei manchen Fragen, warum nicht mindestens Shewardnaze im Zuge der neuen Politik inzwischen zum Islam übergetreten ist.

Das ist der historische Fakt. Der wirtschaftliche Fakt, sagen die Menschen, sei der folgende. Seit dem Ende des irakisch-iranischen Kriegs, ein Krieg, der durchweg von allen kritisch beurteilt wird, begann etwas, das sie als Verschwörung der USA, der Emirate und Kuwaits bezeichnen. Der irakisch-iranische Krieg wurde acht Jahre lang von den westlichen Staaten verwaltet. Unmittelbar nach Kriegsende jedoch begann eine Politik der Wirtschaftssabotage gegenüber beiden Ländern. Dies kam darin zum Ausdruck, daß Kuwait seine Erdölproduktion gegen die Vereinbarungen der OPEC verdreifachte. Diese Politik verfolgten die Kuwaitis nicht, weil sie einen einzigen Dollar mehr brauchten, — sie haben 131 Milliarden Pfund Sterling in England und 263 Milliarden in den USA als Reserve — sondern einzig und allein, um den Irak und den Iran daran zu hindern, ihre Kriegswunden zu heilen und ihr Wiederaufbauprogramm zu finanzieren. Insgesamt wurde 19 Monate lang verhandelt, sowohl im Rahmen der OPEC, wo es zu einem Bündnis der beiden Kriegsparteien gegen die Scheichtümer kam, als auch indirekt in insgesamt fünf Konferenzen. Die Kuwaitis waren nicht gewillt, ihre Politik zu ändern. Der Preis für ein Barrel Öl sank von 21 auf 8 Dollar. Die Verluste des Irak betrugen 1,6 Milliarden Dollar monatlich. Daraufhin erklärte der irakische Kommandant am 31.7.: „Ein Teil unseres Landes, abgetrennt durch einen kolonialen Willkürakt, wird als Stützpunkt der ökonomischen Aggression gegen unser Volk verwandt. Wir werden diesen kolonialen Willkürakt beenden.“

Ich trage diese Argumente vor, da sie authentisch sind und zur Kenntnis genommen werden müssen, unabhängig davon, wie problematisch man die irakische Politik beurteilt. Die Leute sagen außerdem, daß die katastrophale wirtschaftliche Lage der USA und ihr schwindender Einfluß in Europa es den USA gebietet, ihre unmittelbare Herrschaft über die Golfregion herzustellen, um in den Umverteilungskämpfen zwischen Japan, Europa und den USA günstigere Positionen zu bekommen. Die Leute erinnern die Situation an den Koreakrieg. Sie sagen, daß es kein Ende des Kalten Kriegs gab, es gab einen Sieg der NATO über den Warschauer Pakt. Die Sieger im Kalten Krieg hätten sich nicht einmal eine Ruhepause gegönnt, sondern seien sofort gegen den Süden marschiert. Dies ist der erste Krieg gegen den Süden. Es geht um die Souveränität, ganz konkret: Hat ein Volk das Recht, seine Reichtümer zu kontrollie-

ren und seine Reichtümer für die Lösung der sozialen Probleme im eigenen Lande einzusetzen. Die Amerikaner sprechen von „unserem Öl“. Die Leute sagen dort: „Es gibt Millionen von Menschen in der Welt, die hungern, trotzdem sprechen sie nicht von unseren Weizenfeldern in den USA“.

Gerade im linken Lager wird sehr begrundet auf die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten eingegangen. Dennoch sagen sie: Wir wissen, daß die Amerikaner nicht hier sind, um bei uns demokratische Verhältnisse zu schaffen. Und gerade in ihrer Kritik gegenüber den linken Kreisen in Europa und gegenüber den Medien fragen sie: „Sehen die Leute nicht, daß diese Frage instrumentalisiert wird im Dienste der ideologischen Rechtfertigung eines verbrecherischen Angriffskriegs? Wir wissen ganz genau, was uns blüht, wenn der saudische arabische Clan und die Amerikaner siegen und ihre Ordnung in dieser Region etablieren.“

Es gibt eine unglaubliche Entschlossenheit der Menschen. Widerstand zu leisten. Die Menschen sagen, die Welt besteht nicht nur aus Europa und den USA. Sie fühlen sich bestätigt durch die Millionen von Demonstrationen. Wenige Leute erwähnen die Tatsache, daß bis jetzt 7,5 Millionen Freiwillige sich zur Verteidigung des Irak gemeldet haben, allein eine Million aus Indien. Es wird über diese weltweiten Solidaritätsaktionen aus Asien, Afrika und Mittel- und Südamerika dort ausführlich berichtet (...).

Die Grundfaktoren, die von den Völkern dort wahrgenommen werden, sind folgende: Die Amerikaner haben ihren Traum von der Besetzung der arabischen Halbinsel realisiert. Die arabische Halbinsel ist mit Ausnahme des Jemen besetzt. Der Jemen ist auch bedroht. Von der besetzten arabischen Halbinsel aus führen sie einen Angriffskrieg gegen den Irak, der gestern auch auf Jordanien erweitert wurde — zwei jordanische Nahrungsmittelkonvois wurden angegriffen und 23 Menschen umgebracht. Dieser Krieg hat die gleiche Aufgabe wie die damalige koloniale Herrschaft nämlich die Trennung der Reichtümer der arabischen Völker von den Massen. Die Stadtstaaten, Scheichtümer und Emirate entstanden, damit diese Reichtümer weiter geplündert werden können. Und wenn diese Reichtümer weiter geplündert werden, können wir nicht in Frieden leben. Das ist der Grund für die Mobilisierung bei den Verbündeten der USA in erster Linie und der Grund für den Generalstreik in Marokko. Das ist der Grund dafür, daß in jedem ägyptischen Dorf Panzer oder gepanzerte Fahrzeuge sind. 18 000 Menschen sind interniert. Das ist der Grund, warum sich in Jordanien bisher über eine halbe Million Frauen und Männer als Freiwillige gemeldet haben. Und nicht, weil wir eine Schwäche für Führerfiguren haben oder Enthusiasten sind oder Wahnsinnige aus Bagdad nachhaffen. Das christliche Abendland hat früher einige bedeutendere geistige Größen hervorgebracht, als das, was heute demonstriert wird. Ich hoffe sehr, daß die Freunde hier, die wirklich am Frieden interessiert sind, sich immer wieder fragen: Was sind die Interessen der Völker und wie artikulieren sie ihre Interessen? Kann man das verstehen? Und, daß auch Haltung beziehen. Eine kritische Haltung allerdings.



Demonstration in Rabat (Marokko), 3. Februar: „Wir sind alle Iraker“

sche Luftverteidigung zerschlagen sei. Er unterbreitete Saddam Hussein den geistreichen Vorschlag, entweder Selbstmord zu begehen oder zu kapitulieren. Diese Erklärung bestimmte merkwürdigerweise auch die Berichterstattung der Kolleginnen und Kollegen, die in Bagdad waren. Auch Menschen, die vom militärischen Geschehen überhaupt keine Ahnung haben, mußten gerade in dieser Nacht die Intensität der irakischen Luftverteidigung erkennen. Die Erklärung, die vom Staatssekretär des irakischen Außenministeriums nach der zweiten Angriffswelle den Journalisten vorgetragen wurde, daß die Amerikaner 36 Raketenbasen aus Pappe zerstört hätten, wurde von den Vertretern der christlich abendländischen Presse als arabische Propaganda bezeichnet. Selbst als am fünften Tag der Oberbefehlshaber der französischen Invasionskräfte auf der arabischen Halbinsel die Angabe der Amerikaner bezweifelte, da er irgendeine Begründung dafür finden mußte, daß jeden Tag Maschinen abgeschossen werden, selbst dann führen die Vertreter der Meinungsindustrie eine Strategie, die kaltschnäuzig die Verbreitung der blutigen Illusion stützte, der Krieg würde einige Tage gehen, wie die Herrenmenschen im Pentagon es geplant hatten. Auch dann sprachen sie noch vom sauberen Krieg und den chirurgi-

bestimmte Tür gehen zu dürfen, bestimmte Gläser und Kartons zu sammeln, um zu recherchieren und zu prüfen, ob es sich wirklich um eine Babynahrungsmittelfabrik handelte. Man sagte uns, die Post sei angegriffen worden. Wir waren dort. Es waren insgesamt sieben Schüler und 23 Schülerinnen gestorben. Sie waren alle zwischen 9 und 10 Jahren alt. Wir wurden zum alten Museum der Stadt Bagdad gebracht, wo noch drei tote Museumsassistenten lagen. Ich könnte diese Beispiele endlos erweitern. Die Deutschen waren sechs Stunden nach dem Angriff abgereist, trotzdem übernahmen sie die Berichte vom sauberen Krieg.

Ein Paradebeispiel für die Lügen, die vor Ort produziert und millionenfach verbreitet werden, ist folgendes: Die Irakis hatten am ersten Tag insgesamt 14 Maschinen und 9 Piloten gefangen genommen. Am dritten Tag waren waren bereits 32 Piloten gefangen genommen. Das verkündeten die Irakis auch, worauf General Schwarzkopf von arabischen Propagandamärchen sprach. Als Antwort darauf ordnete der irakische Informationsminister an, — er informierte darüber auch in einer vorhergehenden Pressekonferenz — daß alle diese Piloten, einer nach dem anderen im Fernsehen gezeigt werden sollten, sie sollten Auskunft geben über ihre Namen, wo sie

men wieder“. In der Priorität der Aufzählung sprechen sie von den Engländern und dann von den Amerikanern. Was sie damit meinen, will ich vorweg kurz erklären. Die Araber haben im 1. Weltkrieg gegen das Osmanische Reich mit den Engländern im Rahmen eines festen Vertrages, der ihnen ihre Unabhängigkeit und Souveränität nach dem Krieg versprach, als Verbündete gekämpft. Zeitgleich haben die Engländer allerdings ein Abkommen mit den Franzosen gemacht, in dem sie die Einflußsphären des arabischen Ostens unter sich aufteilten. Die Franzosen bekamen die Kontrolle über Syrien und den Libanon, die Engländer über Palästina, Jordanien, den Irak und die Golfstaaten. Dies blieb bis ca. 1958 so bestehen. 1958 kam es zum Putsch der freien Offiziere im Irak, die zwei Maßnahmen durchführten. Sie lösten den militärischen Bagdadpakt auf, an dem die USA, England, Pakistan, Saudi-Arabien und der Irak mit Bagdad als Zentrum beteiligt waren und forderten die Engländer auf, das Land zu verlassen. Die Engländer verschleppten die Verhandlungen bis 1961 und schnitten — als eine Art Racheakt — Kuwait als Filetstück aus dem Irak. Kuwait als Erdölzentrum und war gleichzeitig der Zugang des Irak zum Golf. Am 19. Juni erklärten die Engländer hier einen selbständigen Staat. Zwei Tage später

## „Es wird keinen Gewinner geben“

Interview mit dem Bonner PLO-Vertreter Abdalla Frangi

Frage: Was bedeuten Ausbruch und Verlauf des Golfkriegs für die PLO?

Frangi: Der Krieg wird für sämtliche Länder im Nahen Osten weitreichende und verheerende Folgen haben. Wir hatten auf eine friedliche Lösung gehofft, und wir haben als PLO alles getan, um zu vermitteln. Der Krieg ist eine „Lö-

sung“, die neue Spannungen bringt und die Keime für neue Konflikte in sich trägt.

Frage: Es sieht aus, als könne der Krieg — und damit auch Sie — diesen Krieg verlieren.

Frangi: Es wird keinen Gewinner in diesem Krieg geben. Rein militärisch



Denn kann den Frieden im Nahen Osten nicht herbeischaffen. Seit 43 Jahren wünschen wir Palästinenser diesen Frieden, weil wir in einem unerträglichem Zustand leben und wissen, was Krieg bedeutet. Darum sind wir hartnäckig weiter bemüht, doch noch in letzter Sekunde zu erreichen, daß dieser komplex nicht militärisch gelöst wird. **Frage:** Der Golfkrieg kann ja nur noch gestoppt werden, wenn Irak sich aus Kuwait zurückzieht. Was können denn Sie da noch tun?

**Frangi:** Wir haben noch nicht aufgegeben. Die PLO arbeitet mit den Algeriern und Tunesiern, auch mit Jemen und mit König Hussein von Jordanien zusammen, um doch noch eine Verhandlungslösung zu finden. — Wir sind auch mit Frankreich, Italien, mit der Sowjetunion und China in intensivem Kontakt. Ich hoffe, daß bald eine Feuerpause erreicht wird, die weitere Verhandlungen ermöglicht.

**Frage:** Was kommt nach dem Krieg?

**Frangi:** Auch wenn ihn die USA gewinnen, kommen nach diesem Krieg andere, kleinere Konflikte. Es gibt mehr Spannung, und der gesamte Nahe Osten wird weiterhin gefährlich leben. Alle Menschen sitzen dort dann mitten auf einem Pulverfaß. Wirtschaftlich folgt ein Rückschlag. In der vergifteten At-

mosphäre werden terroristische Aktivitäten, die unkontrollierbar sein werden, in größerem Ausmaß stattfinden. Und vor allem wird der Spielraum der Vernunft zusammenschrumpfen.

**Frage:** Wenn es doch zu einer Nahostkonferenz kommt — welches müßten die Elemente einer dauerhaften Lösung sein?

**Frangi:** Für die aktuelle Konfrontation um Kuwait müßten die USA, vielleicht Außenminister James Baker, nochmals ein Treffen mit dem irakischen Außenminister Tarek Asis oder mit Saddam Hussein selber wagen. Das Treffen zwischen Asis und Baker hat länger als fünf Stunden gedauert. Die beiden haben sehr intensiv und substantiell miteinander gesprochen. Durch dieses Gespräch, glaube ich, besteht die Möglichkeit, daß sich die Vorstellungen beider Seiten über einen Kompromiß sehr viel näherkommen könnten. Das ist der erste Versuch. Dann müssen die USA sich auch verpflichten, sich für die Lösung des Palästina-Problems, also in erster Linie für die Durchsetzung der UNO-Resolutionen gegenüber Israel, einzusetzen. Man darf in dieser Region nicht mit zweierlei Elfen messen.

Quelle: Interview mit der Sonntagszeitung, 20.1.1991, zitiert nach: Palästina-Bulletin Nr. 3/91 vom 1.2.91

## Situation in den besetzten Gebieten

Vereinigung der palästinensischen Gesundheitskomitees, 22. 1.

1. Gasmasken wurden nur an einen kleinen Teil der Bevölkerung verteilt. So wurden z. B. im Bezirk Ramallah in der Gemeinde Al-Ram, in der 40 000 Menschen leben, nur 1 500 Gasmasken verteilt. Auch in Al Beitunia, einem kleinen Dorf in der Nähe von Ramallah, wurden Gasmasken verteilt. In beiden Fällen erhielten Kinder keine Gasmasken; ein Training wurde nicht durchgeführt; in beiden Fällen fehlten die im Ernstfall möglicherweise lebensrettenden Atropinspritzen. In Ramallah wurden keine Gasmasken verteilt, obwohl der Bevölkerung zwei Tage zuvor von den israelischen Behörden mitgeteilt worden war, daß man sie zu Hause aufsuchen werde, um Gasmasken zu verteilen. Diese Besuche sind bisher ausgeblieben.
2. Wir haben immer noch kein Warnsystem gegen Luftangriffe.
3. Atropin ist bei den palästinensischen medizinischen Hilfsorganisationen und den Gesundheitsorganisationen nicht mehr erhältlich; die palästinensischen Krankenhäuser sind immer noch nicht auf die Gefahrensituation des Krieges vorbereitet.
4. Obwohl die Behörden behaupten, daß sie in einigen israelischen Gefängnissen Gasmasken verteilt hätten, gibt es bisher keinen Beweis dafür, daß palästinensi-

sche Gefangene diese Schutzgeräte besitzen. Die Gefangenen sind weiter in Zelten in der Nähe von Armeebasen untergebracht; sie sind dadurch äußerster Gefahr ausgesetzt.

Wir sind darüber hinaus aufgefordert worden, Sie auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß sowohl über die Westbank als auch über den Ghazastreifen mit Kriegsbeginn eine umfassende Ausgangssperre verhängt wurde. Die Ausgangssperre verschärft die ohnehin schwierigen Lebensbedingungen, vor die sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete gestellt sieht:

- a) Vielen Ärzten und Mitarbeitern im Gesundheitswesen wird, besonders in ländlichen Gegenden, das Recht verweigert, ihre Kliniken aufzusuchen. Damit wird der belagerten Bevölkerung grundlegende medizinische Versorgung und Gesundheitsprophylaxe verweigert.
- b) Die Nahrungsmittelvorräte der Bevölkerung gehen zur Neige. Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs werden knapp. Weite Teile der Bevölkerung sind zudem ihrer Einkünfte beraubt, da sie ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können. Viele verfügen nicht mehr über die ... Mittel, um sich die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen ...

Quelle: Palästina-Bulletin 3/91 vom 1.2.91

## „Gegen alle Araber und Moslems“

Auszüge aus der Rede des jordanischen König Hussein, 6. Februar

Die Welt hat grausame Kriege erlebt, aber niemals einen Krieg wie diesen ... Die Armeen der größten und mächtigsten Nationen haben sich versammelt und ihre modernen und gefährlichen Waffen zu Land, zur See und in der Luft entfesselt ... Feuer regnet auf den Irak aus Flugzeugen, von Kampfschiffen, von Unterseebooten und Raketen, zerstört Moscheen, Kirchen, Schulen, Hospitäler, Milchpulverfabriken, Wohngebiete, Beduinenzelte, Elektrizitätswerke und Wasserversorgungsanlagen. Diese Bombardierungen begannen in den ersten Stunden und nahmen die Form eines Krieges an, der darauf zielt, alle Errungenschaften des Irak zu zerstören und ihn durch den Einsatz modernster Zerstörungs-Technologien auf primitives Leben zurückzuwerfen ...

Die Ironie dieses Krieges ist, daß er geführt wird unter dem Mantel der internationalen Legitimität und im Namen der Vereinten Nationen, die geschaffen wurden, um Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit zu bewahren und Dispute durch Dialog, Verhandlungen und Diplomatie zu lösen. Wenn dies ein Beispiel ist für die künftige Rolle der Vereinten Nationen in der neuen Weltordnung, was für eine unheilvolle Zukunft liegt dann vor den Nationen? Welche internationale Legitimität wird es dann geben, um die weniger Mächtigen gegen die Mächtigeren zu schützen, die zu streben, sie zu unterwerfen, zu zerschlagen, zu töten und alle ihre Rechte zu usurpieren, die ihnen von Gott ge-

geben wurden und durch die Charta der Vereinten Nationen geschützt sind? ... Der andauernde Krieg mit seinen zerstörerischen Folgen ist unvereinbar mit den humanitären Zielen der Resolutionen der Vereinten Nationen, die angenommen wurden, um Frieden und Sicherheit in der Golfregion wiederherzustellen.

Im Gegensatz dazu blieb der arabisch-israelische Konflikt weit entfernt von einem ernsthaften und wirklichen Versuch einer gerechten Lösung. Das arabisch-palästinensische Volk und die arabische Nation warten immer noch auf die Inkraftsetzung auch nur einer einzigen der Resolutionen der Vereinten Nationen, die die israelische Okkupation zurückweisen und ihre Beendigung fordern. 24 Jahre sind vergangen seit der Besetzung der Westbank, des Ghaza und der Golan-Höhen, neun Jahre sind vergangen seit der Besetzung des Süd-Libanon, aber keine unserer Hoffnungen wurde erfüllt ... Was die Golfkrise betrifft, wählten die daran beteiligten arabischen Parteien von Anfang an den Weg, jeden arabischen politischen Dialog mit dem Irak zurückzuweisen ... Warum? Weil die wahre Absicht hinter diesem zerstörerischen Krieg, bewiesen durch sein Ausmaß und bestätigt durch die Erklärungen der Kriegsparteien, darin besteht, den Irak zu zerstören und die Region in einer Art und Weise neu zu ordnen, die für die Gegenwart und Zukunft unserer Nation weit gefährlicher ist als das Sykes-Picot-Abkommen (britisch-französisches Abkommen von

## Kurdistan: Vorbereitungen für Angriff

Nachrichten des Kurdistan-Komitees aus Nordwest-Kurdistan

**AMED (Diyarbakir):** Die gespannte Lage in der Provinzhauptstadt Diyarbakir dauert an. Die Stadt ist ein einziger großer militärischer Umschlagplatz. Die Armee-Einheiten und die Radarstation von Pirinlik, dem Militärstützpunkt am Rande der Stadt, sind in ständiger Bewegung. Es gibt ständige militärische Bewegungen, und die Verlegung der 2. und 3. Armee der Türkei erfolgt über Diyarbakir. Ein erfahrener italienischer Kriegsberichterstatter, der die Konzentration von Militär in dem Dreieck von Batman, Diyarbakir und Idil gesehen hat, sagte: „Diese militärische Konzentration dient nicht der Verteidigung, sondern dem Angriff“. Von dem Militärflughafen von Pirinlik aus werden ständig Angriffe auf den Irak geflogen. Es wurden sehr viele moderne Raketenabwurfgeräte ohne Rückschlag und Leopard-Panzer gesehen. Auch Spezialeinheiten der Fallschirmjäger sind in Diyarbakir angekommen.

Insgesamt sind auf den drei Militärflughäfen, die als Start- und Landeplatz für die Angriffe auf den Irak benutzt werden (Incirlik, Pirinlik und Batman) über 300 ausländische Flugzeuge gezählt worden. In Diyarbakir sind weitere Einheiten der AMF-Truppen angekommen, so z. B. belgische Mirage-5 Kampfflugzeuge. Am 24.1. war eine Patriot-Rakete aus Diyarbakir abgeschossen worden, um eine vermeintlich aus dem Irak anfliegende Scud-Rakete abzufangen. Diese Rakete ist in einem Dorf in der Nähe des Baglar-Viertels von Diyarbakir eingeschlagen.

**ELIH (Batman):** Der Militärflughafen von Batman wird zum Hauptstützpunkt für die Angriffe auf den Irak. (Dies ist auch militärstrategisch günstiger, weil Incirlik 600 km von der irakischen Grenze entfernt ist und Batman „nur ca. 300 km.“) Entsprechend wurden auch in Batman die militärischen Einrichtungen stark aufgestockt. Parallel dazu werden am Flughafen neue Flugzeugunterstände gebaut.

In dieser Stadt liegt auch die einzige Erdölraffinerie der Türkei. Die Bevölkerung ist besonders beunruhigt, weil sie befürchtet, daß ein irakischer Gegenangriff zu allererst gegen diese Stadt erfolgen würde. Diese Sorge hatte sich in den letzten Tagen in einen handfesten Protest der Bevölkerung umgewandelt, als mehrere tausend Menschen gegen den Krieg demonstrierten.

Die Arbeiter der Erdölraffinerie, die ihre Produktion stark gedrosselt hat, und Arbeiter im Straßenbauwesen werden gezwungen, am Militärflughafen beim Bau der Unterstände und bei der Reinigung der Pisten zu arbeiten. Die Gewerkschaften der Straßenbauarbeiter und Petrol-Is haben angekündigt, gegen diese Zwangsmaßnahmen vorzugehen.

**CIZIRA-BOTAN (Cizre) und GIRGE AMO (Silopi):** In Cizre hat eine Rückwanderung der geflüchteten Bevöl-

kerung begonnen. Auch wenn die Vorkriegssituation noch nicht wieder hergestellt ist, so ist die Stadt doch viel lebendiger. Allerdings ist das wirtschaftliche Leben in der Stadt vollkommen zum Erliegen gekommen. Die Bevölkerung teilt sich ihren Proviant untereinander.

Auch in Silopi ist die Fluchtbewegung zum Erliegen gekommen. Allerdings ist hier in der Nähe der Grenze soviel Militär aufgeföhren, daß das Umland in eine einzige Ruine verwandelt wurde. Auf den Feldern stehen hunderte von Panzern, die die landwirtschaftlich genutzte Anbaufläche unbrauchbar machen. Die Region ist zur verbotenen Zone erklärt worden, alle Ein- und Ausfahrten in die Stadt sind verboten und die Bevölkerung deswegen zum Hungern verurteilt.

Die türkische Regierung hat demontiert, daß auf kurdische Dörfer und Berge Bomben abgeworfen wurden. Allerdings hat die Bevölkerung alleine in Cizre 8 Bomben gesehen, die auf die Cudi-Berge abgeworfen wurden. Dies wird auch von dem Abgeordneten der Regierungspartei ANAP, Nurretin Yilmaz, bestätigt, der sich in seiner Heimatstadt Cizre aufhielt. Eine Delegation der HEP (Partei der Arbeit des Volkes) erklärte, daß sie festgestellt hat, daß insgesamt 17 Bomben auf die Region auf türkischer Seite abgeworfen wurden.

**COLAMERG (Hakkari):** Diese Provinz grenzt direkt an den Irak, deswegen können die militärischen Bewegungen in Richtung Irak auch am besten verfolgt werden. Aus Augenzeugenberichten von Flüchtlingen, die aus dem Irak kommen, ist bekannt, daß die kurdischen Städte Zaxo, Kirkuk, Erbil, Süleymania, Erbil und Mossul ständig bombardiert werden und dabei auch viele zivile Ziele zerstört wurden. Gesichert ist lediglich, daß bei einem Angriff auf Zaxo 130 Zivilisten ums Leben gekommen sind. Weitere genaue Zahlenangaben können allerdings nicht gemacht werden. In Calc auf „türkischem“ Staatsgebiet konnten einige bombardierte Dörfer jetzt namentlich festgestellt werden, es sind Tuxube, Eris, Zavite und Hesat. Gleich hinter der Grenze werden auf „irakischer“ Seite die Gebiete von Rehani, Zeve und Kanispi bombardiert. Zwischen Yüsekova und Daglica ist ein US-Flugzeug, das auf irakischer Seite abgeschossen wurde, abgestürzt.

In Hakkari sind bisher 300 Flüchtlinge aus dem Irak angekommen, ein weitere Gruppe wird in Tatvan festgehalten. Sie hausen in Lagern, die stark bewacht werden. Ein direkter Kontakt ist verboten und derzeit auch nicht möglich.

Die Situation in den anderen Gebieten in Nordwest-Kurdistan: In Mardin werden starke militärische Bewegungen beobachtet, vor allem Midyat ist zu einem militärischen Befehlszentrum geworden, weil es hier sicherer ist als in Cizre. Auch die Feldlazarette der türkischen Armee sind hier stationiert. In

Siirt gibt es Proteste der Angestellten im Gesundheitswesen, die sich dagegen wehren, daß sie zu militärischen Zwecken benutzt werden. Allgemein ist die Stimmung in vielen Orten Kurdistans angespannt und abwartend. Viele Menschen sind zum Widerstand bereit und warten auf ein Zeichen der PKK. Allerdings herrscht in dem Gebiet der tiefste Winter. Auch das türkische Militär ist aus diesem Grund in seiner Bewegungsfreiheit stark beeinträchtigt. Ein Angriff auf Südkurdistan, dem türkisch besetzten Teil, wird erst mit der Schneeschmelze erwartet. Überall in Kurdistan läuft die Repression gegen wirkliche oder vermeintliche Widerstandsquellen auf Hochtouren. Die Zahl der Festgenommenen ist überhaupt nicht mehr feststellbar. Allgemein schätzt man, daß diese ganze Spannung in der Region noch einige Monate andauern wird und die PKK ihre Kräfte sammelt, um im Frühjahr eine Offensive zu starten.

Quelle: Kurdistan-Komitee in der BRD e.V., Pressemitteilung Nr. 8, 31. Januar 1991

### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
Tel.: 0221/21 64 42  
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochter, Christiane Schneider  
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73.  
Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.  
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lotzer; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Kusler  
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AG, der AG Medien in der Volksfront, AGMe, des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik, AGB, der AG für Kommunalpolitik, AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF.  
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

### Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

**Nachrichtenhefte**, hrsg. von  
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM  
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM  
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM  
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M  
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM  
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM  
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

**Antifaschistische Nachrichten**, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

**Bezugsbedingungen** Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlag Hessen  
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Holzstr. 2, 8000 München 5

**Kurdistan-Rundbrief**, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM, Jahresabo: 52 DM

**Angehörigen-Info**, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM, Halbjahresabo: 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).

☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).

☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

.....

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

4/91

# Mörder und Detektive

Neue Macharten bei Kriminalromanen



Ganz anders als bei Piek Biermann: Polizeieinsatz in Westberlin

## Die gute Polizistin

In ihrem preisgekrönten Krimi „Violetta“ erzählt Piek Biermann eine Geschichte von vielen Morden, Mörderinnen und Mördern. Es gibt eine Gruppe von Opfern, ausländische Frauen, die von dem Faschisten Henke umgebracht werden. Eine von ihnen wird von dessen Frau und Sohn gemeinsam ermordet, weil Henke die beiden iherwegen aus der Wohnung werfen will. Eine Verhaftung kommt nicht zustande, weil Henke seine Frau und sich selbst tötet.

Die andere Gruppe von Opfern sind Männer, die nach ihrem Tod von der Titelmörderin Violetta kunstvoll fotografiert werden. Diese entkommt der Verhaftung durch Absetzen nach Ungarn, wo sie auf weitere Beute ausgehen will. Außerdem wird allerhand Gewalt verübt von organisierten Feministinnen, die an Männern Selbstjustiz üben.

Dazwischen finden Ermittlungen eines Häufchens Kriminalpolizei unter Leitung einer Frau statt. Entwickelt werden alle diese Handlungsstränge in sehr kurzen Szenen, in denen die Autorin ihre vielen Personen in Westberlin observiert. Die Guten sind die Prostituierten, die, obwohl als

komische, Dialekt sprechende Figuren dargestellt, den Fortschritt verkörpern. Sie wollen eine Art Gewerkschaft gründen und verkünden, sie seien „sozialismuskonform“, weil sie „nur Eigenes“ verkaufen.

Die Besten aber sind die weiblichen und männlichen Polizisten, und das ist unangenehm. Vorgeführt werden ein Homosexueller, der sich trotz Krankheit aufopfernd ins Getümmel stürzt, ein Ehemann, der letztlich wegen seiner Treue und dienstlichen Klugheit der sexbesessenen Mörderin entgeht, eine Kommissarin, die zu Hause eine kranke Freundin pflegt, und schließlich die Leiterin, die ihrer reinen Pflicht folgt und sich davon auch nicht von männlichen Kollegen ablenken läßt. Dieses Team klärt alles auf und legt Hand an niemand. Unterstützt von ihrer jüdischen Sekretärin entlarven sie schließlich noch einen Republikaner in ihren eigenen Reihen und sorgen für seine unehrenhafte Versetzung. Niemand wird auf die Idee kommen, all dies hätte mit den Realitäten etwas zu tun.

Piek Biermann, Violetta, Rotbuch 22, 15,00 DM (anl)

## Klischeehaft feministisch

Auch wenn die knapp 140, mit knapp zwanzig Mark recht teuren Seiten von Doris Gercke Krimi „Weinschröter, du mußt hängen“ schnell gelesen sind, bleibt der Eindruck einer zu langen und quälend langweiligen Lektüre.

Die literarische Idee der Autorin war vermutlich, durch Umkehr von Klischees aus „Männer-Detektivromanen“ Interesse zu wecken und Unterhaltung zu verschaffen, das ist aber voll daneben gegangen. Die Klischees sind platter als in jedem Original: Die Hauptfigur, Kommissarin Block, trinkt Wodka statt Whisky, begutachtet die sexuellen Reize des jungen Kollegen usw., aber daran ist nichts ironisch, nichts enthüllend, sondern einfach nur Umkehrung des Klischees.

Klischeehafte Literatur rechnet auf eine Leserschaft, die brüchig gewordene Urteile und Anschauungen der Wirklichkeit zum Trotz bestätigt wissen will, das geschieht in dem Bändchen im Übermaß. Die entsprechenden Versatzstücke, die nach der Meinung der Autorin wohl zu einem Text gehören, damit er im Laden in die Ecke Frauenbuch gestellt wird, finden sich formelhaft: Männer als Vergewaltiger (finden übrigens, einer nach dem anderen, ihre gerechte Strafe, das ist kurz gefaßt der Inhalt der Geschichte), als Gockel, als Schweine — und dann geht ihr

aber auch schon die Luft aus, gerade noch ein Spruch von Engels über Mann und Frau als Bourgeoisie und Proletariat.

Der im Feminismus, wenn auch eingeschränkt, enthaltene Gedanke von Emanzipation findet sich im ganzen Text nicht wieder. Keine einzige Figur entwickelt sich oder wirkt verändernd auf die gesellschaftliche oder persönliche Umwelt.

Besonders ärgerlich und geradezu reaktionär ist die Darstellung von Menschen, die körperlich arbeiten. Die Geschichte wird in einem niedersächsischen Dorf angesiedelt. Der Blickwinkel ist der, der der Leserschaft des Hamburger „Spiegels“ als Klischee wohl bekannt ist: Iodengrün, Bier und Korn, im Suff werden rechtsradikale Parolen oder frauenfeindliche Sprüche ausgerufen, die Frauen, die die Arbeit machen, sind dumm und abgestumpft, allenfalls interessiert an Küche und Kindern, über allem liegt der Geruch von Schweinemist.

Als Kontrast dazu die Kommissarin aus der Großstadt. Sie ist feinfühlig, intellektuell und — das darf anscheinend nicht fehlen, jedenfalls wird es mehrfach erwähnt — von guter Abstammung: Der uneheliche Großvater war russischer Literat der Revolutionszeit.

Doris Gercke, Weinschröter, du mußt hängen, Galgenberg-Verlag Hamburg, 1988, 19,80 DM — (alk)

Ort des Geschehens ist ein Pariser Kaufhaus. Dort arbeitet Benjamin Malaussène in einer fiktiven technischen Kontrollabteilung, die nichts kontrolliert. Er wird bei Reklamationen ins Kundendienstbüro zitiert, um vor den Kunden als Schuldiger präsentiert zu werden, der für den ganzen entstandenen Schaden aufzukommen habe und dessen Laufbahn dank der Hilfe des Kunden hiermit beendet sei. Bis der Kunde aus reiner Menschlichkeit und Mitgefühl für den Sündenbock mit dem einfachen Ersatz seines defekten Gerätes zufrieden ist.

Diese Form von „Public Relations“ ermöglicht es dem Kaufhaus, sowohl die Stellenzahlen der technischen Kontrolle als auch die Schadenskosten durch „gütliche Regelungen“ in Grenzen zu halten. Diese heile Welt von Weihnachtsmännern und Konsumrausch wird durch mehrere Bombenexplosionen erschüttert und jedesmal ist Benjamin in der Nähe.



## Weder Spannung noch Witz

In einem angeblich idyllischen Nest mitten in Frankreich spielt ein Krimi, der als solcher nicht spannend genug ist und als Parodie auf dieses Genre ebenso wenig überzeugend. Es ist ungefähr so, als ob das Autorenpaar Marie und Joseph einen literarischen Anlauf genommen hätten, um über eine Pfütze zu springen und dann doch hineinplatzen. Handelnde Personen sind ein dekadenter, aber waschechter Comte, der dringend eine Million Franc braucht, um begangene Unterschlagungen zu vertuschen, ferner ein paar skurrile, aber sympathische Dorfbewohner, ein polnischer Flüchtling und ein paar Gangster, die einfach zu blöd sind, um wahr zu sein. Der Comte hat seinen Park zum Kriegsspielplatz für reiche Leute umfunktioniert. Erst fließt falsches Blut in Strömen, dann echtes. Einer der Helden aus dem Bistro gerät unter Verdacht und in Haft. Die Polizei spielt bei der Aufklärung des Verbrechens eine Nebenrolle: Sie nimmt den

## Ein antirassistischer Krimi aus Griechenland

Der Erzähler ist griechischer Emigrant in der BRD und wird von der Polizei als Dolmetscher hinzugeholt, als sie einen Landsmann tot aufgefunden hat. Von seiten der deutschen Polizei ist die Angelegenheit mit der Feststellung der Identität des Toten erledigt, ein Unfall. Der Erzähler jedoch findet Hinweise, die die Polizei ignoriert und die auf die Ermordung von Alexandros Gerakaris hindeuten. Er findet ein altes Heft im Zimmer von Alexandros, in dem er seine Erlebnisse und Gedanken zu Papier gebracht hat. Diese Aufzeichnungen geben Aufschluß über das Leben Alexandros in der kleinen Bergarbeiterstadt und über die Beziehung zu seiner Tochter Tanja, die er nur am Wochenende trifft und die das Einzige ist, was ihn in dieser Trostlosigkeit noch hält. Doch Tanja ist blond und blauäugig und bildet damit den Anlaß zu

zunächst verdeckt rassistischen und schließlich immer offener feindlichen Reaktionen von Deutschen gegenüber Alexandros, bis hin zu seiner Ermordung.

In ihrer genauen Beobachtung vom Standpunkt dessen, der sie erduldet, sind diese Verhaltensweisen erschreckend. Um so mehr in der Gegenüberstellung zu den geringen Ansprüchen, die Alexandros an sein Leben stellt und die aufgrund der Feindlichkeit seiner Mitmenschen und der Unmenschlichkeit der deutschen Institutionen grausam zurückgewiesen werden.

Der Autor schildert im Rahmen der Handlung auch andere Schicksale griechischer Menschen in der BRD, den Spieler und Schieber Telis, der gern wie Onassis scheinen möchte und doch weit davon entfernt ist. Oder das Mädchen Chryssa, das aus einem kleinen griechischen

Dorf kommt und jetzt in einem kleinen Zimmer in einem Frauenwohnheim von Ställen und Wiesen träumt. Der Erzähler selbst, dessen Arbeitsstelle von jeher unsicher war und die er jetzt verliert, genauso wie sein Zimmer, weil ihn die Polizei dort aufgesucht hat. Inzwischen berührt ihn das alles nicht mehr. Er hofft nur, daß sein kleiner Fiancé noch durchhält, bis er in Griechenland ist, wo er die alte Mutter von Alexandros auf die Heimkehr ihres toten Sohnes vorbereiten muß.

Der Autor, Kostas Karaoulis, ist griechischer Schriftsteller und Journalist und lebt teils in Griechenland, teils in der BRD. Das Buch wurde in Griechenland zu einem Bestseller. Nach der Veröffentlichung setzte dort eine Debatte über die Zustände in der BRD ein.

Kostas Karaoulis, Finsternis, Brandes & Apsel, 19,80 DM — (udi)

## Der Sündenbock

Hauptpersonen sind der Geschichtenerzählende Malaussène und seine Familie: die Halbschwester Louna (gerade ungewollt schwanger), Thérèse (wahrsagend und stenografie-fähig), Clara (die alles fotografisch festhält) und die Halbbrüder Jérémy (der mit experimentellem Eifer den Bombenbastlern auf die Spur kommen will) und „der Kleine“ (der menschenfressende Weihnachtsmännchen malt) sowie der epileptische Hund Julius, der Freund und Kollege Théo (der schwule Herrscher über das unterirdische Stockwerk und ein Heer von grauen Zwergen). Der Pariser Vorort Belleville sowie das in Licht getauchte Kaufhaus sind der märchenhafte Hintergrund der eher nebensächlichen Kriminalstory. Treffend und gleichzeitig originell sind die Beschreibungen der Situation im Kaufhaus, der Familie und der Freunde.

D. Pennac: Im Paradies der Ungeheuer, rororo 2922, 7,80 DM. Fortsetzung: Wenn nette alte Damen schießen — (wok)

## „Wie weit ist die Nacht“

Ein wenig erinnert der Kriminalroman der Turiner Autoren Fruttero und Lucentini an Umberto Eccos „Der Name der Rose“. Und zwar deshalb, weil wir auch hier auf das Feld widersprüchlicher kirchlicher Strömungen geführt werden. Kommissar Santamaria jedoch ist wie die meisten Leser kein Insider und tut sich schwer im Labyrinth symbolträchtiger Begriffe und ketzerischer Auffassungen des Don Pezza, der inmitten seiner apokalyptischen Predigt einem Attentat zum Opfer fällt. Oft verliert Santamaria sich — und mit ihm verlieren sich die Leser — ungewollt in mystischen Annahmen und wird dann von den Autoren augenzwinkernd mit ganz und gar materialistischen Erklärungen konfrontiert.

Seine Ermittlungen erfordern darüber hinaus großes Fingerspitzengefühl. Er hat es mit einem kleinen Querschnitt der Turiner Gesellschaft zu tun: der Tochter aus gutem Hause, die sich in den Buchhalter der lokalen Mafia verliebt hat, sowie deren Mutter, dem Kardinal-Erzbischof von Turin, der sich selbst ein Bild vom ketzerischen Prediger machen wollte und dann peinlicherweise auf der Polizeiwache landet, den dunklen Helfern von Don Pezza, dem rauschekabartigen Verleger einer intellektuellen Zeitschrift. Patriarch eines sich unterdrückt fühl-

enden Mitarbeiterstabs, und nicht zuletzt den Führungskräften des Automobilkonzerns FIAT, einschließlich dem unnahbaren, Spatzen fütternden Vorstandsmitglied Dottore Musumanno.

Darüber hinaus bevölkern noch viele andere Personen die Handlung. Sie alle werden auf eine Weise charakterisiert, die uns gleichzeitig ihre Gesellschaftlichkeit, ihre Stellung in der Turiner Hierarchie und ihre Individualität enthüllt. Dabei gibt die Zeichnung der Charaktere immer wieder Anlaß zum Schmunzeln.

Fruttero und Lucentini messen ihren Personen soviel Bedeutung bei, daß sie in der Entwicklung ihrer Darstellung etwa 160 Seiten brauchen, bis sie überhaupt zum ersten kriminalrelevanten Ereignis, dem Attentat auf Don Pezza kommen. Trotzdem gelingt es ihnen vorzüglich, die Leser in Spannung zu versetzen.

Die letztendliche Auflösung des komplexen Falls entspricht der Logik der vorher von den Autoren unterhaltenen Hierarchien und Unterhierarchien, in denen sich die handelnden Personen bewegen. Das aufgedeckte Verbrechen hat überraschenderweise wenig mit religiösen Motiven zu tun.

Carlo Fruttero & Franco Lucentini, Wie weit ist die Nacht, Piper Serie Spannung, 16,80 DM — (udi)

## Frauen als Detektive

„Die Lady ist ein Detektiv“ heißt eine Sammlung von Kriminalgeschichten, die zweierlei gemeinsam haben: Sie sind von Frauen geschrieben, und die Personen, die die Aufklärung eines Mordes übernehmen, sind ebenfalls Frauen.

Der Typ des weiblichen Detektivs entsteht vermutlich mit dem Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung der Frauen. Dafür spricht, daß diese Heldinnen meist einen Beruf ausüben, teilweise studiert haben, unverheiratet und finanziell gesichert sind.

Ein typisches Beispiel ist Solange Fontaine, die mit ihrem Vater, einem Wissenschaftler, durch Europa reist und eigene Studien über die Wirkung von Giften betreibt. Geschaffen wurde sie von F. Tennyson Jesse, 1888 in Cornwall geboren, die Kriegskorrespondentin und Schriftstellerin war. In einem Dorf an der Riviera klärt Solange einen rätselhaften Fall von Vergiftung auf, in dem sie sich auf ihre Menschenkenntnis und Intuition verläßt. Sie wird nicht in Aktionen verwickelt, sondern wirkt als Beistand einer bedrohten Person. Insofern ähnelt sie Agatha Christies bekannter Miss

Marple, die in ihrem Dorf sitzt und die Fäden der gesellschaftlichen Beziehungen überblickt und entwirrt.

Recht oft hat man den Eindruck, daß diese Detektivinnen trotz aller Emanzipation an der traditionellen bürgerlichen Frauenrolle kleben. Sie wirken als sanfte, schlichtende Elemente und ihre Tätigkeit kommt über Konflikte innerhalb der Familie nicht hinaus. In einem Fall erlebt die Heldin selber ein Happy End: Louise Baring, geschaffen vor der 1876 geborenen Amerikanerin Mary Roberts Rinehart, wird für ihren Einsatz mit einem künftigen Ehemann belohnt, und die Mutter strahlt dazu.

Erst die jüngsten Autorinnen gehen von dieser Haltung ab. Sara Paretsky, geboren 1947 in der USA, läßt ihre Serienfigur V.I. Warshawski nicht nur privat ihren Ahnungen folgen, sondern läßt sie auch im Berufsleben Privatdetektivin sein und Fälle in Betrieben und im wirtschaftlichen Leben lösen.

Der zweite Teil der Sammlung erscheint im Oktober 1991.

Die Lady ist ein Detektiv, Sammlung von Agatha Christie bis Sara Paretsky, Fischer TB 10 500, 9,80 DM — (anl)